



# HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2003

## 2. Sitzung

Wiesbaden, den 23. April 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	15	<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	71
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	15	Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	15
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	15	Jürgen Walter . . . . .	33
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten be- treffend „ <b>Verantwortung für heute – Visionen für morgen</b> “ . . . . .	15	Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	43
		Tarek Al-Wazir . . . . .	50
		Jörg-Uwe Hahn . . . . .	61
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	71

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Harald Lemke  
MinDirig Dr. Hermann Stephan  
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Hartmut Holzapfel

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einen wunderschönen guten Morgen. Ich sehe, dass Sie alle gut erholt aus dem Osterurlaub zurückgekommen sind. Ich hoffe, dass wir auch nach fünf Jahren noch so erholt aussehen werden wie zu Beginn unserer Arbeit.

Lassen Sie uns mit dem beginnen, was wir zu tun haben. Deswegen darf ich die 2. Plenarsitzung des Hessischen Landtags in der 16. Wahlperiode eröffnen. Ich heiße Sie noch einmal ganz herzlich willkommen. Die Tagesordnung vom 16. April 2003 mit einem Tagesordnungspunkt, nämlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Verantwortung für heute – Visionen für morgen“, liegt Ihnen vor. Mit den parlamentarischen Geschäftsführern wurde die Reihenfolge der Redebeiträge nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit einer vorgesehenen Redezeit von 60 Minuten so vereinbart, dass die Fraktion der SPD, dann die Fraktion der CDU, dann die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zum Schluss die Fraktion der FDP folgen werden.

Ich darf darauf hinweisen, dass jetzt die Sitzplatzordnung für das gesamte Haus komplett ist. Die CDU hat nach der Konstituierung noch Änderungen vorgenommen. Ich gebe das hier zur Kenntnis. Man hat uns das gestern übermittelt.

Es gibt auch keinen Nachtrag zur Tagesordnung. Damit stelle ich fest, dass die Tagesordnung so genehmigt ist. – Dem wird nicht widersprochen. Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung. Das bietet sich an.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

– Es gibt Logiken, die muss man erst lernen, wenn man hier oben sitzt.

Was ich nicht lernen muss, sondern gerne mache, ist, zu gratulieren. Im Verlaufe der letzten Tage konnte der Kollege Gottfried Milde seinen 40. Geburtstag feiern. Lieber Kollege Milde, herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die nächsten 40 Jahre.

(Allgemeiner Beifall)

Wir gratulieren immer dem, der es sich nicht hat nehmen lassen, am Plenartag Geburtstag zu haben. Ich darf ganz herzlich – ich freue mich besonders, dass es mir heute als Erstem möglich ist, einem Wetterauer zu gratulieren – Herrn Gerhard Becker aus Nidda gratulieren. Herzlichen Glückwunsch zum heutigen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Ilona Dörr (Bergstraße) überreicht einen Blumenstrauß.)

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Formalitäten erledigt. Wir können in die Tagesordnung einsteigen. Wir beginnen mit **Tagesordnungspunkt 1:**

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Verantwortung für heute – Visionen für morgen“**

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Ministerpräsident Roland Koch:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute zum zweiten Mal die Ehre, Ihnen auf-

grund der durch Sie vollzogenen Wahl und im Namen der von mir berufenen Regierung das Arbeitsprogramm der Hessischen Landesregierung für die kommende Legislaturperiode vorlegen zu dürfen. In den vergangenen vier Jahren, an deren Beginn diese Regierung und ich zum ersten Mal die Gelegenheit hatten, eine solche Regierungserklärung abzugeben, hat sich im Land Hessen viel verändert. Die Wählerinnen und Wähler haben am 2. Februar entschieden, dass sie diesen Veränderungen in Hessen zustimmen und bereit sind, gemeinsam mit uns weiter neue Wege zu gehen. Dieses Vertrauen ist für diese Landesregierung Verpflichtung und Motivation. Wir sind fest entschlossen, uns der herausfordernden Aufgabe zu stellen, Hessen weiterhin in der Spitzengruppe der europäischen Regionen als einen Motor für Innovation und Fortschritt zu halten, als ein Vorbild für erfolgreichen Wandel und als Maßstab für Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung der Zukunft in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was mit dem Wort „nachhaltig“ angestellt wird!)

Das ist unser Ziel. Wir wissen heute aus der Erfahrung der letzten vier Jahre, dass wir es erreichen können. Wir haben während der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit den Freien Demokraten einen Klimawechsel vollzogen, auf dessen erste Auswirkungen wir nun aufbauen und den wir mithilfe unserer Werte und Grundlagen noch deutlicher werden lassen wollen. Dabei werden wir loslassen, was überholt ist, und festhalten, was Zukunft hat.

Dass die CDU in diesem Land erstmals über eine absolute Mehrheit verfügt, ist für meine politischen Freunde und mich ein großer Vertrauensbeweis, aber auch eine neue Herausforderung. Wir sind uns der Verantwortung, die damit verbunden ist, sehr wohl bewusst. Wir werden deshalb auch in Zukunft grundsatztreu und pragmatisch Politik machen. Nur so werden wir unserem eigenen Anspruch und den berechtigten Erwartungen der Menschen in Hessen gerecht, eine Politik zum Wohle aller Menschen in Hessen zu machen. Wir werden nicht in Beliebigkeit abgleiten und unsere Prinzipien aufgeben, aber wir werden sie als ein Fundament für einen offenen Dialog betrachten.

Deshalb wende ich mich ausdrücklich heute zu Beginn erneut an all diejenigen, die uns im Februar nicht ihre Stimme gegeben haben. Auch ihnen fühlt sich diese Landesregierung verpflichtet, in gleicher Form wie denjenigen, die uns dankenswerterweise das Vertrauen ausgesprochen haben. Wir brauchen in einer schwierigen Zeit in unserem Land die Bereitschaft aller Hessen, sich nach Kräften für unser Gemeinwesen zu engagieren. Wir bieten allen demokratischen Kräften die konstruktive Zusammenarbeit an. Diese Landesregierung ist und will die Landesregierung aller hessischen Bürgerinnen und Bürger sein. Das heißt natürlich nicht, dass wir deshalb nur Entscheidungen treffen können, die allen Menschen in diesem Land gefallen. Es heißt vielmehr, dass wir mit Bedacht Anregungen und Sorgen aller Beteiligten gegeneinander abwägen und dann eine klare und nachvollziehbare Entscheidung treffen. Wir sind entschlossen, in Zukunft auf dieser Basis zu handeln. Jeder Bürger in Hessen – ob er das mit Sympathie oder manchmal mit Skepsis sehen mag; das ist in einer Demokratie so – kann sich auf diese Klarheit verlassen.

Der erste Beweis der Bereitschaft zum Dialog ist die Erarbeitung des Regierungsprogramms, dessen Kernzüge ich Ihnen heute vorstelle. Dieses Regierungsprogramm ist

unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger des Landes entstanden, und ich bedanke mich bei vielen von ihnen – einige sind heute unsere Gäste –, dass sie bereit waren, sich an uns zu wenden und ihre Anregungen, ihre Kritik und ihre Ideen einfließen zu lassen.

Das Programm enthält zahlreiche detaillierte Festlegungen der Regierungspolitik für die kommenden fünf Jahre. Die Opposition hat es zunächst als zu unverbindlich kritisiert, dann aber so viele einzelne Punkte in ihrer absehbaren Wirkung erneut kritisiert, dass inzwischen einigermaßen klar ist: Ob man dafür oder dagegen ist – dieses Programm enthält sehr viele, sehr konkrete Punkte, zu deren Ausführung sich die Hessische Landesregierung für die kommenden fünf Jahre verpflichtet hat.

Im Übrigen will ich hinzufügen: Wenn einige sich darüber beklagt haben, dass das Regierungsprogramm keine Überraschungen enthalte, betrachte ich dies als ein vergleichsweise großes Kompliment,

(Beifall bei der CDU)

denn für mich wäre es weit überraschender, wenn in einem Regierungsprogramm etwas anderes stünde als in einem Wahlprogramm.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung das offensichtlich ähnlich sieht, haben einige Kolleginnen und Kollegen Ihrer Partei in ganz Deutschland im Augenblick erheblichen Diskussionsbedarf. Diesen Diskussionsbedarf wollen wir nicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Nach der Wahl steht in unserem Regierungsprogramm das, womit wir im Wahlprogramm um das Vertrauen gewonnen und wofür wir die Zustimmung der Menschen erhalten haben. Wir werden uns in fünf Jahren, ebenso wie wir das in den vergangenen vier Regierungsjahren getan haben, Wort für Wort an diesem Programm messen lassen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Programm ist von der Mehrheitsfraktion dieses Hauses beschlossen und deshalb zunächst einmal eine politische Erklärung. Ich möchte hier deshalb für die Landesregierung förmlich erklären, dass wir uns den Text dieses Regierungsprogramms vollständig zu Eigen machen und dass er zum Gegenstand unserer Regierungspolitik wird. Deshalb werden Sie dieses Programm – auch dies in der Tradition der letzten vier Jahre – vom ersten Tag an auf der Homepage der Hessischen Landesregierung finden können: zum Vergleichen für jedermann zu jeder Stunde.

Ich hoffe, die Tatsache, dass Sie dort die 80 Seiten samt den dazugehörigen Einleitungen finden, die wir unserem Regierungsprogramm zugrunde legen, vereinfacht die heutige Debatte in zweierlei Hinsicht ein wenig. Zum einen konnte sich jedes Mitglied der Oppositionsfractionen seit nunmehr gut einem Monat auf die Auseinandersetzung über diese Punkte vorbereiten. Zum anderen – das gebe ich zu – erspart es allen Beteiligten eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er auf die Details eingeht, was für alle eher ermüdend als erhellend wäre; denn, jedenfalls nach meinem Lebensgefühl, die Schwierigkeiten bei Regierungserklärungen bestehen darin, dass man sie ablesen muss, weil sie abgestimmt sind und eine gewisse Verbindlichkeit für alle Ressorts haben sollen. Deshalb ist der Text beigelegt.

Aber ich denke, zu Beginn der Darlegung der Regierungsarbeit ist festzuhalten, dass nach der Einschätzung der Hessischen Landesregierung in den vor uns liegenden fünf Jahren besondere Herausforderungen zu bewältigen sein werden, die nicht auf Hessen beschränkt sind, die aber uns in unserer Verantwortung für dieses Bundesland zwingen, uns mit Fragestellungen auseinander zu setzen, die sicherlich, nachträglich betrachtet, die Geschichte dieses Jahrzehnts mit prägen werden und denen wir uns als Hessen – und als Landesregierung – nicht entziehen können, selbst wenn wir es wollten.

Wir erleben in diesen Tagen in vollem Umfang die Auswirkungen einer globalisierten Wirtschaft. Wir leben nicht auf einer Insel, die sich einseitig mit Gütern versorgt, sondern wir leben in einem internationalen Wettbewerb, bei ausreichend guten Verkehrsverbindungen zwischen den Kontinenten, einer vollständigen Informationstransparenz durch das Internet und einer Qualitätsrevolution der Ausbildung in vielen ehemals weniger entwickelten Ländern der Welt. Kapital und Know-how stehen weltweit binnen Sekunden zur Verfügung. Wir wollen und müssen auf diese Herausforderungen unter den Bedingungen offener Grenzen antworten, indem wir unsere Leistungsfähigkeit steigern und den außergewöhnlichen Wohlstand unseres Landes durch außergewöhnlichen wirtschaftlichen Erfolg sichern. Nur wenn wir in Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland außergewöhnlichen wirtschaftlichen Erfolg haben, werden wir unseren außergewöhnlichen Wohlstand wirklich sichern können.

Zugleich befindet sich die Bundesrepublik Deutschland insgesamt in einem tief greifenden demographischen Wandel. Waren früher die Kinder und Jugendlichen gegenüber den Rentnern immer in der Mehrheit, so kehrt sich dieses Verhältnis im Augenblick dramatisch um. Diese Entwicklung wird sich bis 2050 so verschärfen, dass auf einen unter 20-Jährigen drei über 60-jährige Mitbürgerinnen und Mitbürger kommen. Der Rückgang der Geburtenrate in den letzten 50 Jahren von – statistisch gesehen – 2,2 Kindern auf 1,3 Kinder pro Frau, bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung, führt bereits jetzt zu einschneidenden Veränderungen. So müssen wir z. B. Kindergärten, Schulen und Altersheime auf die veränderten Bedingungen vorbereiten: in ihrer personellen Ausstattung, in ihrem baulichen Zustand, in den Finanzierungsprogrammen für die nächsten Jahre, in der Kooperation mit den Städten und Gemeinden, in der neuen Finanzierungsregel mit dem Bund. An all diesen Stellen werden wir auf die Veränderungen reagieren müssen.

Gleichzeitig müssen wir die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen unseren sozialen Sicherungssystemen anpassen. Es ist dabei, und das gilt ganz klar ebenso für die Familienpolitik, ein vitales Interesse, dass in Deutschland – auch in Hessen – wieder mehr Kinder geboren werden, denn sonst wird es uns schwer fallen, unsere Probleme in diesem Jahrhundert in diesem Land zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Globalisierung und Demographie: Eigentlich wäre die Bewältigung dieser beiden Herausforderungen für uns alle schon schwierig genug. Allerdings wird die Lösung der mit diesen beiden Herausforderungen verbundenen Probleme zusätzlich durch eine deutsche Wirtschaftskrise, wie wir sie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht gekannt haben, erschwert. Deutschlands Wirtschaft wächst im dritten Jahre hintereinander gerade ein-

mal um ein halbes Prozent und ist damit faktisch im Zustand der Stagnation.

Der Aufbruch in eine globalisierte Welt und die Veränderungen des Generationenaufbaus müssen daher als eine erschwerende Herausforderung für die Zukunft begriffen werden, weil sie in einer Zeit bewältigt werden müssen, in der die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten sowohl des Staates als auch der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zurückgehen. Über ein halbes Jahrhundert lang waren wir gewohnt, Herausforderungen und Schwierigkeiten, denen wir in unserem Land Bundesrepublik Deutschland begegnet sind, durch zusätzliche wirtschaftliche Erfolge zu bewältigen. Sie haben es uns möglich gemacht, mit neuen Herausforderungen fertig zu werden.

Wir befinden uns nun in einer Zeit, in der wir säkulare Herausforderungen, wie die Globalisierung und den demographischen Wandel, lösen müssen, ohne dass uns in absehbarer Zukunft sowohl in den privaten Haushalten als auch insbesondere in den öffentlichen Haushalten zusätzliche finanzielle Mittel zur Lösung dieser Probleme zur Verfügung stehen.

Diese drei Herausforderungen sind in ihrer Kombination die besondere Aufgabenstellung, mit der wir die nächsten Jahre befasst sein werden. Manche meinen heute schon und schreiben darüber, dass diese Herausforderungen nicht bewältigt werden können, und beginnen oder haben schon begonnen, sich zurückzuziehen.

Diese Antwort ist nach unserer festen Überzeugung falsch. Sie ist im Übrigen auch ein Verrat an den Leistungen unserer Eltern, die unter weitaus schwierigeren Bedingungen die Erfolge möglich gemacht haben, über die wir in den vergangenen 50 Jahren so gesprochen und von denen wir gezeht haben. Es ist deshalb möglich, eine Antwort zu geben, die mit einem positiven Ergebnis abschließt. Es ist unverantwortlich, diese Antwort nicht zu versuchen – gerade für uns.

Mit Hessen gehören wir zu den privilegierten Regionen Europas. Wenn wir uns die Bewältigung der Herausforderungen nicht zutrauen, müssen andere in Deutschland und in Europa längst verzweifeln. Die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben ist dennoch keineswegs einfach. Aber wir sind verpflichtet und wollen durchaus ein Stück als Modell in diesem Bundesland dafür sorgen, dass die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, damit wir eine Leitfunktion bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen haben.

Ich glaube, auch der Hessische Landtag, wir als Landesregierung, wir alle müssen uns am Ende daran messen lassen: Haben wir neben einzelnen Zielen und Beiträgen zur Politik des Tages einen Beitrag dazu geleistet, dass wir der Bewältigung dieser Herausforderungen näher gekommen sind? – Dem wollen wir uns in den kommenden Jahren stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, für die Hessische Landesregierung lassen sich dabei drei zentrale Aufgabenstellungen in den Vordergrund der täglichen Arbeit stellen.

Zum Ersten. Hessen muss seine Spitzenstellung in Forschung und Lehre festigen und gerade die Ausbildung einer zahlenmäßig kleineren jungen Generation auf internationale Leistungsstandards bringen.

Zweitens. Hessen muss in Deutschland und in unserem Bundesland dafür sorgen, dass mehr Arbeit in unserem

Land nachgefragt wird und wir bereit sind – jeder für sich –, ein Stück mehr zum gleichen Preis zu arbeiten.

Ebenso gehört in die erste Reihe unserer zentralen Aufgaben die Verpflichtung, dass unser Bundesland Hessen mit seinen geographischen Vorteilen noch mehr aus seiner zentralen Lage in Europa macht, als es bisher schon daraus gemacht hat.

Die Bewältigung dieser zentralen Aufgaben erfordert eine ausgezeichnete Infrastruktur, größte Anstrengungen bei Sicherheit, Recht und Ordnung für die Bürger, eine attraktive, nachhaltige Umwelt und den wirksamen Schutz eines sozialen Netzes für alle diejenigen, die sich ohne dieses Netz nicht ausreichend helfen können.

Eine Politik, die diese schwerwiegenden Herausforderungen bewältigen will, muss durchsetzungsstark sein und den eingeschlagenen Weg auch unter widrigen Verhältnissen überzeugt fortsetzen können. Durchsetzungsstärke erfordert die Bereitschaft der Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch in schwieriger Zeit mitzugehen. Das Vertrauen der Bürger in eine solche Politik kann man nur erwerben, wenn klare Prinzipien und Maßstäbe für eine nachvollziehbare Einzelentscheidung die Politik bestimmen.

Vor diesem Hintergrund und auf der Basis der Grundwerte der christlich-demokratischen Politik, die die Arbeit dieser Landesregierung prägen, benennen wir Maßstäbe, die unsere Politik in allen Feldern in den kommenden fünf Jahren prägen sollen:

Wir wollen weniger Staat und mehr bürgerschaftliches Engagement.

Wir wollen mehr Identifikation und Heimatverbundenheit mit unserem Land.

Wir wollen mehr Transparenz und Offenheit in gesellschaftlichen Prozessen.

Wir wollen mehr Vernetzung und Dialogbereitschaft.

Wir wollen mehr Integration und Weltoffenheit.

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Familien und mehr Chancengleichheit für Frauen.

Wir wollen mehr Nachhaltigkeit.

Wer Hessen und seine Verhältnisse gut kennt, kann mit Hilfe dieser Maßstäbe unter den allseits bekannten Alternativen und Antworten auf politische Fragen leicht diejenigen herausfinden – darüber werden wir heute streiten –, die diese Landesregierung in den kommenden fünf Jahren verwirklichen will. Ich will das an einigen der schon genannten zentralen Aufgabenstellungen – durchaus ein wenig jenseits der traditionellen Grenzen von Ressorts – versuchen zu erläutern.

Zunächst zu unserer zentralen Herausforderung, Hessen als Bildungs- und Wissenschaftsstandort weiterzuentwickeln. In einer globalisierten Welt sucht sich Kapital seine Chancen. Die Geschwindigkeit der Veränderung des Wissens macht es großen Unternehmen unmöglich, ihre traditionellen Forschungsapparate unverändert aufrechtzuerhalten. Die Unternehmen brauchen vielmehr eine breite, konkurrierende Forschungslandschaft, denn in der wissenschaftsbasierten Gesellschaft hat der den größten Erfolg, der sein Wissen schnell erweitern und vermitteln kann.

Wir wollen, dass in den kommenden Jahren jeder Interessierte in der Welt weiß, dass der Standort Hessen die



größte Dichte von Hochschulen im Umkreis von einer Autostunde Fahrt im Vergleich zu allen anderen Standorten Europas aufweist. Wir wollen diesen Vorteil, der ein Alleinstellungsmerkmal unseres Bundeslandes im Vergleich zu den anderen Regionen ist, so nutzen, dass alle ihn kennen, und so ausbauen, dass alle auf ihn vertrauen. Das ist eine der besten Zukunftssicherungen, die wir diesem Land geben können.

(Beifall bei der CDU)

In den Traditionen Deutschlands ist Erweiterung und Vermittlung von Wissen eine besondere Aufgabe der in wesentlichen Teilen staatlichen Hochschulen. Ohne die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen können wir in den Regionen Mittel- und Nordhessen unsere Aufbauarbeit nicht fortsetzen und in Südhessen die erzielten Erfolge nicht absichern.

Die Stärke staatlicher Hochschulen in Deutschland muss in den kommenden Jahren durch das verstärkte Anwachsen privater Hochschulen ergänzt werden, ohne dass diese privaten Hochschulen in überschaubarer Zukunft die Funktion und Aufgabenstellung der staatlichen Universitäten und Fachhochschulen übernehmen können.

Neben Universitäten und Fachhochschulen sollen die staatlich anerkannten Berufsakademien die dritte Säule der tertiären Ausbildung sein und in Hessen zunehmend vergleichbare Arbeitsbedingungen erhalten, wie sie die Berufsakademien heute bereits in Baden-Württemberg haben.

Weil der überwiegende Teil von Wissenserweiterung und Lehre weiterhin durch staatliche Hochschulen zu leisten sein wird, müssen diese Hochschulen zur Erweiterung und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit den privaten Entscheidungsstrukturen schnell angepasst werden. Das in der vergangenen Legislaturperiode von Frau Kollegin Wagner vorgelegte und vom Hessischen Landtag verabschiedete Hochschulgesetz war dazu der erste wichtige Schritt.

Wir werden die Autonomie aller Hochschulen Schritt für Schritt erweitern, besonders aber mit der Modellhochschule Technische Universität Darmstadt sehr rasch ein Konzept der Verselbstständigung der Hochschule inklusive einer eigenen Personalhoheit und der wirtschaftlichen Verfügungsmacht über die Immobilien schaffen. Wir erwarten, dass diese Universität damit ihre Ressourcen besser nutzt, schneller auf die Herausforderungen der sich verändernden Wissensgesellschaft reagieren kann und gleichzeitig noch intensiver in gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse integriert wird.

Wir wissen sehr wohl, dass die finanzielle Unabhängigkeit der Hochschulen nur durch den Staat gesichert werden kann. Für ihre konkret zu benennenden Leistungen werden die hessischen Hochschulen auch weiterhin verlässlich Zuwendungen erhalten. Große Forschungseinrichtungen, wie etwa der von uns gewollte Ionenbeschleuniger in Darmstadt, werden die Exzellenz der Einrichtungen noch erhöhen.

Der durch Frau Kollegin Wagner für die vorherige Hessische Landesregierung geschlossene Hochschulpakt wird nicht angetastet, und es werden nach diesem Beweis der Verlässlichkeit der Hessischen Landesregierung die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Hochschulpakt, das ähnliche Bedingungen erhalten soll, zeitgerecht aufgenommen.

Wir wollen dabei alle Hochschulen ermuntern, Schwerpunkte in ihrer Arbeit zu setzen, die sich mit den Anwendungsschwerpunkten in unserem Bundesland ergänzen. Das trifft nicht immer auf die Kultur- und Geisteswissenschaften, die ihren hervorragenden Stellenwert behalten müssen, zu, weil es dort Anwendungen nicht in Form von wirtschaftlichen Anwendungen gibt. Aber dort, wo wirtschaftliche Anwendung besteht, muss die Frage sein: Wo sind dann die Arbeitsplätze, in die die Menschen kommen, wo ist die Nachfrage nach Forschung und Entwicklung?

Ich nenne dabei beispielhaft die Finanzwirtschaft, die Biotechnologie, die Automobilherstellung sowie die Nanotechnologie und die Mechatronik.

Wir brauchen einen schnellen Weg vom wissenschaftlichen Erkennen zum praktischen Anwenden. Zu viel ist in deutschen Universitäten geforscht und dann in anwendungstechnischen Abteilungen weltweiter Unternehmen außerhalb Deutschlands entwickelt worden. Deshalb müssen ausbildungsnahe Existenzgründungsbemühungen für die Hessische Landesregierung Priorität haben. Wir arbeiten mit Gründerzentren, wir entwickeln das Modell des Frankfurter Innovationszentrums für Biotechnologie, und wir erwarten die wirtschaftliche Verwertung von Patenten an den hessischen Hochschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Universitäten und Fachhochschulen sind in einer Zeit, in der alle darüber nachdenken, wie weniger Arbeitsplätze in unserem Land verkraftbar gemacht werden können, durch alle möglichen sozialen Systeme der Kernmotor, in dem die Hoffnung besteht, dass wir in Deutschland wieder Ideen haben, die andere erst nach uns und nicht vor uns haben und mit denen wir Geld verdienen können zu unseren wirtschaftlichen Bedingungen, bevor es andere in der Welt tun. Deshalb müssen diese Hochschulen gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind Hochschulen nicht nur Einrichtungen, die der Wissenserweiterung dienen. Vielmehr sind es auch Einrichtungen der Lehre. Wir erwarten von den Hochschulen und den Studierenden, dass geeignete Anstrengungen unternommen werden, dass die Studenten in absehbarer Zeit ihre Ausbildung abschließen können. Studenten, die die allgemein gültige Regelstudienzeit deutlich überschreiten, müssen unseres Erachtens durch Studiengebühren einen Beitrag zu den Kosten ihrer Ausbildung leisten, die der Gemeinschaft der Steuerzahler dadurch entstehen.

Das Wissen, das uns Arbeit schafft, ist nicht nur das Wissen an den Universitäten und der akademisch ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Stärken Deutschlands gehört das System der dualen Ausbildung. Das System der dualen Ausbildung muss auch in Zukunft die Basis der nicht akademischen Berufsausbildung in Deutschland bleiben. Die Frage, ob es sie wirklich bleiben wird, stellt sich im Jahr 2003 stärker als jemals in der Geschichte zuvor. Tausende von Jugendlichen können im Augenblick keinen Ausbildungsplatz finden, weil die Wirtschaft aufgrund der düsteren Erwartungen für die Zukunft und der existenzbedrohenden Situation vieler Unternehmen die Zahl der Ausbildungsplätze reduziert. Es gibt 40.000 Insolvenzen in einem Jahr. Viel Lebenserfahrung spricht dafür, dass sich unter den insolventen Unternehmen auch eine ganze Menge befinden, die bisher ausgebildet haben. Das betrifft gerade auch Existenz-

gründer und junge Unternehmen. Allein schon diese Arbeitsplätze stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Dass Jugendliche zurzeit keinen Ausbildungsplatz erhalten und damit in eine Zukunft gehen, die ihnen keine Perspektive und keine berufliche Qualifikation bietet, widerspricht logischerweise nicht nur dem Interesse dieser Jugendlichen. Dies widerspricht angesichts der vor uns stehenden demographischen Herausforderungen auch den vernünftigen Interessen der Unternehmen. In einigen Jahren werden die Unternehmen sehr viel kostspieligere Anstrengungen unternehmen müsse, um qualifizierte Arbeitskräfte noch finden zu können. Die Nutzung des Potenzials der jetzt noch geburtenstarken Jahrgänge liegt im Interesse der Gesellschaft und der einzelnen Unternehmen.

Ich habe deshalb die führenden Vertreter der hessischen Wirtschaft und der Gewerkschaften zu einem Spitzengespräch am 5. Mai 2003 eingeladen, um mit den hessischen Mitteln das Bestmögliche zu tun. Ich will verhindern, dass junge Menschen, die unseren Appellen zur Absolvierung einer guten Ausbildung häufig gefolgt sind, Ende dieses Jahres ohne Perspektive auf der Straße stehen. Ohne diesen Beratungen, die den guten Willen aller Beteiligten erfordern und die sich in das einfügen müssen, was auf der Ebene der Bundespolitik zwischen den Verbänden besprochen wird, vorgreifen zu wollen, will ich hier jedoch bereits sagen: Alle haben die Pflicht, über ihren Schatten zu springen und bis an die Grenze des Möglichen zu gehen. Perspektivlosigkeit für junge Menschen muss ein Tabu sein, andere Tabus darf es in diesen Gesprächen nicht geben. Wir müssen zeigen, dass wir dieses Problem lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir betrachten es als eine Pflicht auch dieser Landesregierung, auf die Einhaltung dieses Prinzips bei allen Beteiligten zu achten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was folgt daraus?)

Die Bundesregierung wird dabei übrigens nicht nur eine Moderatorenrolle haben. Die wird sie auch haben. Das respektiere ich. Ich respektiere deshalb, dass am 29. April 2003 zunächst die Bundesregierung sprechen wird, wir in den Ländern werden es im Anschluss daran tun. Aber die Landesregierung erwartet dann eben auch Folgendes. Diese Gespräche sollen erbringen, dass alle einen Beitrag leisten. Wir erwarten also, dass die Arbeitnehmerorganisationen ihren Beitrag ebenso leisten wie die Arbeitgeber. Der Staat, und damit auch das Land, muss hinsichtlich der Programme überlegen, was an zusätzlichen Initiativen notwendig ist, um die Krise zu beseitigen. Es geht dann aber nicht, dass der Bund bei den Berufsausbildungshilfen zugleich dramatisch kürzt.

(Beifall der Abg. Frank Gotthardt und Volker Hoff (CDU))

Diese Kürzungen würden zu einer Reduzierung der unterstützten Ausbildungsstellen in Hessen von 6.600 im vergangenen Jahr auf 1.700 in diesem Jahr führen. Das ist eine Kürzung um nahezu 75 %. Diese würde faktisch fast zu einer Verdoppelung der Zahl der dann zusätzlich einen Ausbildungsplatz Suchenden im Vergleich zur jetzigen Situation bedeuten. Das ist nicht akzeptabel. Jeder muss seinen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU)

Unabhängig davon, ob es sich um eine akademische oder nicht akademische Ausbildung handelt, kommt erschwerend Folgendes hinzu. Im Leben wird in Zukunft eine einzige Ausbildung nicht mehr genügen. Wegen der durch die vernetzte Wissenswelt sich schnell verändernden Berufsprofile und des beschleunigten Ablaufs der Produktzyklen wird man von der Ausbildung zu Beginn des Erwerbslebens mehr und mehr zu einem lebensbegleitenden Lernen kommen müssen. Darauf sind die Institutionen, die sich in unserem Land mit Ausbildung beschäftigen, bisher nicht oder, um es nicht ganz so hart zu formulieren, zumindest nicht ausreichend vorbereitet.

Universitäten, aber auch Berufsbildungszentren und Berufsschulen müssen neben den traditionellen Wegen der Erwachsenenbildung zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens werden. Universitäten, deren Hörsäle ein Drittel des Jahres leer stehen, können für akademische Fortbildung genutzt werden. Berufsbildungszentren und Berufsschulen sollten in Zukunft ihre Werkstätten für Lehrgänge der lebensbegleitenden Fortbildung öffnen. Angesichts knapper Kassen muss dabei auch darauf geachtet und mit den berufsständischen Organisationen darüber verhandelt werden, dass angesichts der stark zurückgehenden Zahl der Schüler Werkstätten und andere Ressourcen von den beruflichen Schulen und den Berufsbildungszentren arbeitsteilig genutzt werden. Auch dies gehört zur Konzeption der Zentren für lebensbegleitendes Lernen, die wir entwickeln werden. Zugleich wollen wir die Durchlässigkeit zwischen den akademischen und den nicht akademischen Ausbildungsgängen erhöhen. Deshalb wird in Hessen in Zukunft der Meisterbrief in der Regel auch die Berechtigung zum allgemeinen Hochschulzugang umfassen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenigstens ein Punkt, zu dem wir Ja sagen können!)

– Seien Sie mit zu viel Zustimmung vorsichtig. – Was immer wir tun, um gute berufliche Qualifikationen zu ermöglichen, wir werden scheitern, wenn die schulische Ausbildung nicht die Voraussetzungen für gute berufliche Qualifikationen schafft. Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen ist eine der zentralen Aufgaben der Hessischen Landesregierung. Wir haben in den vergangenen vier Jahren bewiesen, wie ernst wir dieses Ziel nehmen. Von diesem Ziel werden wir uns auch in den kommenden fünf Jahren nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben unser Versprechen eingehalten, dass bei den Schulkindern der vorgesehene Unterricht auch tatsächlich auf dem Stundenplan steht. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Die Unterrichtsgarantie ist übrigens inzwischen zu einem hessischen Markenzeichen geworden. Sie hat bundesweit Maßstäbe gesetzt. Auch in Niedersachsen wird das Konzept jetzt umgesetzt. In Schleswig-Holstein wird über die Unterrichtsgarantie ebenfalls schon gesprochen. Wir sind halt einen Schritt weiter. So stellen wir uns vor, für Hessen einen Vorsprung in einem Wettbewerb zu schaffen, an dem sich natürlich in Zukunft alle anderen beteiligen werden. Nach der Unterrichtsgarantie wird jetzt die Qualitätsgarantie umgesetzt. Auch dort wollen wir wieder Maßstäbe in dem Sinne setzen, dass wir jeweils einen Schritt weiter sind. Wir wollen die Bildungslandschaft in Hessen so voranbringen, dass daraus am Ende das Bildungsland Hessen entsteht.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem bereits begonnenen Programm „Unterrichtsgarantie plus“ werden wir auch bei Krankheit der Lehrerinnen und Lehrer sicherstellen, dass der vorgesehene Unterricht stattfinden kann und nicht nur auf dem Stundenplan steht. Die umfassenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Verbesserung des Unterrichts werden ebenso wie die Umstellung der Schulzeit auf zwölf Jahre bis zum Abitur sicherstellen, dass wir all diese Aufgaben mit dem dafür notwendigen Personal erfüllen. Wir werden dazu noch einmal mehr Lehrer zur Verfügung haben, als es bisher der Fall ist. Denn nur bei der Bildung gibt es im Rahmen dieser Regierungserklärung und dieses Regierungsprogramms eine Zusage für weiteres Personal, für zusätzliche 500 Lehrerstellen. Das unterstreicht erneut die Bedeutung dieses Politikbereichs.

Am Ende dieser Legislaturperiode werden alle hessischen Gymnasien bereits auf dem Weg zum Abitur nach verkürzter Schulzeit sein. Das verbessert nicht zuletzt auch die Chancen der jungen Menschen im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn. Die Abiturprüfungen werden dann nach einheitlichen landesweiten Standards unter Beibehaltung der Gestaltungsmöglichkeiten in den einzelnen Schulen durchgeführt werden. Damit setzen wir den Weg fort, den wir in den Haupt- und Realschulen bereits begonnen haben. Für diese haben wir erreicht, dass ab dem kommenden Schuljahr dort Abschlussprüfungen abgelegt werden.

Chancengerechtigkeit darf nicht dazu führen, dass Dinge nicht mehr unterscheidbar sind. Wir müssen erreichen, dass die Schule von den Kindern nicht als graue Einheitsanstalt wahrgenommen wird, in der alle Kinder über einen Kamm geschoren werden. Die Landesregierung legt Wert darauf, Kinder als Individuen wahrzunehmen, die gemäß ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert und gefordert werden. Dazu dient nicht zuletzt die deutliche Profilierung und Neuordnung der Organisationsstrukturen der Schule. Um gerade im Rahmen dieser Profilbildung noch mehr Transparenz und Gerechtigkeit zu ermöglichen, arbeiten wir an der Erstellung landesweiter Vergleichsarbeiten, deren Ergebnisse dann im Internet veröffentlicht werden. Es wird dann deutlich weniger vorkommen als bisher, dass die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern an einer Schule ganz anders beurteilt werden als an einer anderen, obwohl es sich in Wahrheit um die gleichen Fähigkeiten und das gleiche Leistungsniveau handelt.

Es ist ein wichtiges Element unserer Qualitätsgarantie, dafür zu sorgen, dass Jugendliche, in welcher Stadt, in welchem Landkreis, an welchem Ort sie auch immer unterrichtet werden, den Anspruch haben, in einer Gesellschaft, in der sie anschließend in ihren Ausbildungsverhältnissen häufig nach ihren Zeugnissen beurteilt werden, sicher zu sein, dass gleiche Leistung zu gleichen Noten führt, egal wo im Lande Hessen dies gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen davon aus, und es ist unser ehrgeiziges Ziel: Wir wollen mit diesen Maßnahmen der Qualitätsgarantie erreichen, dass wir, wenn wir die fünf Jahre abgeschlossen haben – das ist ein durchaus längerer Zeitraum von Möglichkeiten, Schule zu verändern, den wir uns dann auch zu rechnen lassen; neun Jahre sind eine relativ lange Zeit – und wir zu dem Zeitpunkt im internationalen Wettbewerb abrechnen, wie es in den einzelnen deutschen Bundesländern gegangen ist und wie es in Europa gegangen ist, sagen können, dass Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nummer eins mit den Bildungsergebnissen der Schülerin-

nen und Schüler unserer hessischen Schulen wirklich auf einem der vorderen Plätze steht. Darauf haben die jungen Menschen einen Anspruch, und das wollen wir mit unserer Politik erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen unsere Reformen gemeinsam mit Eltern, Schülern und Lehrern unseres Landes umsetzen. Sie können von uns erwarten, dass wir ihre Bemühungen in den Reformprozess aktiv einbauen, dass wir Fortschritte und Stärken öffentlich benennen und dass wir uns auch mit den Schwachstellen beschäftigen. Wir können froh sein, dass es in unserem Land – das will ich ausdrücklich sagen – sehr viele Lehrerinnen und Lehrer mit hohem Engagement und ausgewiesener Kompetenz gibt. Die mehr als 52.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den hessischen Schulen sind für die kommenden fünf Jahre die Basis, auf der die Erfolge von Schulpolitik ruhen werden, auf ihnen und auf niemand anderem; denn sie sind dort beschäftigt. Sie werden und sie wollen dort beschäftigt bleiben. Wir brauchen ihr Engagement und ihre Mitarbeit. Was wir nicht gebrauchen können, ist eine ständige Lehrerbeschimpferei, die sie aus dieser Landesregierung nie gehört haben. Wir müssen es mit ihnen zusammen machen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich ausdrücklich: Ich weiß, dass ihre Aufgabe in vielfacher Hinsicht häufig nicht einfach ist, was sowohl die Anforderungen von Eltern als auch, sagen wir es vorsichtig, die Herausforderungen betrifft, die Schülerinnen und Schüler gelegentlich ihren Lehrern gegenüberstellen. Das ist nicht immer leicht. Wir wissen auch, dass das, was wir als Regierung und was die Kultusministerin von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Veränderungen in der Schule, an Qualitätsmanagementmaßnahmen, an Fragen der Unterrichtsgarantie verlangen, unter durchaus hohen zeitlichen Belastungen eine weitere Herausforderung ist.

Wir werden weder die eine Herausforderung ausschließen können, die von Schülern und Eltern kommt, noch können wir irgendjemandem ankündigen, dass wir unsere Herausforderungen reduzieren werden; denn die Bildungsanstrengungen für die nächsten fünf Jahre werden genauso ehrgeizig zu sein haben wie die in den vergangenen vier Jahren. Aber wir sehen, dass die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit ist, diesen Weg mitzugehen, mitzugestalten, und durchaus auch ein Stück stolz darauf ist, weil sie erkennt, dass sich sichtbar etwas verbessert. Wir wollen auch, dass sich am Image von Lehrerinnen und Lehrern etwas verbessert. Deshalb sage ich hier erneut: Ich bin den Lehrerinnen und Lehrern dieses Landes zu Dank verpflichtet. Wir wollen die Arbeit mit ihnen zusammen machen, die wir in diesem Bundesland machen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Bei allen Verbesserungen, die wir im Schulbereich durchführen, muss eines klar bleiben: Es wäre eine Selbstüberschätzung der Möglichkeiten des Staates, zu glauben, dass er den Erziehungsauftrag alleine übernimmt und an die Stelle der Eltern treten kann. Für die Erziehung der Kinder sind in erster Linie die Eltern verantwortlich. Wir wollen so intensiv wie möglich mit ihnen in der Schule zusammenarbeiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Deswegen haben die Schulkonferenzen nichts



mehr zu sagen? – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen als Staat das Bestmögliche tun, aber wir werden uns nicht daran hindern lassen, zu sagen: Es ist keine Institution, in der man die Kinder abgibt, damit dort etwas aus ihnen gemacht wird, sondern es ist ein gemeinsames Projekt, das der Staat und die Eltern bewältigen wollen. Dazu brauchen wir die Mitarbeit der Eltern in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das gilt umso mehr, als die Voraussetzungen für den Erfolg junger Menschen in Ausbildung, in Schule und im späteren Berufsleben nicht erst mit der Einschulung in die Grundschule beginnen. Wir haben in den letzten Jahren bei den vergleichenden Tests der Schulsysteme der Länder der Welt festgestellt, dass die Lebenserfahrungen der Kinder vor dem Beginn der Grundschule wesentlich auf ihre schulischen Leistungen einwirken. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber in ihrer heutigen Schärfe bedarf sie einer Veränderung der bisher bekannten Strukturen.

Wir stellen fest, dass die inzwischen weitestgehend erreichte – das ist ein Erfolg unserer Gesellschaft – Gleichberechtigung zwischen Jungen und Mädchen in der Ausbildung dazu führt, dass die Lebensentwürfe junger Familien veränderte Betreuungskonzepte erfordern. Wir wollen niemandem einen besonderen Lebensentwurf vorschreiben, und wir wollen in jeder Situation der Familie die Gewissheit geben, dass Kinder unabhängig vom eigenen Lebensentwurf die bestmögliche Ausbildung und auch Betreuung erhalten.

Dabei legt die Landesregierung Wert darauf, dass es bei der Schaffung von Wahlfreiheit wirklich auch um Wahlfreiheit geht. Eltern, die ihre berufliche Karriere ganz aufgeben oder für eine bestimmte Zeit unterbrechen, um die Erziehung ihrer Kinder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, haben ebenso Dank, Respekt und Anerkennung verdient wie diejenigen, die Berufstätigkeit und Kindererziehung häufig unter sehr schwierigen Bedingungen in ihrer persönlichen Lebensentscheidung miteinander verbinden.

Wir haben heute eine flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen. Die Aufgabenstellung des Kindergartens wird die Hessische Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den freien Trägern in den kommenden Jahren überprüfen. Es war eine lange Zeit Tradition, die Kinder im Kindergarten nicht mit Vorbereitungsarbeiten auf die Schule befrachten zu wollen. Dies muss mit den heutigen Erkenntnissen überprüft werden. Die Hessische Landesregierung wird mit allen Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen einen Erziehungs- und Bildungsplan für Kinder im Alter von der Geburt bis zum zehnten Lebensjahr im Sinne einer Selbstverpflichtung erstellen. Dieser gemeinsame Bildungs- und Erziehungsplan wird die Eigenständigkeit von Kindergärten und Schulen wahren und die Verantwortung der Eltern berücksichtigen. Die verbindliche Zusammenarbeit von Tageseinrichtungen für Kinder und der Grundschule soll insbesondere durch gemeinsame Fortbildungsangebote auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eröffnet und gefördert werden.

Zugleich muss das Betreuungsangebot für Kleinstkinder sowie Kindergartenkinder verbessert werden. Die Landesregierung wird vermehrt ihre finanzielle Unterstützung für Aktivitäten von Gemeinden anbieten, die es

durch entsprechende Öffnungszeiten leichter machen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung zu verbinden. Da das Angebot an Kinderkrippen und Kinderkrabbelstuben aber aufgrund der finanziellen Verhältnisse der Kommunen – Veränderungen in einer Zeit, in der wir keine finanziellen Zusatzmöglichkeiten haben – nur schwerlich schnell ausgebaut werden kann, will Hessen zum Land der Tagesmütter werden und zugleich eine soziale Absicherung dieser Berufstätigkeit erreichen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht doch mal etwas! Wie lange wollen Sie das nur erklären?)

Deshalb treten wir mit unserer „Offensive für Kinderbetreuung“ mit allen Beteiligten in einen intensiven Dialog, um das Tagesmütter-Netzwerk auszubauen.

Herr Kollege Al-Wazir, wir haben in ganz Hessen inzwischen 62 Städte und Gemeinden mit insgesamt 87 Servicestellen von freien und kommunalen Trägern, die Angebot und Nachfrage bei Tagesmüttern zusammenführen. Damit haben wir heute fast doppelt so viele Vermittlungseinrichtungen wie nur ein Jahr zuvor.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doppelt so viele Plätze wäre besser gewesen!)

Als erstes Bundesland haben wir die individuelle Bezuschussung von Tagesmüttern und Tagesvätern eingeführt und im letzten Jahr rund 1.100 Personen auf diese Art und Weise gefördert. Wir sind auf dem Weg zum Land der Tagesmütter, Schritt für Schritt, aber in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass die Betreuungsaufgaben nicht in der Grundschule enden. Deshalb wird die Landesregierung ihr Konzept fortsetzen, Jahr für Jahr mehr Schulen mit Betreuungsangeboten auszustatten. Wir werden auch dort das Prinzip der Freiwilligkeit achten und mit dem nachmittäglichen Angebot dafür sorgen, dass Kinder, die in der ganztägigen Betreuung sind, nicht vom Ehrenamt in Vereinen, nicht von den Musikschulen und nicht von den kirchlichen Freizeitaktivitäten ferngehalten werden.

Wir werden eine Vielzahl neuer Anknüpfungsmöglichkeiten für diese Institutionen suchen und gemeinsam mit ihnen ein Angebot schaffen, Kinder und Jugendliche in Vereinen, Gruppen und Verbänden an den Nachmittagen zu betreuen – wenn eine Betreuung notwendig und gewünscht ist – und ein einheitliches Konzept zu realisieren. Das ist der Weg, wie wir mit Betreuungsangeboten an hessischen Schulen umgehen werden.

(Beifall bei der CDU)

Betreuung hat allerdings sehr viel mit der Erwerbstätigkeit der Eltern zu tun, weil sie in der Regel deshalb nachgefragt wird. Damit bin ich bei der zweiten großen Aufgabenstellung der Hessischen Landesregierung und zugleich der deutschen Politik. Es ist unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen in unserem Lande zu schaffen, die mehr Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben, in einem marktwirtschaftlichen Prozess Arbeit zu bekommen.

Arbeit entspringt vor allem auch dem internationalen Wettbewerb um Aufträge. In diesem Wettbewerb um Aufträge sind wir in Deutschland stark zurückgefallen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es in drei aufeinander folgenden Jahren ein Wachstum

von nur etwa einem halben Prozent gegeben. Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik war die Frühjahrserholung am Arbeitsmarkt so schwach wie in diesem Jahr. Mit mehr als 4,6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland im März dieses Jahres müssen wir feststellen, dass wir auf dem zweithöchsten Arbeitslosenstand seit über 50 Jahren sind.

Die Erwartungen für die nächsten Monate – darin liegt eines der Probleme bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen – sind nicht optimistisch. Wie sich in unserem Lande langsam als Erkenntnis durchsetzt, ist dies nicht allein auf die Entwicklung der Weltwirtschaft zu schieben. Dabei bestreitet niemand, dass die Verunsicherung der Weltwirtschaft im Zuge der Ereignisse des 11. September 2001 und des Irak-Konflikts negative Auswirkungen gehabt hat. Das würde zwar sehr wohl ein niedrigeres Niveau des Bruttoinlandsprodukts für ganz Europa erklären, nicht aber den dramatischen Abstieg Deutschlands innerhalb der Staaten der Europäischen Union.

Die Ursachen dafür, dass Großbritannien und Frankreich, Irland, Österreich und die Niederlande, alles Länder, die noch bis in die Neunzigerjahre weit hinter uns lagen, Deutschland im Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt inzwischen überholt haben, liegen nicht im konjunkturellen, sondern im strukturellen Bereich.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hatten aber auch nicht 16 Jahre Kohl!)

Das ist eine Binsenweisheit. Die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei in diesen Tagen zeigen aber, dass selbst eine solche Binsenweisheit noch keineswegs eine hinreichende Akzeptanz in der deutschen Politik hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Wir haben zu dem –

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Wissen Sie, jemand, der vier Jahre lang regiert hat und wieder gewählt worden ist, kann zwar immer noch auf das hinweisen, was vorher war – auch ich tue das gelegentlich –, aber er kann eines nicht mehr sagen: Er darf nicht sagen, er habe immer noch kein Rezept gefunden, wie er mit den Problemen fertig wird. Wenn er dieses Konzept nicht gefunden hat, muss er weg, und ein Neuer muss ran. Das ist sehr, sehr einfach.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie ein bisschen durch die Welt gehen, dann bemerken Sie doch, das Problem ist nicht, dass wir in Schwierigkeiten stecken, sondern das Problem ist, dass die Bundesregierung, die schon über vier Jahre lang im Amt ist, eine Koalitionsvereinbarung geschlossen hat, in der sie nicht auf die Schwierigkeiten Rücksicht nimmt, der Bundeskanzler sechs Monate nach Beginn der zweiten Amtsperiode auf die Idee gekommen ist, er müsse die Politik ändern, und seine eigene Partei anschließend beschlossen hat, eher die Partei zu ändern als die Politik.

Deshalb fragen alle: Wann wollen Sie in diesem Lande endlich etwas ändern? Das ist die Frage, mit der sich die Menschen beschäftigen, und das ist die Frage, auf die ein Unternehmer die Schaffung eines Ausbildungsplatzes gründet. Der Unternehmer muss zwar nicht schon morgen wieder Gewinne einfahren, aber er muss die begrün-

dete Hoffnung haben, dass sein Unternehmen in Zukunft wächst.

Das ist die Aufgabe, die wir in diesem Lande im Bereich der Universitäten, der Forschung, der Standortbedingungen und des Verkehrs haben. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe helfen Sie von den Sozialdemokraten uns weder auf Landesebene noch auf nationaler Ebene. Wir müssen die Frage beantworten: Worin liegt die Hoffnung, morgen und übermorgen wieder besser zu sein als heute? Das muss jeder von uns in eigener Verantwortung leisten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dabei haben wir – das wird Frau Ypsilanti noch weniger gefallen – mit einem grundlegenden Fehler der Achtzigerjahre zu kämpfen. Die Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich war falsch. Diese Politik hat zu einem überproportionalen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden in Deutschland, zu größerer Arbeitslosigkeit und geringerer Wettbewerbsfähigkeit geführt. Das Ergebnis ist eindeutig. Die mangelnde Fähigkeit Deutschlands, auf die Herausforderungen des Strukturwandels, d. h. die Umstellung von der Industrie- auf die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, flexibel und rasch zu reagieren, lässt sich durchaus auch an der Entwicklung des Arbeitsvolumens zwischen 1991 und 2001, z. B. im Ländervergleich, ablesen: Einem Minus beim Arbeitsvolumen in Deutschland von 5,2 % steht ein Plus in den Vereinigten Staaten von etwa 25 % gegenüber. 5 % minus zu 25 % plus – bei nicht wesentlich veränderten Bevölkerungszahlen: Das lässt einen vorsichtigen Verdacht aufkommen, die Wirtschaft welches Landes gewachsen ist und die Wirtschaft welches Landes nicht gewachsen ist.

Dies ist eine Entscheidung, die ausnahmsweise weder die eine noch die andere Regierung getroffen hat. Sie von der Sozialdemokratischen Partei und von den GRÜNEN sind dem aber noch hinterhergelaufen und haben gesagt, das sei richtig so.

Wir haben im Augenblick vonseiten der Sozial- und Tarifpartner eine Weichenstellung, die uns belastet, die zwar möglicherweise Führungskräfte in den Verbänden befriedigt, die aber bei den Arbeitsplatzsuchenden in der konkreten Situation nicht als Hilfe, sondern als Behinderung ankommt. Ich mache da gar keinen großen Unterschied zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Beiden ist es gelungen, die niedrigen Löhne in Deutschland wegzuverhandeln. Sie haben aber nicht bemerkt, dass dabei die Arbeit mit verloren gegangen ist. Heute sitzen auch in Hessen viele Unternehmen, von denen in erster Linie die Gewerkschaften mit Stolz sagen, dass es keine Niedriglöhne mehr gibt. Es wird aber elegant verschwiegen, dass die früher so bezahlte Arbeit heute in Tschechien oder Polen zum Wohlstand beiträgt und der Bundesrepublik Deutschland an der Stelle Arbeitslosigkeit beschert.

(Beifall bei der CDU)

Die Probleme, die hinter diesen Fragestellungen stehen, können nur gemeinsam gelöst werden. Keine der Lösungen ist frei von Umstellungsschmerzen. Aber die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben in Wahrheit längst erkannt, dass es ohne besondere Anstrengungen keine Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen geben wird. Ich bin aus endlosen Gesprächen durchaus überzeugt, dass die Bürger – wie ich finde, zu Recht – höchst allergisch reagieren, wenn über eine Reduzierung ihrer Einkommen gesprochen wird, und versu-

chen, das mit aller Gewalt abzuwenden. Aber über die Frage, ob sie eine Stunde mehr oder weniger arbeiten – denken sie an Viessmann und die Diskussion, die wir vor zweieinhalb Jahren gehabt haben –, können sie sehr gelassen reden, weil sie sehr wohl erkennen, dass zur Sicherung des Wohlstandes in Deutschland nicht gehört, dass man die Löhne kürzt, aber sehr wohl dazu gehört, dass man eine Stunde länger arbeitet. In dieser Sache müssen wir ein Stück weit wieder zu einem gemeinsamen Gespräch bereit sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich sage, dass die Probleme nur gemeinsam zu lösen sind, dann gilt das auch für die politischen Kräfte. Die Hessische Landesregierung hat bereits bei der Diskussion über die so genannten Hartz-I- und Hartz-II-Gesetze deutlich gemacht, dass wir nicht nur zum Kompromiss bereit sind, sondern dass wir diese Kompromisse auch selbst mit herbeiführen. Die Einigung auf einen Kompromiss bei der Steuergesetzgebung vor wenigen Tagen im Vermittlungsausschuss ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Hessen zu solchen bundesweiten gemeinsamen Schritten willens und in der Lage ist. Wir haben gezeigt, dass man mit Grundsatztreue und Pragmatismus zu guten Ergebnissen kommen kann.

Zu dieser Zusammenarbeit wird sich bald erneut Gelegenheit ergeben. Vor uns liegt die große Debatte zur Sozial- und Arbeitslosenhilfe und damit in Wahrheit die Debatte über die Probleme der strukturell zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland. Das Bundesland Hessen hat durch die Vorlage des OFFENSIV-Gesetzes bereits vor mehr als einem Jahr deutlich gemacht, dass wir bereit sind, in Gesetzgebungsverfahren Verantwortung zu übernehmen und auch modellhaft neue Wege zu testen, um den Konsens über notwendige Reformen angesichts bereits nachgewiesener Wirksamkeit in Experimentierbereichen zu erhöhen und zu beschleunigen. Die Grundsätze des OFFENSIV-Gesetzes stehen weiterhin zur Debatte, und sie werden auch der Maßstab unserer Verhandlungen in den kommenden Monaten sein. Inzwischen geht die Hessische Landesregierung jedoch über diese Vorstellungen hinaus. Die Grundsätze hierzu sind:

Erstens. Alle erwerbsfähigen Bürgerinnen und Bürger, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, müssen in Zukunft durch gesetzlich festgelegte Institutionen unmittelbar nach ihrem Antrag auf staatliche Unterstützung eine Beschäftigung angeboten bekommen. Dabei kann es sich um eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, eine Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt, eine Qualifizierungsmaßnahme, eine gemeinnützige Arbeit oder therapeutische Arbeit zur Reintegration in den Beschäftigungsprozess handeln. Die Verantwortung dafür, dass die entsprechenden Plätze im Zweifel auch jenseits des ersten Arbeitsmarkts zur Verfügung stehen, hat die öffentliche Hand zu tragen.

Zweitens. Dieses Grundmuster, dass wir in Hessen zunächst modellhaft in den vier ausgewählten Musterregionen praktizieren wollen, um es möglichst schnell zu einem Experimentierstadium auf ganz Hessen auszudehnen, hat dann allerdings auch zur Folge, dass all diejenigen, denen eine solche Beschäftigung angeboten wird, diese Beschäftigung auch annehmen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Kein Wunder!)

Wer die Annahme verweigert, muss mit weiter gehenden Kürzungen der Sozialhilfesätze bis hin zur vollständigen Streichung rechnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Drittens. Die deutsche Realität, dass, wer arbeitet, keinen Anspruch auf Sozialhilfe hat,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

und wer Sozialhilfeanspruch hat, nicht arbeiten darf, muss verändert werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch falsch!)

Es muss der Grundsatz gelten, dass jeder, der es kann, auf jeden Fall zu arbeiten hat, gegebenenfalls zu einem Lohn, der seine Lebenshaltungskosten nicht deckt. Dann ist der Staat in der Pflicht, die Differenz zu den notwendigen Lebenshaltungskosten zu decken und dafür zu sorgen, dass das Einkommen eines so arbeitenden Menschen in jedem Fall höher ist als das Einkommen desjenigen, der, obwohl erwerbsfähig, nicht erwerbstätig ist. Die Hessische Landesregierung hat gemeinsam mit dem Münchener ifo-Institut dafür ein Modell vorgestellt und wird in den kommenden Wochen konkrete Vorschläge zu der gesetzgeberischen Umsetzung dieses Modells vorlegen.

Viertens. Jedes Modell der Kombination von Sozialhilfe und Beschäftigungsangebot erfordert die Mitarbeit der Kommunen. Es ist die gemeinsame Überzeugung der Landesregierung und des Landkreistags, dass die im Hartz-Konzept angedachte Entlassung der Kommunen aus der Verantwortung für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger das Ende vernetzter regionaler Aktivitäten zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit wäre. Es mag aus der Sicht der Städte ein kurzfristiger Vorteil in der Verrechnung von Sozialhilfekosten sein. Über eine längere Zeit bedeutet es, dass all diejenigen, die an der Basis Verantwortung tragen können, all diejenigen, die konkret wissen, wo Beschäftigung und Beschäftigungsmöglichkeiten sind, kein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Mitarbeit an Beschäftigungsförderungsmaßnahmen hätten. Dies kann und darf nicht sein.

Ich sehe, dass auch sozialdemokratische Kollegen in den Landkreisen das genauso sehen. Die Hessische Landesregierung wird mit allen Kräften dafür werben, dass der Ausschluss der Kommunen aus der Verantwortung für die Langzeitarbeitslosigkeit im Bundesrat verhindert wird.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Die Landesregierung wird dafür werben, dass die oft glaubenskriegartig geführten Auseinandersetzungen über diese Fragen dadurch erleichtert werden, dass der Bundesgesetzgeber Experimentierklauseln einführt, die die Durchführung eines hier geschilderten Modells für unser Bundesland ermöglichen, ohne damit gleichzeitig alle in Deutschland, die Zweifel an der Richtigkeit des Modells haben, darauf zu verpflichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie auch hier im Haus anderer Meinung sind, so wie ich das der rot-grünen Mehrheit in der Bundesregierung sage: Wenn Sie denn der Meinung sind, dass das alles so falsch ist, dann lassen Sie uns doch hereinfallen. Wir hier in Hessen – und, ich denke, auch noch einige andere Bundesländer – sind bereit, Ja zu sagen und das Risiko zu übernehmen. Wir sind überzeugt, dass wir dieses Modell funktionsfähig machen können. Wir wollen dafür den Beweis antreten, und wir übernehmen dafür auch das Risiko.



Aber hören wir auf, in einem Land mit Schwierigkeiten durch gegenseitige Denkverbote alles zu verhindern und niemandem zu erlauben, einen Weg auszuprobieren, um dann auch ein Stück weiter zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist die Schaffung von mehr Arbeit in Deutschland nicht nur eine Frage der Organisation des Arbeitsmarkts und der Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Aber dies ist bei allem Respekt vor der Überfälligkeit einer Steuerreform und der unbestreitbaren Notwendigkeit der Reform des Gesundheits- und des Rentensystems die zentrale Aufgabe, mit der sich auch die Hessische Landesregierung zu befassen beabsichtigt. Wenn wieder mehr Arbeit nachgefragt wird, dann – davon sind wir überzeugt – ist Hessen einer der ersten Plätze, an dem diese nachgefragte Arbeit auch angeboten und in den Arbeitsmarkt gebracht wird.

Die Hessische Landesregierung betrachtet es deshalb als ihre dritte große Aufgabe, in Hessen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, von der zentralen Lage unseres Bundeslandes in Europa zu profitieren. Wir werden dabei auch unsere europäischen Partnerregionen in strategische Allianzen einbinden und dort, wo hessische Interessen – auch im Rahmen der Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit – im weitesten Sinne betroffen sind, Prioritäten setzen.

Übrigens fällt bei der Erarbeitung dieser Konzepte auf, dass die Kontakte in andere Teile der Welt in der Kontinuität vieler Jahre für ein Bundesland durchaus häufig unterschätzt werden. Die Auslandskontakte unseres Landes von Ägypten bis Vietnam zeigen, dass Hessen seine Verantwortung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sehr intensiv wahrnimmt: Beispielsweise Projekte des Umweltschutzes in China, die Übergabe des Laborschiffs „Argus“ an die Republik Serbien, Frauenkooperativen und Kindergärten in Tansania, das Katasterwesen in der Mongolei, aber auch der Aufbau der Arbeitsschutzverwaltung in Bulgarien sind nur einige Beispiele. Ich bin dankbar, wenn die Lebenserfahrung einiger Kollegen noch weitere Beispiele hinzufügt.

Wir haben in den letzten Jahren, auch in den letzten Monaten unsere wirtschaftlichen und politischen Kontakte nach Madison in Wisconsin und Washington im Sinne freundlicher Verbundenheit auch in schwieriger Zeit gepflegt und ausgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Weg werden wir konsequent weiter beschreiten. Aus diesem Grund habe ich auch entschieden, nachdem ein anderes Bundesland ausgefallen ist, dass wir uns kurzfristig bereit erklärt haben, am 3. Oktober die Feierlichkeiten anlässlich des Tags der Deutschen Einheit in der Deutschen Botschaft in Washington als hessisches Ereignis auszurichten.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung wird ihre internationalen Wirtschaftskontakte und die Standortwerbung darauf ausrichten, die strategisch günstige Position Hessens in der europäischen Geographie mit den unbestreitbaren Vorzügen der hessischen Wissenschaftslandschaft zu verbinden. Wer aus Amerika, Asien oder wo auch sonst herkommt und die beste strategische Position im künftigen Europa sucht, muss in Hessen investieren.

Wir wissen, dass das so ist, aber wir müssen dafür sorgen, dass alle, die investieren, es wissen. Dies ist eine Aufgabe, der wir uns noch intensiver widmen müssen. Dabei müssen und wollen wir unsere Stärken pflegen, denn wir haben solche Stärken, und zwar mehr und vielschichtiger als viele andere Regionen, die mit uns im Wettbewerb stehen.

Der Finanzplatz Frankfurt muss trotz der aktuellen Schwierigkeiten der Kreditwirtschaft der Finanzplatz in Kontinentaleuropa bleiben. Dazu tragen wir mit der Ausrichtung der Universität ebenso bei, wie wir gemeinsam mit dem Bundesgesetzgeber durch zielführende Finanzplatzgesetze einen Beitrag leisten wollen.

Wir sind das Land des Automobilbaus, und wir wollen es im Süden und im Norden des Landes bleiben.

Wir sind die Apotheke Europas und ein großer Standort der chemischen Industrie. In keinem Bundesland wird ein so großer Teil des Bruttoinlandsprodukts durch diese Branche erarbeitet. Wir werden unsere Universitäten in diesem Schwerpunkt bestärken, aber wir werden auch auf der Bundesebene für die Ertragskraft patentgeschützter Medikamente in Deutschland kämpfen. Denn ohne diese Ertragskraft patentgeschützter Medikamente wird es keine Forschung für patentgeschützte Medikamente mehr in Deutschland geben. Das trifft uns in Hessen vor allen anderen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die Wissensbereiche der Biotechnologie und der Telekommunikation, die beachtliche Arbeitsplatzzahlen neu geschaffen haben, weiter pflegen und ausbauen.

Wer im Zentrum Europas liegt, muss die Vorteile der Verkehrsanbindung für Logistikunternehmen ausnutzen. Wir erleben gerade, dass durch die Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur die nordhessische Region inzwischen weit über Bad Hersfeld hinaus zu einem Logistikschwerpunkt wird. Tausende von Menschen können dort neue Arbeit finden, und wir müssen dafür sorgen, dass die Verkehrsverbindungen Hessen zu einem zentralen Logistikstandort machen.

Wir dürfen den Tourismus als Wirtschaftsfaktor für Hessen nicht unterschätzen. Das gilt für die traditionellen Regionen des Tourismus in Hessen, das muss aber auch für den internationalen Tourismus in und um Frankfurt gelten.

Deswegen sage ich auch, nach den ersten wenigen Erfahrungen der Reisefreiheit für chinesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in den letzten drei Monaten: Wenn denn Europa mit Frankfurt am Main ein wichtiges Tor hat, dann muss auch für diese Menschen dieses Tor zu Europa ein wichtiger Anknüpfungspunkt sein. Ich möchte schon, dass in Zukunft Frankfurt zu einem Tor des touristischen Europa für chinesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wird. Denn dies kann ein sehr wesentlicher Teil der ökonomischen Interessen des Bundeslandes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland sein. Geschäftsleute und Touristen sind häufig die gleichen Menschen in unterschiedlichen Rollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass aus dem großen wirtschaftlichen Entwicklungspotenzial des chinesischen Raumes vieles in unsere Wirtschaftskontakte der Zukunft eingeht: Ehe wir Hessen – Herr Kollege Posch weiß aus den Gesprächen der vergangenen Jahre, wie aufwendig das ist – Repräsentanzen in China errichten, ist es günstiger, möglichst viele



chinesische Bürger in Hessen zu Gast zu haben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sollten wir uns auf diesen Faktor einrichten.

Mit einer solchen zielorientierten Strategie – die natürlich auch im Verlauf der kommenden fünf Jahre immer wieder zu überprüfen sein wird – geht die Schaffung von Geschäftschancen für Handwerk, Handel, mittelständische Unternehmen und auch für Großunternehmen einher. Dabei wird die Wirtschaftsförderung des Landes Hessen im Auge behalten, auch im mittel- und nordhessischen Raum Werbe- und Ansiedlungsversuche für größere Unternehmen, insbesondere im Bereich der Produktion, durchzuführen. Wir werden unsere Standortwerbung entsprechend erweitern.

Die Hessische Landesregierung ist sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass sie bei diesen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in unserem Bundesland nur einige begleitende Elemente eigenverantwortlich gestalten kann. Dort, wo wir es können, wollen wir es allerdings auch tun.

Das gilt für die Finanzierung von Existenzgründern, für die Finanzierung von Betriebsübergängen im Handwerk und für moderne Beteiligungs- und Bürgerschaftskonzepte zur Eigenkapitalstabilisierung mittelständischer Unternehmen. Dabei werden wir die Wirtschaftsförderung immer mehr von Zuschüssen auf Beteiligungen und Kredite umstellen. Denn wir müssen uns auf die Zeit der zurückgehenden europäischen Fördermittel nach dem Jahr 2006 einstellen. Wir werden die Förderkulissen, die wir bis heute haben, nach dem Jahr 2006 so nicht mehr haben. Wenn wir dann dort noch staatliche Förderung organisieren wollen, müssen wir zurückzahlende Kredite oder aufzulösende Unternehmensbeteiligungen in die nächste Förderung einsetzen, oder es wird diese Förderung nicht mehr geben. Dafür ist jetzt die richtige Zeit des Umstiegs.

Im Übrigen halten wir es für unsere Pflicht, die Sparkassen in Hessen angemessen zu schützen und zu stärken. Das können wir nur in enger Partnerschaft mit der Sparkassenorganisation. Ich will aber auch klar sagen: Auch von ihr erwarten wir allerdings den Mut zu erforderlichen Veränderungen. Auf eine absehbare Zeit ist die Mittelfinanzierung ohne leistungsfähige Sparkassen nicht denkbar.

Vor allem aber gehört zu den Randbedingungen moderner wirtschaftsorientierter Landespolitik die Schaffung einer angemessenen Verkehrsinfrastruktur. Wenn Hessen seinen Platzvorteil in der Mitte Europas ausspielen soll, kann dies nur bei optimalen Verkehrsverbindungen gelingen. Dazu gehören ein ausreichendes Schienen- und Straßennetz und vor allem die Weiterentwicklung des hessischen Beschäftigungsmotors Nummer eins, des Frankfurter Flughafens.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns immer wieder vergegenwärtigen: Der Frankfurter Flughafen ist mit 62.000 Beschäftigten die größte Arbeitsstätte in ganz Deutschland. Gerade aus Arbeitnehmersicht ist das von besonderer Bedeutung. Die Lufthansa mit ihren 36.000 Beschäftigten am Frankfurter Flughafen ist inzwischen der größte private Arbeitgeber in Hessen.

Die Positionen der Landesregierung zum Frankfurter Flughafen und seinem Ausbau sind bekannt. Ich werde sie nicht im Detail wiederholen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade!)

Allen Bürgern sei allerdings klar gesagt: Alle zugesagten Elemente des Mediationsergebnisses bleiben die verbindliche Richtschnur der Landespolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das bedeutet: Wir wollen einen Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir wollen ein Nachtflugverbot. Wir wollen eine wirtschaftliche Betätigung des Flughafens mit Rücksicht auf die Menschen in der Region. Aber Rücksicht bedeutet Schutz vor unmäßiger Belastung durch Lärm

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und zugleich das Recht, in diesem Land Arbeit zu finden, die es ohne diesen Flughafen nicht gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erkennen an, dass die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen, die künftig im Land Hessen durchgeführt werden sollen, im vorläufigen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans in der Gesamtsumme durchaus eine relative Verbesserung für das Bundesland Hessen enthält. Das ist eine gute Gesprächsgrundlage für Staatsminister Rhiel und den Bundesverkehrsminister.

Allerdings muss auch klar sein: Die nachträgliche Herausnahme von bereits planfestgestellten Straßen aus der Finanzierung – die in einzelnen Fällen dazu führt, dass nicht nur das Geld für die Straße nicht mehr vorhanden ist, sondern dass wegen der fehlenden Finanzierung auch das Planfeststellungsverfahren null und nichtig ist – ist eine nicht akzeptable Verhaltensweise einer Bundesregierung gegenüber denjenigen, die sich in der Planung befinden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Eine neue Kategorie der rot-grünen Verbeugungen in Form einer Pseudoökobewertung von Straßenbaumaßnahmen, um diese in ihrer Dringlichkeit zu bezweifeln, wird von uns entschieden abgelehnt. Wir wollen, dass es klar bei der Frage bleibt: Ist eine Straße notwendig – dann ist im Planfeststellungsverfahren zu klären, ob sie ökologisch vertretbar ist – oder nicht? Die Bundesregierung kann sich für das eine oder das andere entscheiden, und wir werden darüber streiten. Aber auf die vielen Hürden des deutschen Rechts noch einmal eine neue Prüfungshürde zu setzen, das ist wirklich Unsinn – in einer Zeit, in der die Projektlaufzeit mehrere Jahrzehnte beträgt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte auch hier im Landtag sagen: Gemeinsam mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz erwarten wir von der Bundesregierung weiterhin, dass die Verbindung der Flughäfen Frankfurt und Frankfurt/Hahn außerhalb der normalen Länderquoten des Bundesverkehrswegeplans zu erfolgen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich möchte hier klar sagen: Wir schauen schon darauf, wenn der einzige Konkurrenzflughafen, den Frankfurt unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftsstandorts mit München hat, nach wie vor mit Milliarden von zinslosen und bis heute nicht zurückgezahlten Krediten der Bundesregierung arbeitet, die der Frankfurter Flughafen nie gehabt hat. Wenn für die Strecke zwischen dem Münchner Flughafen und der Münchner Innenstadt – bei der die S-Bahn

bisher nicht so entwickelt ist, wie man das bei einem modernen Flughafen erwartet – nun die Verkehrserschließung auf alleinige Kosten der Bundesregierung erfolgt, dann erwarten wir, dass die Schaffung eines Verkehrsnetzes, das den Flughafen Frankfurt mit Frankfurt/Hahn verbindet, nicht etwa im Rahmen der normalen Länderquoten bei unseren Kollegen in Rheinland-Pfalz oder bei uns erfolgen kann. Vielmehr hat dieser Frankfurter Flughafen mit seiner Bedeutung für den Wirtschaftsraum Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf wenigstens dieselbe Behandlung, wie dies der Flughafen in Süddeutschland in der Vergangenheit gehabt hat. Darauf werden wir durchaus bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung hat in den letzten vier Jahren bewiesen, dass sie neben den großen Verkehrsprojekten wie der A 66, der A 44, der A 49, der B 49 und in Zukunft auch wieder der A 4 ebenso daran interessiert ist, große Projekte im Schienenverkehr sicherzustellen. Die Bereitschaft der Hessischen Landesregierung – durch Herrn Kollegen Dieter Posch initiiert –, den Güterverkehrsknotenpunkt Bebra angesichts der Finanzknappheit der Deutschen Bahn über eine ganze Reihe von Jahren vorzufinanzieren, um in Nordhessen einen der modernsten Güterverkehrsknoten Deutschlands zu schaffen, ist bundesweit einmalig. Gemeinsam mit der Bahn und der Bundesregierung werden wir das Schienenverkehrsprogramm Frankfurt 2010 durchführen und schnellstmöglich in Betrieb nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich im Zusammenhang von Standort und der Bedeutung eines Standorts einen Punkt hinzufügen, der in den letzten Monaten auch in anderem Zusammenhang eine Rolle gespielt hat. Möglicherweise hätten wir uns beim Thema Standort gerne auch mit Olympia beschäftigt. So wünschen wir den Kolleginnen und Kollegen in Leipzig alles erdenklich Gute beim Betreiben ihrer Bewerbung. Ich denke, bei einem Wettbewerb gehört es dazu, dass diejenigen, die unterliegen, fair unterliegen und alles tun, damit der andere, der gewonnen hat, seinen Sieg nutzen kann.

Eines bleibt allerdings: Wir haben Olympia als eine Standortfrage entwickelt. Dabei haben wir aber sehr viel für den Sport getan. Deshalb will ich ganz klar sagen: Die Standortfragen werden wir anders lösen. Die Sportinvestitionen, die wir dabei im Auge hatten, die Entwicklung von der dritten Sportstunde über die Kooperation mit Sportvereinen und -verbänden, bleiben. Wir haben kein potemkinsches Dorf für den Standort Rhein-Main aufgebaut, sondern wir meinen es mit Veränderung ernst. An diesen Veränderungen können uns die Sportverbände in Zukunft messen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wenn Sie sehen, dass wir in den letzten vier Jahren die Mittel für die Sportförderung um 40 %, im Sportstättenbau um 45 % erhöht haben, dann ist das eine ganz gute Grundlage.

Bildung und Arbeit, die Sicherung des Standortes mit seiner Infrastruktur – diese Aufgaben werden die Landesregierung nahezu täglich beschäftigen. Aber die Bürger verlangen in gleicher Weise auch in Zukunft nach innerer Sicherheit, nach Geborgenheit in überschaubaren Einheiten, nach kulturellen Anreizen und auch nach Sicherheit und Unterstützung in Not. Die Landesregierung hat in den vergangenen vier Jahren den Bereich der inneren Si-

cherheit zu einem ihrer zentralen Themen erklärt. Daran ändert sich auch in Zukunft nichts.

Wir haben uns für diese Legislaturperiode festgelegt: Das Ziel für die Aufklärungsquote Ende der Legislaturperiode lautet 50 % plus x. Die Kriminalitätsbelastung muss sinken. So wie das bei der Qualitätsgarantie und bei der Unterrichtsgarantie an anderer Stelle ist: Nicht zufällig gehen wir das Risiko ein, unser Ziel in Zahlen auszudrücken. Innere Sicherheit braucht Berechenbarkeit, Kontinuität und Hartnäckigkeit. Innere Sicherheit braucht aber auch Ehrgeiz in der Auseinandersetzung. Wir wollen diese Ziele erreichen und werden die Politik danach ausrichten.

(Beifall bei der CDU)

Dabei bauen wir auf Erfahrungen auf, die sich sehen lassen können. In der letzten Legislaturperiode ist es gelungen, dass sich die Menschen in ihren eigenen vier Wänden wieder sicherer fühlen können. Die schwerpunktmäßige Verfolgung von Wohnungseinbrüchen hat zur Abschreckung beigetragen. Es ist ein Erfolg unserer Politik, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche drastisch zurückgegangen ist. Wir werden auch in Zukunft große Anstrengungen unternehmen, damit die Bürgerinnen und Bürger ihr Heim als Ort der Sicherheit und des Wohlbefindens betrachten können.

Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Ziele sind ebenso eindeutig. An erster Stelle muss Präventionsarbeit stehen. Präventionsarbeit ist die zweite Seite der Medaille innere Sicherheit. Wir werden Präventionsräte stärken. Die Arbeit in den Schulen, wie etwa das Netzwerk gegen Gewalt, wird beweisen, dass wir es mit der Prävention ernst meinen. Dabei brauchen wir allerdings auch die Mitarbeit aller Bürgerinnen und Bürger, ihren Schutz und den Schutz ihrer Mitbürger zu gewährleisten.

Als ein Beispiel nenne ich die Frage, wie wir es schaffen, möglichst schnell die Zahl von Alarmanlagen in Wohnungen zu erhöhen. So wie die Frage der Wegfahrsperre in Autos es uns sehr erleichtert hat, Kfz-Diebstähle besser zu beherrschen als in der Vergangenheit, und dem Bürger mehr Sicherheit gebracht hat, so wird an der anderen Stelle die Frage „Wer kann wo unbemerkt in Wohnungen eindringen, oder wo wird die Nachbarschaft darauf aufmerksam gemacht, wenn jemand in eine Wohnung eintritt?“, ein Punkt sein, um den wir uns kümmern müssen, weil wir eben nicht vor jede Wohnung einen Polizeibeamten stellen können. Deshalb werden wir uns darauf konzentrieren, Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, diese Leistung, Sicherheitsland zu werden, als eine gemeinsame Herausforderung zu betrachten – derjenigen, die in der Polizei ihre Arbeit tun, derjenigen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Präventionsräten mit uns arbeiten, und jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers, die auch ein Stück zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen können und in Zukunft auch beitragen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir das wollen, müssen wir denen, die für die Durchführung der gesteckten Ziele arbeiten, die besten Werkzeuge an die Hand geben. Es ist Aufgabe der Polizei, uns vor Gefahren und Straftaten zu schützen. Aber es ist unsere Pflicht, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, so gut wir können, vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen und ihnen die Arbeit zu erleichtern. Wir werden unserer Pflicht nachkommen, indem wir weiter in Personal und Ausstattung investieren.

Zudem werden wir einen freiwilligen Polizeidienst zur Unterstützung der Berufspolizei gemeinsam mit den Kommunen in ganz Hessen ermöglichen.

Was ich für Lehrerinnen und Lehrer gesagt habe, ohne dass ich das durch alle Berufsgruppen dekliniere, gilt natürlich auch hierfür. Wenn Sie sehen, was seit dem 11. September 2001 und jetzt wieder seit den militärischen Auseinandersetzungen im Irak an Leistungen zu erbringen war, an Überstunden zu leisten war, an Bewachungsobjekten zusätzlich in die Listen aufgenommen worden ist, und dass trotzdem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger über alle Polizeistationen und Polizeiwachen in Hessen möglich gewesen ist, dann ist das eine Frage von Engagement. Das ist aber immer verbunden mit der Frage: Bleibt die Motivation so, dass die Aufgaben der inneren Sicherheit erfüllt werden können? Die hessischen Bürgerinnen und Bürger können spüren und sollen wissen: Unsere hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind so motiviert, dass sie auch in einer so schwierigen Lage ihren Pflichten und Aufgaben nachkommen. Dafür haben sie Dank und Anerkennung von uns allen für diese Arbeit verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Darüber hinaus gilt: Ohne eine moderne und effektive Justiz können wir innere Sicherheit nicht gewährleisten. Für uns ist es daher selbstverständlich, dass die in der letzten Legislaturperiode begonnene umfassende Modernisierung fortgesetzt wird. Wir wollen den erfreulichen Trend zu beschleunigten Verfahren vor Gericht weiter stärken. Eine schnelle Verurteilung von Tätern stärkt das Vertrauen der Menschen in unseren Rechtsstaat.

Zügige Verurteilung von Straftätern, effektive Strafverfolgung und konsequenter Strafvollzug gehören zu den Eckpfeilern unserer Politik. Deshalb werden wir auch weiter die Überbelegung in den hessischen Justizvollzugsanstalten abbauen. In Hünfeld wird in diesem Jahr mit dem Bau begonnen. Für die JVA Frankfurt werden die konkreten Planungen jetzt aufgenommen.

Meine Damen und Herren, Schutz und Geborgenheit in einer Gesellschaft beruhen aber nicht nur auf der Gewährleistung der Sicherheit durch Polizei und Justiz. Wir wollen, dass alle 6 Millionen Hessen dieses Bundesland als ihre Heimat empfinden und sich für dieses Land engagieren. Die Ehrenamtskampagne „Hessen aktiv“ mit ihren bundesweit beachteten Erfolgen – wie etwa der ersten Gruppenversicherung für Ehrenamtliche in Deutschland – wird fortgesetzt. Wir werden noch in diesem Jahr das Modellprojekt der Ehrenamts-Card mit den Landkreisen Bergstraße und Offenbach abschließen – ein neuer Weg der Würdigung ehrenamtlicher Arbeit.

Wir werden auch in Zukunft auf kommunale Selbstverwaltung setzen. Denn Ehrenamt und Organisation von Ehrenamt sind der informelle und kommunale Selbstverwaltung ist der formelle Teil von Eigenverantwortung in den verschiedenen Bereichen unseres Landes. Es bleibt das Ziel der Landesregierung, auch in dieser Legislaturperiode unnötige Gängelungen der Kommunen zu beseitigen, Standards zu liberalisieren und die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sichern.

Wir werden das Personal der staatlichen Abteilungen auf die Landkreise übertragen und dabei das Konnexitätsprinzip beachten. Das, was der Leistungskraft der Kommunen und der Regionen dient, dient auch dem Land Hessen. Wir unterstützen die unterschiedlichen Ansätze – und wir unterstützen auch, dass es unterschiedliche An-

sätze sind – zur verstärkten regionalen Zusammenarbeit in Nord-, Mittel- und Südhessen, und wir wollen ihre Finanzierung in der Startphase ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung legt Wert darauf, dass bezüglich der Diskussion um die Gliederung der Rhein-Main-Region klar bleibt: Das Ballungsraumgesetz ist beschlossen. Es ist der Maßstab unseres Handelns, und wir beabsichtigen, es umzusetzen. Wie auch immer das Urteil des Staatsgerichtshofs im Übrigen lauten wird – dazu haben wir unsere Meinung, aber ein Gericht hat zu entscheiden –, keiner mag sich Illusionen darüber machen. Derjenige, der jetzt dort klagt mit dem Hinweis, die Chance genommen zu bekommen, einen eigenen Flächennutzungsplan zu machen, oder in Einzelfragen genötigt zu werden, in einem Zweckverband zur regionalen Mitfinanzierung beizutragen, sei ein zu weiter Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der muss wissen: Keine Landesregierung kann auf Dauer verantworten, dass zwar alle Gebietskörperschaften gleichmäßig eine größere regionale Verankerung fordern – das steht in jeder Presseerklärung oben –, aber bei der nächstmöglichen Gelegenheit aus der einen Großstadt die Auflösung der einheitlichen Flächennutzungsplanung und aus der Nachbargroßstadt die völlige Ablehnung der Mitfinanzierung der überregionalen Gemeinschaftseinrichtungen berichtet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Lage so ist, muss eine Landesregierung auch erkennen, dass es keine gemeinsame Basis gibt, auf der wir alle Beteiligten nur an den Tisch holen müssen, und sie einigen sich über etwas. Es ist offensichtlich so – ich rede über Presseerklärungen innerhalb von drei Tagen –, dass es prinzipiell unterschiedliche Ansätze gibt. Ein Interesse an einer gemeinsamen Arbeit in der Region Rhein-Main gibt es trotzdem. Deshalb sage ich: Keiner mag sich täuschen. Das Ballungsraumgesetz ist die mildeste Möglichkeit, die notwendigen Dinge in der Region Rhein-Main zusammenzuführen. Wer dieses Ballungsraumgesetz attackiert, muss wissen, dass diese Landesregierung dennoch darauf bestehen wird, dass es diese regionale Zusammenarbeit in Zukunft gibt. Möglicherweise ist es dann schwieriger für die Kommunen. Aber die kommunale Zusammenarbeit ist im Interesse des Landes Hessen und im Interesse der betroffenen Region unerlässlich, und dafür wird die Landesregierung auch eintreten.

(Beifall bei der CDU)

Das Prinzip von Kooperation statt Konfrontation hat sich nicht nur in der Zusammenarbeit mit den Kommunen bewährt, wie diese uns sehr häufig bestätigt haben. Insbesondere auch in der Naturschutzpolitik haben wir damit in den vergangenen vier Jahren wesentliche Veränderungen erreicht. Denken Sie an die Umweltallianz, an den Vertragsnaturschutz. Wir wollen bei der Umweltallianz jetzt auch die Ausdehnung auf die landwirtschaftlichen Unternehmen, und ich hoffe sehr, sie machen mit, wie das andere Unternehmen auch tun.

Naturnah produzierte Lebensmittel und umweltschonende Landbewirtschaftung sind keine Gegensätze. Vielmehr bedingen sie einander. Verbraucherschutz kann es nur mit den Landwirten und nicht gegen sie geben. Deshalb, und um eine reibungslose und direkte Umsetzung zu gewährleisten, bündeln wir den gesamten Verbraucherschutz im neu zugeschnittenen Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Wir werden so den Gedanken der Nachhaltigkeit und der Ganzheitlich-



keit stärken und eine für alle Beteiligten vernünftige Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik betreiben.

Meine Damen und Herren, wir werden auch den Naturpark Kellerwald zum Nutzen der Region und mit der Region zu einem Nationalpark weiterentwickeln.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann?)

Die Entscheidung, das so genannte Waldschutzgatter Edersee zum Nationalpark fortzuentwickeln, ist ein wichtiger Impuls für Nordhessen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Endlich merken Sie es auch! – Gerhard Bökel (SPD): Der Sprit für die Kettensägen ist ausgegangen!)

Dies ist nur möglich auf der Basis der vielfältigen Vertrauensarbeit in den letzten Jahren.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn, verehrter Herr Kollege Bökel, es bleibt dabei: Wir brauchen die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger der Region.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es war „Ihre“ durchaus auch persönliche Leistung, in Waldeck-Frankenberg ein Klima geschaffen zu haben, in dem Sie eine Zweidrittelmehrheit und mehr der Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Region gegen den Nationalpark hatten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Um das einmal sehr einfach zu sagen: Sie hatten Angst davor, dass die Naturschutzbehörden, die Sie losgelassen hatten, am Ende mit dem Argument Nationalpark dafür sorgen, dass sich in der ganzen Region, was die Ausweisung von Baugebieten, die Erschließung von anderen Dingen angeht, nichts mehr bewegt. Sie hatten Angst, dass sie selbst im Nationalpark leben müssen und keinen Nationalpark haben.

In den vier Jahren Arbeit des Umweltministers Wilhelm Dietzel haben wir die Arbeit der Naturschutzbehörden so geordnet, dass die Bürger wissen, worauf sie sich verlassen können.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb wird Wilhelm Dietzel jetzt auch in der Region dafür werben, indem er sagt: Ich stehe dafür, dass damit vernünftig umgegangen wird und die Bürger nicht mit dem Nationalpark gegängelt werden, sondern dass das Waldschutzgatter geschützt wird und auf der anderen Seite touristische und wirtschaftliche Entwicklungen in dieser Region möglich sind. Damit nutzt es beiden. – Die Voraussetzungen sind geschaffen. Ich bin optimistisch, dass wir es jetzt mit den Bürgern hinbekommen, was Sie mit den Bürgern nicht hinbekommen haben. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oje! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kettensägen-Wilhelm macht den Nationalpark!)

Meine Damen und Herren, mit unserer Politik für den ländlichen Raum verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Unser Ziel ist es, die Wertschöpfung im ländlichen

Raum zu erhöhen. Wir wollen eine wohnort- und verbrauchernahe Produktion von Lebensmitteln sicherstellen. Eine starke Landwirtschaft braucht regionale Märkte und eine optimale Vermarktung. Dabei wollen wir, bei allen Schwierigkeiten, die das europäische Recht – wie ich denke, höchst unsinnigerweise – bereitet, als Land so weit helfen, wie wir können. Denn wir wollen, dass die Landwirte in Hessen als Unternehmer zwischen den verschiedenen Möglichkeiten ihres unternehmerischen Handelns wählen können. Dazu gehört übrigens auch, dass Land- und Forstwirte in Hessen in Zukunft auch als Energiewirte eine unternehmerische Zukunft finden können. Mit einem Förderprogramm „Erneuerbare Energien“ werden wir die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse und Biogas fördern. Wir glauben, dass in den Biorohstoffen eine Zukunftschance liegt, und werden in einem Kompetenzzentrum Biorohstoffe an der Fortentwicklung und Umsetzung arbeiten.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, den Hochwasserschutz werden wir in Hessen weiter ausbauen. Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten und Restriktionen werden wir dafür sorgen, dass wir immer mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Immer wenn es um Lebensqualität geht, wollen wir Hessen vorn sein und wollen wir Hessen vorn sehen. Dabei geht es auch um die so genannten weichen Standortfaktoren. – Ich muss da schon vorsichtig sein, weil Ruth Wagner mir sonst erzählt, zu Recht, dass Kunst und Kultur ein harter und ein weicher Standortfaktor ist, aber ein bisschen weich muss er bleiben dürfen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist ein harter Standortfaktor! So ist es!)

Ein Museum bleibt ein weicher Standortfaktor, wenn man reingeht,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Nein!)

es bleibt ein harter Standortfaktor, wenn man bezahlen muss.

(Heiterkeit bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel zur Kultur!)

Aber ich denke, wir sollten beide Dinge zusammenhalten. Zu den weichen Standortfaktoren – ich hätte sie gern ein bisschen weich –

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

zählen auch Kunst und Kultur. Hessen ist das Land der Theater, Museen und Festspiele. Ob die documenta Kassel, die Buchmesse in Frankfurt oder die vielen Welterbestätten der UNESCO in Hessen bzw. die Anwärtler darauf, sie alle stehen für die kulturelle Vielfalt des Landes und das internationale Renommee der Kulturschaffenden. Wir haben in den letzten Jahren schon dafür gesorgt, dass Hessen versucht, seinen Nachteil gegenüber anderen Bundesländern, den wir vorgefunden haben, in der Frage der Finanzausstattung in prozentualen Anteilen des Landeshaushalts zur Bevölkerung oder zur Wirtschaftskraft zu verringern. Wir werden auch in Zeiten knapper Kassen versuchen, dies weiterzuentwickeln und im bestverstandenen Sinne Public-Private-Partnership mit einzusetzen, wo immer es möglich ist. Mit der Fortschreibung des Kulturinvestitionsprogramms, das in der vergangenen Periode erarbeitet worden ist, haben wir hervorragende Vor-



aussetzungen, mit einem finanziellen Kraftakt Kunst und Kultur in Hessen auf höchstem Niveau sicherzustellen.

Dazu gehört auch, dass wir uns derzeit engagiert darum bemühen, die Theaterbiennale von Bonn – damals durchaus ein Leuchtturmprojekt der Bundeshauptstadt – in das Rhein-Main-Gebiet zu holen. Auch das ist im Wesentlichen eine Geldfrage. Ich denke, dass wir das bewältigen können.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass alle Menschen in Hessen am Erfolg unseres Landes teilhaben. Deshalb lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass Hessen ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs ist. Unsere Politik muss sowohl auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen als auch auf die Solidarität mit den Schwachen, Behinderten, aber auch auf die gemeinsame Arbeit mit Jungen und Älteren. Wir wissen, dass dies eine Aufgabe ist, die uns immer wieder neu fordert. Mir hat der Landesbeauftragte für die Behinderten, der in Zukunft nicht nur der Beauftragte für die behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung, sondern für alle Behinderten in unserem Lande sein wird, Herr Rinn, dem ich sehr dankbar bin, dass er diese Aufgabe wahrnimmt, gerade gestern in einer ersten Vorabmeldung gesagt: Das Bundesland Hessen hat auch in einem weiteren Jahr die Zahl der Beschäftigten mit Behinderung oberhalb der 6-%-Grenze gehalten. Wir sind sogar noch einmal ein kleines Stück besser und nicht schlechter geworden.

Das unterscheidet unser Bundesland, beginnend mit der Arbeit von Walter Wallmann und seinen ersten Initiativen bis heute, von allen anderen Bundesländern, Flächenländern sowieso, aber inzwischen auch von allen Stadtstaaten in der Bundesrepublik Deutschland. Behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in keinem anderen Bundesland eine größere Chance als im Bundesland Hessen. Das ist eine Verpflichtung, wenn man ein wirtschaftlich leistungsstarkes Land ist. Wir haben diese Verpflichtung erfüllt. Wir sind stolz darauf, und wir wollen das auch in den kommenden fünf Jahren so fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen in der Pflicht, uns mit der Frage auseinander zu setzen, wie wir mit jungen Menschen umgehen. Wir haben die Situation älterer Menschen zu betrachten. Dazu gehört z. B. auch die Frage des Zugangs zur Ausbildung in den Pflegeberufen. Wir wollen in Zukunft durch die Einrichtung von Seniorenpartnerschaften in der Kinderbetreuung oder Patenschaften zwischen Auszubildenden in Betrieben und Mitarbeitern im Ruhestand dafür sorgen, dass neue Wege gegangen werden. Wenn das Miteinander der Generationen einen hohen Stellenwert hat, so gewinnt auf der anderen Seite zugleich die Chancengleichheit von Frauen und Männern – jenseits der Tatsache, dass sie ein Wert an sich ist – eine geradezu existenzielle Bedeutung vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Wir setzen darauf, dass die Potenziale hervorragend ausgebildeter Frauen unserer Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft in Zukunft verstärkt zugute kommen. Dies spiegelt sich konkret in der Annahme der Strategie des Gender Mainstreaming durch die Landesregierung wider.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Experimentiermöglichkeiten des Gleichstellungsgesetzes, die wir geschaffen haben, werden wir beobachten, auswerten und die Konsequenzen daraus ziehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), auf die Regierungsbank deutend: Überhaupt nicht durchgegendert! – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch Männer! – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gender Mainstreaming!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als erste Landesregierung in Deutschland haben wir einen Integrationsbeirat geschaffen, der inzwischen durch seine erfolgreiche Integrationsarbeit derart akzeptiert ist, dass niemand mehr zu einem Landesausländerbeirat zurückkehren will. Die Koordination der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zugunsten der Integration ist Gegenstand vielfältiger Informationsmöglichkeiten und -aktivitäten in Hessen. Die Kampagne „Hessen grenzenlos“, gemeinsam mit den hessischen Organisationen des Sports und den Gemeinden, muss uns erst einmal jemand nachmachen.

Die unzureichenden Sprachkenntnisse der zweiten oder dritten Generation schaffen jedoch eine junge Gruppe von Langzeitarbeitslosen mit hoher gesellschaftlicher Sprengkraft. Die Verpflichtung für Jugendliche, Deutsch zu lernen, um am Regelunterricht teilzunehmen, und das Angebot an Eltern, entsprechende Deutschkurse schon vor dem ersten Schuljahr anzubieten, sind ein konsequenter und inzwischen von den betroffenen Eltern und Kindern sehr wohl verstandener Weg zu einer neuen Ära problemloser Integration. Auch hier hatten wir als Erste in Deutschland den Mut, neue Wege zu finden.

Jugendliche, deren Wurzeln nicht in Deutschland liegen, sind genauso klug und kreativ wie ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. In Zukunft werden sie mit dem, was wir in den letzten vier Jahren als Grundlage geschaffen haben, auch die gleichen Chancen haben wie ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Ich denke, darauf können wir alle in unserem Bundesland stolz sein.

Die vergangene Legislaturperiode war auch davon geprägt, dass wir die Leistungen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wieder mit der angemessenen Anerkennung versehen haben. Die Einrichtung der Stelle eines Landesbeauftragten hat sich bestens bewährt. Der Kollege Rudi Friedrich gehört zwar nicht mehr dem Hessischen Landtag an; ich bin aber sehr froh und dankbar, dass er meinen Auftrag angenommen hat, die Aufgaben des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler auch in Zukunft wahrzunehmen, um sicherzustellen, dass der ausgezeichnete Kontakte dieser Bürgerinnen und Bürger mit der Hessischen Landesregierung so bestehen bleibt, wie wir ihn in den vergangenen vier Jahren geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Aus den Zeitungsankündigungen weiß ich, dass vor allem Kolleginnen und Kollegen der Opposition angesichts der vielen und zu Anfang einer Legislaturperiode notwendigerweise – vielleicht auch bedauerlicherweise – sehr langen Ausführungen immer die Frage stellen, wie das mit der Finanzierung ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So nebenbei! – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hätten jetzt nicht nachgefragt!)

– Nein, nicht nebenbei, weder wir noch Sie. – Deshalb lassen Sie mich klarstellen: Das Land Hessen als ein wirtschaftsstarkes Land kann sich unser Regierungsprogramm unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen leisten. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise werden auch wir Abstriche machen müssen. Aber auch bei zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie in diesem Jahr möglicherweise zu verkraften sind, werden wir den Zeitrahmen zur Erreichung der hier formulierten Ziele gegebenenfalls strecken müssen. Aber wir sehen dabei keine Notwendigkeit, die gesteckten Ziele aufzugeben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uiuui!)

Diese Erklärung kann ich auf der Basis der finanzpolitischen Disziplin der vergangenen vier Jahre,

(Lachen und demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bei aller Besorgnis über unsere Lage, guten Gewissens abgeben. – Da diese Frage sich nicht an dem Schallpegel, der durch die jeweilige oppositionelle Erregung verursacht wird, sondern an Statistiken orientiert, will ich die Bürgerinnen und Bürger – alle tatsächlich Interessierten – darauf hinweisen, dass das Land Hessen im letzten Jahr eine deutlich stärkere Ausgabendisziplin an den Tag gelegt hat als diejenigen Länder, die ähnlich stark von Steuerausfällen betroffen waren, wie etwa Niedersachsen, Saarland oder Schleswig-Holstein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer mehr Schulden gemacht!)

Das kommt übrigens inzwischen dadurch zum Ausdruck, dass wir im Jahr 2002 den dritten Platz unter allen Flächenländern bei der so genannten Steuerdeckungsquote, also dem Verhältnis von Steuereinnahmen des Landes zu den bereinigten Ausgaben des Landes, halten konnten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon dreist!)

Lediglich Nordrhein-Westfalen und Bayern sind vor uns. Auf der einen Seite stellt sich die Frage: „Haben wir das Geld vernünftig angelegt? Ist es effizient? Sind unsere Aufgaben vernünftig wahrgenommen?“, auf der anderen Seite müssen wir aber auch fragen: „Stehen die Aufgaben in einem angemessenen Verhältnis zu dem, was bei uns erarbeitet wird?“; denn wer das höchste volkswirtschaftliche Einkommen erarbeitet, hat auch mehr öffentliche Kosten. Das Verhältnis zwischen diesen Fragen kommt in der Staatsquote zum Ausdruck. Hessen hat, nach Bayern, die zweitniedrigste Staatsquote unter allen Bundesländern. Das zeigt sehr deutlich, dass wir mit unseren Ressourcen vernünftig wirtschaften.

Trotzdem haben die dramatischen finanzpolitischen Entwicklungen natürlich ihre Auswirkungen auf Hessen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergibt sich bei den Steuereinnahmen für die ersten beiden Monate des Jahres 2003 ein Minus von 4,2 % für die öffentlichen Haushalte. Der Bund beklagt sogar einen Rückgang von 9,4 %. Hessen hat im Jahr 2002 von den westdeutschen Flächenländern, hinter Niedersachsen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, prozentual die größten Steuereinnahmeausfälle nach Länderfinanzausgleich zu verkraften. Die auf breiter Front eingebrochenen Steuereinnahmen haben dazu geführt, dass wir die Neuverschuldung deutlich über das geplante Maß ausweiten mussten.

Es bleibt das Ziel der Landesregierung, die Nettoneuverschuldung so schnell wie möglich zurückzuführen. Angesichts der wirtschaftlichen Krise wird das länger dauern, als wir es uns wünschen. Ich mache auch keine „Hans-Eichel-mäßigen“ Versprechungen, indem ich nach Brüssel gehe und sage: Wir erreichen die Defizitquote von 3 %. – Letztes Jahr im September war Hans Eichel in Brüssel und hat gesagt, wir würden die Defizitquote von 3 % erreichen. Damals wusste er es zwar möglicherweise schon besser; am Ende des Jahres stimmte es jedenfalls nicht.

Anfang dieses Jahres gab er wieder das Versprechen ab, wir würden die Defizitquote von 3 % erreichen. Heute wissen wir alle, dass wir damit kämpfen müssen, ob es 3,5 % oder sogar mehr werden. Er hat in der Öffentlichkeit gesagt: Wir werden die Nettoneuverschuldung im Jahr 2006 auf null bringen. – Das ist eine Zahl, die inzwischen allein deshalb demotivierend wirkt, weil sie in ihrer Lächerlichkeit jede ernsthafte Planung, die unternommen werden soll, unmöglich macht. Das machen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleibe ich bei dem Satz: Wir werden das so schnell wie möglich tun, aber es wird angesichts der wirtschaftlichen Krise länger dauern, als wir uns das wünschen. – Ich bin übrigens auch sicher, dass wir es, wenn die Wirtschaftskraft da ist, am Ende schneller schaffen als in vielen anderen Bundesländern.

Wir wollen aus der finanzpolitischen Not eine ordnungspolitische Tugend machen, indem wir wie in den letzten vier Jahren sagen: Es geht nicht alles auf einmal. – Es bleibt bei den Prinzipien, den Schwerpunkten und den Prioritäten. Die Prioritäten lauten auch in Zukunft: Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft. Maßnahmen in diesen Bereichen werden besonders entschlossen in Angriff genommen.

Zugleich haben wir uns auf den Weg zu einem ehrgeizigen Kosteneinsparungsprogramm gemacht. Damit werden wir uns in den nächsten Monaten noch zu befassen haben. Zu diesem Einsparungsprogramm gehört auch das, was ich gemeinsam mit Peer Steinbrück, meinem nordrhein-westfälischen Kollegen, auf den Weg gebracht habe, nämlich eine lineare Subventionskürzung. Wir beide sind entschlossen, nach den vielen Fehlversuchen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Sanierung der staatlichen Finanzen durch einen präzisen Vorschlag zum Subventionsabbau zu leisten.

Wir werden auch in den kommenden Jahren auf der Ausgabenseite das Personalbudget des Landeshaushalts pro Jahr um 60 Millionen € entlasten und mit einem entschiedenen Vorantreiben der Verwaltungsreform Effizienzpotenziale aufdecken. Dabei erwarten wir auch eine größere Flexibilität der Tarifvertragsparteien angesichts der im Vergleich zur privaten Wirtschaft relativ sicheren Arbeitsplätze. Die Tarifvertragsverhandlungen in diesem Frühjahr haben der besonderen Situation des öffentlichen Dienstes nicht Rechnung getragen.

Die Hessische Landesregierung vertritt deshalb die Auffassung, dass die Tarifgemeinschaft in ihrer bisherigen Form entweder reformiert oder aber neu geordnet werden muss. Angesichts der langen Laufzeit eines Tarifvertrags haben wir jetzt angemessen Zeit, dies untereinander zu erörtern. Der bisherige Zustand aber kann und – da wir das alleine entscheiden können – wird so nicht bestehen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die logische Konsequenz aus diesem Willen, ernsthafter zu verhandeln, ist auch, dass die Hessische Landesregierung bei der Absicht bleibt, bestimmte Elemente der Beamtenbesoldung zu regionalisieren.

Die Landesregierung wird, wie angekündigt, im Zusammenhang mit der Aufstellung des Landeshaushalts 2004 prüfen, wie weit derzeitige Haushaltsstrukturen verändert und die Einnahme- und Ausgabesituation des Landes neu definiert werden müssen. Jeder über das bisherige Maß hinausgehende weitere Sanierungsschritt wird von den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar persönlich bemerkt werden. Die Forderung nach einem unauffälligen Sparen, das niemanden trifft, aber viel bringt, wird nur noch vom Steuerzahlerbund und von einigen Zeitungskommentatoren gepredigt. In der Realität gibt es sie nicht mehr. Vor zehn Jahren gab es sie sehr wohl noch in allen Verwaltungen und auf allen Ebenen. Aber diese Forderung hat sich in den letzten zehn Jahren, ganz unabhängig davon, wer regiert, eben gewandelt.

Die Einsparungen, die jetzt vorgenommen werden müssen – das muss jedermann klar sein –, haben immer zur Folge, dass sie zugleich die Zukunftschancen Deutschlands verringern. Wer über Einsparungen im Landeshaushalt redet – wobei der Landeshaushalt zu mehr als 50 % ein Personalhaushalt ist und sich 75 % eben dieses Personals mit Fragen der Sicherheit oder der Bildung beschäftigen –, muss wissen, dass es sich bei dem, was wir hier machen, immer um Fragen nach den Zukunftschancen handelt.

Deshalb wird die Landesregierung auch bei der Beratung des Haushalts 2004 trotz all der Rufe der Opposition die schwierige Gratwanderung fortsetzen, einerseits die Kürzungen auf dem absolut unverzichtbaren niedrigen Niveau zu halten und auf der anderen Seite ihrer Verpflichtung nachzukommen, der nächsten Generation keine Schulden in unvertretbarem Umfang zu hinterlassen. Es wird eine Entscheidung in diesem Spannungsfeld sein.

Ich lade Sie von der Opposition wie auch alle anderen ein: Setzen Sie sich mit uns über dieses Spannungsfeld auseinander. Das geht nicht mit abstrakten Zahlen, sondern nur über die Frage, ob Sie es verantworten wollen, dass wir auf Lehrer, auf Universitätsmitarbeiter, auf Polizisten, auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Justiz und bei den Gerichten oder auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umweltverwaltung verzichten – oder wie auch immer Sie es sonst machen.

Es kann sein, dass es zu Diskussionen über alle diese Fragen kommt. Nur kann es bei Diskussionen über diese Fragen nicht sein, dass der Staat noch vernünftig und normal lebt. Uns muss klar sein – das ist der Anfang meiner Bemerkung –: Wir sind an einem Punkt angekommen, wo, wenn die Wirtschaft nicht wieder wächst und nicht dazu beiträgt, dass wir diese Qualität von Staat garantieren können, die Qualität von Staat wesentlich schlechter wird, weil dieses Land ärmer wird.

Wir müssen nicht ärmer werden. Wir können mit einer Politik in Deutschland erreichen, dass wir nicht ärmer werden. Aber wenn wir diese Politik nicht machen, dann werden wir ärmer. Dann geht es uns allen schlechter. Das wird dramatische Folgen auch für öffentliche Dienstleistungen und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen haben. Deshalb muss man damit behutsam umgehen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Die Landesregierung ist, obwohl sie nicht rot-grün denkt, weiterhin zumindest der Hoffnung, wenn nicht ein Stück mehr, dass am Ende auch

diese Bundesregierung auf einen Pfad kommt, der Deutschland wieder an die Spitze von wirtschaftlichem Wachstum bringt.

Ich bin sehr schwer bereit, etwas in Deutschland zu zerstören, was man schnell nicht wieder bekommt, nur weil es eine Regierung einige Jahre nicht geschafft hat, den Pfad vernünftiger Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Wenn es denn dauerhaft nicht geht, dann müssen wir organisieren, wie wir auf einem Niveau, das schlechter ist, leben. Die Sprüche, es könne alles in der gleichen Qualität bleiben, es gehe nur billiger, werden Sie hier nicht hören, denn sie sind nicht wahr.

Ich lade Sie herzlich ein – Sie haben fünf Jahre Zeit –: Wenn Sie der Meinung sind, dass das nicht stimmt, dann machen Sie einen Vorschlag. Wir hören uns jeden Tag einen an. Wir werden ihn prüfen und diskutieren. Aber diese Debatte wird allein im Abstrakten nichts ändern. Sie haben viele Gelegenheiten dazu, wenn Sie an die Organisation der Staatsverwaltung und vieles andere mehr denken.

Wir gehen hier moderne Wege. Wir haben uns entschlossen, einen Staatssekretär für E-Government und Informationstechnologie zu berufen. Wir haben den Anspruch, in direktem elektronischem Kontakt mit dem Bürger schnell Maßstäbe für andere zu setzen. Da hat es der Bürger nämlich einfacher. Wenn wir es gut machen, werden wir es am Ende schaffen, es auch günstiger in unserer Verwaltung zu organisieren.

Bei der Informationstechnologie der Polizei ist uns dies in beachtlicher Weise gelungen. Derjenige, der dies konzeptionell zu verantworten hat, ist nun als Staatssekretär für die gesamte Informationstechnologie der Landesregierung verantwortlich. Auf ihm lastet durchaus eine große Erwartung, aber wir wissen auch, dass Herr Staatssekretär Lemke ungewöhnliche Erfahrungen und Möglichkeiten mitbringt, diese in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Er wird unser aller Unterstützung dabei brauchen und wird die Unterstützung der hessischen Landesverwaltung ein Stück dabei haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Nicht von Weimar wegzukommen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluss eine Bemerkung. Das Regierungsprogramm, auf das ich mich beziehe und dessen gedankliche Grundlinien ich Ihnen hier noch einmal erläutert habe, legt detailliert die Schritte der Regierungspolitik der einzelnen Ressorts dar. Aber das Regierungsprogramm, das Sie nachlesen können, beginnt anders. Es beschäftigt sich mit der Frage, wie eigentlich im Jahre 2015 – aus der Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger unermesslich weit weg – unser Land aussehen wird.

Nach meiner festen Überzeugung ist diese Orientierung richtig und wichtig, weil wir auch mit Herausforderungen zu kämpfen haben, die uns ihre Auswirkungen erst im kommenden Jahrzehnt wirklich spüren lassen. Globalisierung und Demographie verändern die Welt, ohne dass wir diese Entwicklung zurückdrehen könnten. Entweder sind wir bereit, uns diesen Entwicklungen, die wir als Menschen insgesamt selbst verursacht haben, zu stellen, oder unser Land wird in einen schwer stoppbaren Abwärtsstrudel gezogen werden.

Diese Landesregierung und die sie tragende politische Partei sind davon überzeugt, dass es keinen Anlass zu apokalyptischen Gedanken gibt. Das Land Hessen in der



Bundesrepublik Deutschland ist ein Platz zum Wohlfühlen.

Wenn wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger für unser Land einsetzen, müssen wir ihnen die Kraft und den Optimismus geben, diese gleiche Hoffnung auch noch mehr als ein Jahrzehnt lang haben zu können. Die Vision „Hessen 2015“ ist ein Wunsch, ein ehrgeiziges Ziel, aber eben kein Traum.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „CIO“ haben Sie noch vergessen!)

Dass es im Jahr 2015 Kindererziehung gibt, zu der ein gemeinsames pädagogisches Konzept für Kindergärten und Schulen gehört, in dem wir selbstverständlich dafür sorgen, dass die sprachlichen Qualifikationen, aber auch die sonstigen Verhaltensformen so angeglichen sind, dass wir die jetzt ausgearbeiteten Tests in der Grundschule gar nicht mehr brauchen, weil alle zusammen im Kindergarten waren, weil sie betreut waren, weil sie eine Möglichkeit hatten, sich gemeinsam zu entwickeln, das ist eine Perspektive.

Sollten wir nicht hoffen, dass es in 15 Jahren wirklich Schulen gibt, die ganz offen im Internet mit ihrer Leistung um Schüler werben, Schulen auch wissen, dass die Schüler nicht auf die eine oder andere Schule nur deshalb gehen, weil dort der Wohnbezirk ist, sondern aufgrund des guten Profils dieser Schule?

Ist es ein Traum, dass das Land Hessen ein Land wird, das einer der Wirtschaftsmittelpunkte Europas ist? – Es ist keine Utopie, zu sagen, dass 30 der 100 größten Unternehmen der Welt ihre Europazentrale hier in Hessen haben sollen. Es muss möglich sein, darüber zu sprechen, dass es unser Land, z. B. unsere nordhessische Region, schaffen kann, einer der vier oder fünf Logistikkreuzpunkte des europäischen Marktes zu werden.

Natürlich wollen wir auch davon reden, dass die Flughäfen Frankfurt und Frankfurt/Hahn zu diesem Zeitpunkt international integrierte Verkehrsdrehscheiben sind, die nicht nur das Tor von Deutschland nach Amerika, sondern eben auch, wie erwähnt, für China und andere Teile der Welt sind.

Meine Damen und Herren, wir kennen auch die Grundprinzipien der Telematik, die ein staufreies Hessen im Jahre 2015 möglich machen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das wäre ein Traum! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zugang zum Meer!)

Wenn unsere Kinder dann ein Leben lang in Qualifikationszentren, die wir früher Berufsschulen oder Berufsbildungszentren genannt haben, gehen, um immer wieder anerkannt das besondere deutsche Leistungsvermögen unter weltweiten Marktbedingungen zu hohen Löhnen erfolgreich anzubieten, dann ist dies keine Selbstverständlichkeit, aber es ist eben auch kein Traum.

Sollten wir nicht mit jungen Frauen darüber sprechen, dass jedenfalls ihre Töchter in einem Land leben können,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die „Töchter“! – Zurufe – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU): Seid doch einmal ruhig!)

das die Kinderbetreuung vor dem Kindergarten mit ausreichend vorhandenen und gut qualifizierten Tagesmüttern so organisiert, dass persönliche Zuwendungen für die Kinder auf der einen Seite, Berufstätigkeit für Mütter auf

der anderen Seite und die neue Chance zur Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in sozial abgesicherten Verhältnissen sich gegenseitig ergänzen?

Sollten wir nicht vielleicht etwas engagierter darüber reden, dass am Ende einer solchen Zeit – 2015 – Senioren-genossenschaften unser Land prägen, indem die ältere Generation, wissend um die geringe Zahl der jüngeren Generation, in Selbstorganisation viele Probleme unter sich löst und gleichzeitig zu einer stabilen Säule des kulturellen und sozialen Lebens in unseren Dörfern und Städten wird?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU): Seid doch froh, dass ihr jetzt wieder hier seid!)

Warum sollten wir nicht den Ehrgeiz haben, dass wir im Jahre 2015 der Ort in Europa mit der geringsten Kriminalität sind? – Das ist übrigens zurzeit Wien, also gar nicht so weit von uns entfernt.

Warum sollte man nicht darüber reden können, dass es neben der gut ausgebildeten Polizei überall im Land freiwillige Polizisten gibt, auch jüngere, die ihr soziales Pflichtjahr damit ableisten, dass sie ihren Dienst gemeinsam mit vielen älteren tun, die sich nach ihrer Berufstätigkeit zur Verfügung stellen, um Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen, um bei Sportveranstaltungen den Verkehr zu regeln, um in Parkanlagen den Bürgern, die dort sind, Sicherheit zu gewährleisten?

Dann ist es eben nicht nur ein Traum, dass wir mit einer Politik in der Ballungsregion Rhein-Main eine internationale Drehscheibe schaffen können, die nicht nur eine Drehscheibe für Wirtschaftsgüter, sondern auch eine Drehscheibe der Kultur, eine Drehscheibe für Menschen, die sich in einer vernetzten Welt treffen wollen, werden kann.

Für diese Landesregierung und für jeden, der in der Politik, wann auch immer, Verantwortung trägt, gilt: Wir machen jeden Tag vieles. Vieles machen wir richtig. Wir machen auch manches falsch. Aber ob wir es richtig oder falsch machen, können wir nur feststellen, wenn wir vorher sagen, wohin wir wollen.

Ich denke, mit ein paar mutigen Federstrichen muss man bereit sein, das Bild zu zeichnen, was wir in zehn oder 15 Jahren haben wollen. Mag sein, dass nicht jedem diese Vision gefällt. Mag sein, dass er mit seiner Feder etwas hinzufügt oder wegstreicht. Mag sein, dass wir unsere Visionen im Laufe der Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern und unserer Erfahrungen in den nächsten Jahren verändern werden.

Aber wir arbeiten eben nicht ziellos und sind nicht nur gespannt, was irgendwann einmal dabei herauskommt, sondern wir arbeiten, weil wir überzeugt sind, bestimmte Ziele erreichen zu können.

Diese Regierungserklärung ist nicht zuletzt auch eine Einladung – eine Einladung, uns zu messen, ob wir die großen und die kleinen Aufgaben, wie ich sie beschrieben habe, bewältigen können. Aber auch eine Einladung, uns daran zu messen, ob wir angesichts der großen Herausforderungen, die vor uns stehen, unseren Visionen näher kommen, ob wir auf der Stelle treten oder ob wir uns gar von unseren Hoffnungen entfernen.

Wer Verantwortung für heute hat, muss auch Visionen für morgen haben. Diese Landesregierung kennt ihre Ziele.



Ich lade alle ein, uns auf diesem Weg für ein Hessen, auf das wir stolz sein können, zu begleiten.

Wir sind offen für den Dialog. Wir sind bereit zum Handeln. Wir sind für Hessen da. – Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen und Herren, als nächster Redner spricht der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Jürgen Walter.

(Clemens Reif (CDU): Der arme Kerl hat es jetzt schwer! – Abg. Jürgen Walter (SPD) hat Schwierigkeiten mit der Technik des Rednerpultes.)

### **Jürgen Walter (SPD):**

Das ist alles neu. Das sind die ersten Fortschritte hinsichtlich eines Umbaus des Hessischen Landtags.

(Clemens Reif (CDU): Immer rechts drücken, dann liegst du hier richtig!)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 2. Februar 2003 haben die Menschen unseres Landes Hessen über die Zusammensetzung dieses Parlaments und der Regierung entschieden. Die Entscheidung fiel sicherlich deutlicher aus, als viele es erwartet und, je nach Standpunkt, befürchtet oder erhofft hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so schmerzhaft das Wahlergebnis für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war und ist, zum Kern des Wesens des demokratischen Systems gehört es, die Entscheidungen des Souveräns vorbehaltlos zu akzeptieren. Herr Ministerpräsident Koch, ich will Ihnen deshalb herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Dies geschieht auch namens der gesamten SPD-Fraktion. Ich wünsche Ihnen und Ihrem gesamten Kabinett alles Gute und stets das Treffen von guten Entscheidungen im Interesse der Menschen unseres Landes Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der CDU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, damit verbunden ist unser ehrliches Angebot für eine konstruktive Zusammenarbeit hier im Hessischen Landtag. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen unter Oppositionsarbeit nicht das Neinsagen um jeden Preis. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Menschen unseres Landes von einer Politik die Nase gestrichen voll haben, die die Vorschläge immer danach bewertet, wer die Vorschläge gemacht hat. Ein Vorschlag könnte demnach nur dann gut sein, wenn er aus den eigenen Reihen kommt. Er wäre dann immer abzulehnen, wenn er von jemandem gemacht wurde, der ein Parteibuch einer anderen Farbe besitzt. Herr Ministerpräsident, immer wenn wir den Eindruck haben, dass die von Ihnen getroffenen Entscheidungen in die richtige Richtung weisen, dass die von Ihnen getroffenen Entscheidungen den Menschen unseres Landes nützen und unser Land voranbringen, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit bereit sein.

Herr Ministerpräsident, vor 18 Tagen haben Sie von dieser Stelle aus während Ihrer Dankesrede nach Ihrer Verteidigung die Fraktionsvorsitzenden aufgefordert, im Interesse einer konstruktiven Zusammenarbeit auf die ganz großen Trommeln zu verzichten. Herr Präsident Kartmann wollte anschließend die ganz großen Trommeln so-

fort einsammeln. Herr Präsident Kartmann, bei allem Respekt, ich werde meine Trommel bei Ihnen nicht abgeben. Wenn ich Ihnen meine Trommel geben würde, würden Sie sie nehmen und in Nieder-Weisel vergraben. Wenn ich sie dann brauche, würde sie kein Mensch mehr finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Das wäre nicht schlecht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, die Trommel bleibt am Mann. Allerdings bin ich gerne bereit, zu differenzieren. Die Trommel, deren Trommeln nicht die Politik, sondern den Menschen zum Ziel hat, also das Trommeln unabhängig von den politischen Entscheidungen, wobei ich, Herr Ministerpräsident, Verfehlungen auch weiterhin ansprechen werde, will ich gerne in die Instrumentenkammer stellen.

(Nicola Beer (FDP): Das wäre einmal etwas Neues!)

Das Trommeln in der inhaltlichen Auseinandersetzung über die richtigen Entscheidungen oder, besser gesagt, in der Auseinandersetzung über die besseren Entscheidungen für die Menschen unseres Landes wollen wir kräftig machen. Das ist die Aufgabe der Opposition. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen die Oppositionsrolle in diesem Hause an.

(Beifall bei der SPD)

Alle werden mir beipflichten, dass eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition im Hessischen Landtag eher ein Ausnahmestatbestand ist. Viele verfügen hierzu über einschlägige Erfahrungen. Zur Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich mir beispielsweise die Rede des damaligen Vorsitzenden der CDU-Fraktion auf die Regierungserklärung von Hans Eichel im Jahre 1995 angeschaut. Herr Ministerpräsident, ich darf Sie beruhigen. Ich habe mir Ihre Rede nicht zum Vorbild genommen. Hätte ich mir Ihre Rede zum Vorbild genommen, müsste ich die ganz große Trommel sofort zur Hand nehmen. Das will ich aber lassen.

Der Wahlkampf ist vorbei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen engagierten Wahlkampf geführt. Wir wollten hessische Themen in den Vordergrund stellen. Die Menschen aber hat anderes bewegt. Ganz vorsichtig formuliert, möchte ich sagen: Wir hatten keinen Rückenwind. – Trotzdem hat unser Spitzenkandidat Gerhard Bökel für unsere Vorstellungen bis zum Wahlsonntag über alle Maße gekämpft und geworben. Lieber Gerhard, deshalb möchte ich dir an dieser Stelle auch im Namen der gesamten Fraktion herzlichen Dank für deinen Einsatz im Wahlkampf sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht kein Zweifel: Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Dabei wirken strukturelle, demographische, konjunkturelle und auch internationale Ursachen zusammen. Davon ist natürlich auch Hessen betroffen. Das eingetübte Klein-Klein der Tagespolitik wird nicht mehr ausreichen, die Probleme zu lösen. Auch das dürfte jedem klar sein. Herr Ministerpräsident, es ist deshalb gut, dass Ihr Regierungsprogramm mit einem visionären Teil beginnt. Sie fragen, wie es in unserem Land Hessen im Jahre 2015 aussehen soll. Bei der Lektüre dieser Version wird es einem richtig warm ums Herz.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Sehr gut!)

Auf der abstrakten Ebene gibt es da sicherlich viele Gemeinsamkeiten. Wir sollen die besten Schulen, die erfolg-

reichsten Schüler und wenig Kriminalität haben. Hessen wird dann ein familienfreundliches Land sein. Es wird eine geringe Arbeitslosenquote und wenig Sozialhilfeempfänger geben. Es soll eine intakte Umwelt und gesunde Nahrung geben. Die ganze Vision gipfelt in dem Wunsch, dass die Straßen Hessens im Jahre 2015 nicht mehr in den Verkehrsmeldungen vorkommen sollen. Wenn man die Vision durchliest, stellt man fest, dass man eigentlich nur noch darauf wartet, dass im Jahre 2015 alle Menschen unseres Landes glücklich sind. Als Fan der Eintracht Frankfurt habe ich darauf gewartet, dass die dann auch die Champions League gewonnen haben wird.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Tarek, sie werden diese im Endspiel gegen den zweiten deutschen Teilnehmer, die Offenbacher Kickers, gewonnen haben.

Ich möchte das jetzt nicht ins Lächerliche ziehen. Vielmehr halte ich es für ausgesprochen richtig und wichtig –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): KSV Hessen Kassel hast du vergessen!)

– Die Vision reicht nur bis zum Jahr 2015. – Ich halte es tatsächlich für richtig und notwendig, dass die Politik über den Tag und auch über das Ende einer Legislaturperiode hinaus denkt. Die nächsten Wahlen sollen nicht das Ende des zeitlichen Rahmens sein, in dem sich die Planungen der Politik bewegen.

Ich gebe Ihnen in einem völlig Recht. Ich beziehe mich dabei auf das Regierungsprogramm. Dort steht sinngemäß: Es müssen jetzt konkrete politische Vorgaben gemacht werden, die nicht kurzfristige Erfolgsmeldungen zum Ziel haben, sondern die Benennung und Lösung der enormen demographischen, finanzwirtschaftlichen und umweltpolitischen Probleme, auch wenn es teilweise schmerzhaft und unpopulär ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, warum machen Sie das denn nicht? Wo sind denn die Lösungsvorschläge? Wo sind denn die konkreten Vorschläge zur Lösung der enormen finanzwirtschaftlichen Probleme unseres Landes?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Programm findet sich dazu nichts. Stattdessen stehen dort viel Altbekanntes und Gefälligkeiten. Da gibt es die üblichen Grußadressen an die Interessengruppen in unserem Land. Dies geschieht ganz getreu nach dem alten Motto von Goethe: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so bringen Sie aber unser Land Hessen nicht nach vorne. Herr Ministerpräsident, trotz allen Respektes muss ich sagen: Für Ihre Verhältnisse fand ich Ihre Regierungserklärung eine recht langweilige Rede.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man den Beifall aus den eigenen Reihen als Messlatte nimmt, kann man feststellen, dass es an drei Stellen den wirklichen ehrlichen großen Beifall gab. Zum einem geschah dies nach den üblichen Drohungen gegenüber den Sozialhilfeempfängern. Das kommt immer an. Dann erfolgte er nach der Kritik an der Bundesregierung und

deren rot-grüner Politik. Auch das ist eher selbstverständlich.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da habt auch ihr mitgeklatscht!)

Zum Dritten geschah dies zum Thema Kellerwald. Das war auch eine ganz große rhetorische Leistung. Denn der Positionswechsel hinsichtlich des Nationalparks Kellerwald wurde damit erklärt, dass Herr Landwirtschaftsminister Dietzel – er ist jetzt gerade draußen – vier Jahre lang daran gearbeitet habe, dass der Wunsch entsteht, dass dort ein Nationalpark eingerichtet wird.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich ist etwas Wahres daran. Man muss sich die Situation der Menschen in der Region vorstellen. Vier Jahre lang steht Herr Dietzel mit der Kettensäge in der Hand vor der Tür, und die sagen: Wie können wir uns davor schützen? Da hilft nur ein Nationalpark. – Deshalb wollen sie es jetzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir vermissen an Ihrer Rede wie an Ihrem Regierungsprogramm, wie Sie aus diesen Visionen, die wir auf der abstrakten Ebene im Wesentlichen teilen – wer wäre dagegen, dass wir eine geringere Arbeitslosenquote und weniger Sozialhilfeempfänger haben? –, zu diesen Zielen hinkommen wollen. Sie beschreiben Ziele, aber Sie geben keine Wegbeschreibung, wie wir zu diesen Zielen kommen. Wir sind aber im Hessischen Landtag nicht als Analysten gewählt, sondern als Entscheider. Die Menschen erwarten von uns konkrete Vorgaben, wie Ziele erreicht werden sollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gesagt, die Rede sei relativ langweilig für Ihre Verhältnisse. Es ist rhetorisch eine ganz nette Idee, wenn man versucht, sich sozusagen mit den Visionen für morgen aus der Verantwortung für heute zu stehlen. Aber das werden wir Ihnen als Opposition nicht durchgehen lassen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben allzu richtigerweise erkannt, dass Politik, und zwar bei allen Parteien, in der Bundesrepublik Deutschland viel zu lange nach dem Motto „Allen wohl und keinem weh“ gemacht worden ist. Aber mit Ihrem Regierungsprogramm und auch der eben gehörten Regierungserklärung verharren Sie doch nur wieder in Gefälligkeiten, Überschriften und Appellen.

Sie appellieren in Ihrer Rede beispielsweise an die Menschen, dass sie für das gleiche Geld länger arbeiten sollen. Sie beschreiben, dass dies etwas mit den Grundproblemen in unserem Lande zu tun hat, also Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Man kann über diesen Appell sicherlich reden. Aber in der Politik gibt es einen Grundsatz, dass man das, was man von anderen verlangt, auch selbst einhalten soll. Es mag Ihnen jetzt relativ billig erscheinen, aber ich schaue mir einmal Ihr Kabinett an: Sie haben die gleiche Arbeit für mehr Geld auf mehr Personen verteilt. Wenn Sie es in Ihrem eigenen Kabinett schon nicht machen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn Sie dieses Kabinett um einen weiteren Minister in dieser katastrophalen finanzpolitischen Lage ausweiten, dann können Sie von den Menschen draußen wirklich nicht glaubhaft verlangen, die müssten alle auf einmal mehr für das gleiche Geld arbeiten. Das ist etwas, was Ihnen die Menschen in diesem Lande nicht abnehmen werden.

Herr Ministerpräsident, die Wahrheit ist, was Ihre Finanzpolitik angeht – das wissen Sie genauso gut wie ich –, dass Ihr gesamtes Programm ausschließlich vom Prinzip Hoffnung lebt, nämlich Hoffnung auf Wachstum und schnell steigende Steuereinnahmen. Die Wahrheit ist doch, dass Ihnen der Mut und die Kraft zu grundsätzlichen Entscheidungen fehlen,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

zu den unpopulären Entscheidungen, die Sie am Ende Ihrer Visionen selbst angemahnt haben.

Herr Ministerpräsident, unter uns gesagt, unter vier Augen – es hört hier sonst keiner zu –:

(Heiterkeit)

An diesem Abend des 2. Februar, der für Sie sicherlich ein schönerer Abend, zugestanden, als für uns Sozialdemokraten war, habe ich, als feststand, dass Sie die Wahl gewinnen, Ihnen das 56. Mandat gegönnt, weil ich dachte: Mit der absoluten Mehrheit gibt es keine koalitionsären Ausflüchte mehr. Mit der absoluten Mehrheit kann man nicht mehr sagen, man würde gerne, aber die anderen wollten es nicht, während die anderen sagen, sie würden gerne, das könnten sie aber bei den einen nicht durchsetzen.

Wenn ich mir aber Ihr Regierungsprogramm ansehe und auch die Rede heute anhöre, kann ich sagen: Fehlanzeige, das gesamte Programm wirkt, als hätte die CDU einen Koalitionsvertrag mit der CDU geschlossen. Wir sind in dem ganzen Programm im Wesentlichen bei Gefälligkeiten. Was Sie selbst einfordern, nämlich die unpopulären Entscheidungen, die nicht jedem gefallen, die fehlen zur Gänze in diesem Programm. Das sei Ihnen zugestanden, mit dem Slogan „Weiter so“ ist die CDU, allerdings an anderer Stelle, einmal sehr lang sehr gut gefahren.

(Clemens Reif (CDU): Wir hätten auch das 57. Mandat gerne genommen!)

Aber, lieber Kollege, eines steht fest, und daran helfen Ihnen die Worthülsen nicht vorbei: Wenn Sie in diesem Lande nicht aufhören mit der hemmungslosen Schuldenmacherei, dann ist hier bald Schicht im Schacht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt haben Sie vier Jahre lang zugehört und immer noch nichts gelernt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht „Verantwortung für morgen“, sondern „Titel ohne Mittel“ wäre die richtige Überschrift über dieses Programm. Noch einmal: Es fehlt an dieser Stelle offensichtlich die Akzeptanz von Tatsachen. Sie haben allein im letzten Jahr 2 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgenommen. Sie haben das erste Mal in der Geschichte des Landes Hessen in der Vorlage einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Aber dann schwadronieren Sie über Verantwortung für zukünftige Generationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es mag angehen, dass man ein Programm mit visionärer Lyrik beginnt.

Aber man kann es dann nicht mit realitätsferner Prosa fortsetzen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worthülsen oder wohlfeile Titel hin oder her, die Finanzpolitik ist und bleibt die Achillesferse Ihrer Landesregierung. Wenn man sich hierzu das Regierungsprogramm anschaut, wird der absolute Realitätsverlust dieser Landesregierung deutlich. Sie schreiben wortwörtlich, Sie hätten Hessen in den letzten vier Jahren finanzpolitisch an die Spitze der Bundesländer gebracht,

(Lachen bei der SPD)

und Sie kündigen an, Ihre bisherige Finanzpolitik, die Sie solide nennen, fortsetzen zu wollen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist eine Drohung!)

Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, was war denn da los? Haben Sie in dem Moment, als Sie das aufgeschrieben haben, wieder Visionen gehabt, die Augen fest geschlossen, sich an den Händen gefasst und sich versichert, dass die Erde eine Scheibe ist?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Ei, ei, ei!)

Alles, was recht ist, allein mit den 2 Milliarden € Schulden im letzten Jahr haben Sie einen traurigen neuen Rekord, einen historischen Rekord bei der Nettoneuverschuldung zu verantworten.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich mir Ihr Regierungsprogramm anschau, in dem von Spitze und von Fortsetzung dieser soliden Finanzpolitik die Rede ist, dann muss ich feststellen, dass Sie noch nicht einmal bereit sind, diese katastrophale Entwicklung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie wollen weitermachen wie bisher. Sie wollen die Schulden unseres Landes auch weiterhin explosionsartig steigen lassen und damit auch die Zinsbelastung, die dann wieder die zukünftigen Generationen tragen und bezahlen müssen, für die Sie angeblich Verantwortung übernehmen.

(Clemens Reif (CDU): Diese Rede sollten Sie einmal am 1. Juni auf dem SPD-Parteitag halten!)

Das sagen nicht nur wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen. Der Herr Ministerpräsident hat den Steuerzahlerbund angesprochen. Er hat das sozusagen antizipiert, weil ihm klar war, dass dies eines der Zitate ist, die sich für einen Oppositionspolitiker anbieten. In der Tat, in einer Pressemeldung aus der „FAZ“ vom 07.04.2003 spricht der Hessische Steuerzahlerbund, er vermisst in den vagen Absichtserklärungen des Ministerpräsidenten die Einsicht, dass ein schnelles und konsequentes Umsteuern dringend notwendig ist, wenn man nicht sämtliche Handlungsspielräume der Landespolitik verspielen will.

(Günter Rudolph (SPD): Wie wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die Sozialdemokraten hier im Hause sehen, dass die Handlungsspielräume der Landespolitik bei einer Fortsetzung der Politik dieser Landesregierung mittelfristig, wenn nicht kurzfristig schlicht am Ende sein werden. An dieser Tatsache führt keine Rede vorbei und auch kein Regierungsprogramm, das meint, es könnte sich sozusagen mit Titeln und schönen Beschreibungen um die Realitäten in diesem Land drücken.



Der Ministerpräsident hat es von der Opposition, wie ich denke, zu Recht eingefordert, als er sagte, man muss zu den Finanzen auch etwas sagen. Man kann nicht nur in der Abstraktheit bleiben, dass Schulden schlecht sind und man gucken soll, dass es weniger werden. – Da gebe ich Ihnen völlig Recht.

Deshalb rückt, wenn wir über Finanzpolitik reden, sicher der größte Ausgabenposten des Haushalts, nämlich die Personalausgaben, ins Blickfeld. Bezeichnenderweise am morgigen Tag, also einen Tag nach dieser Debatte im Landtag, wird der Hessische Rechnungshof seine Bemerkungen zum Haushaltsjahr 2002 der Öffentlichkeit vorstellen. Ich glaube, ich muss kein Prophet sein, um Ihnen, meine Damen und Herren, zu sagen, dass der Rechnungshof morgen – wieder – einen historisch höchsten Schuldenstand des Landes Hessen feststellen wird. Er wird wieder auf die dramatische Entwicklung in den Personalausgaben hinweisen.

Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle waren Sie, was Ihren eigenen Erkenntnisstand angeht, selbst schon einmal weiter. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, zitiere ich einmal aus einer Ihrer Landtagsreden, die Sie im Jahre 1997 zur Vorstellung des Suchan-Papiers gehalten haben, auf das ich hier noch eingehen werde. Da heißt es:

... eine finanzielle Konsolidierung Ihres Landeshaushalts – das geht nur über die Personalkostenquote ...

Wenn man eine Personalkostenquote von 46 % hat, dann kann man das nicht. Dann muss man ... kurzfristiger die Personalkostenquote senken ...

So der Abg. Roland Koch zu der Vorstellung des Suchan-Papiers hier im Hessischen Landtag am 05.06.1997.

Herr Ministerpräsident, seitdem hat sich die Lage deutlich verschlechtert. Sie wissen das. Wir haben heute eine Personalkostenquote, die von 46 % auf 48,2 % gestiegen ist. Es ist für uns schlicht nicht nachvollziehbar, wenn Sie jetzt die Ankündigung in den Raum stellen, Sie wollten Jahr für Jahr die Personalkosten um 60 Millionen € senken. Wollen Sie den Zuwachs begrenzen? Wollen Sie die Personalkosten, in absoluten Zahlen gerechnet, senken? Vor allen Dingen: Wie wollen Sie das machen? Wir finden in Ihrem ganzen Programm nicht einen einzigen konkreten Satz, wie dies funktionieren soll.

(Beifall bei der SPD)

Sie kündigen nur an, dass Sie die Personalkosten de facto erhöhen. Sie wollen 500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Das ist gut. Aber auch hier deuten Sie nicht einmal an, wie Sie diese Stellen finanzieren wollen, in welchen Bereichen Sie einsparen wollen. „Wir schaffen 500 zusätzliche Lehrerstellen“, das ist ein sehr populärer Satz. Dafür etwas einzusparen ist unpopulär. Deshalb sagen Sie diesen Satz nicht. Es fehlt Ihnen ganz offensichtlich die Kraft für unpopuläre Aussagen. Es ist sehr ungewöhnlich, wenn die Opposition den Part übernimmt, unpopuläre Vorschläge zu machen, weil die Regierung nicht die Kraft findet, jenseits der Gefälligkeiten und Versprechen selbst einmal eine Antwort auf die Frage zu geben, wie sie die Konsolidierung des Landeshaushalts bewerkstelligen will, die sie immerhin zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahrheit ist, dass die eigentliche Sprengkraft bei den Personalausgaben in den dramatisch steigenden Versor-

gungslasten liegt. Die Fakten hierzu liegen schon lange auf dem Tisch. Ich habe vorhin das Suchan-Papier angesprochen. Für diejenigen, die neu im Parlament sind: Herr Suchan war damals Chef der Staatskanzlei. Im Jahre 1997 hat die nach ihm benannte Arbeitsgruppe die Steigerung der Versorgungsausgaben des Landes für das Jahr 2001 auf 2,9 Milliarden DM geschätzt. Wenn man sich die Ergebnisse des Landesrechnungshofs anschaut, dann sieht man: Die Versorgungsausgaben des Landes lagen im Jahre 2001 exakt bei diesen 2,9 Milliarden DM. Da soll noch einmal jemand sagen, Sozialdemokraten könnten nicht rechnen.

Wir hatten, was die Prognose angeht, ein sehr zutreffendes Ergebnis für das Jahr 2001. Deshalb gehen wir davon aus, dass das, was uns die Suchan-Arbeitsgruppe für das Jahr 2008 prognostiziert hat, jedenfalls nicht völlig unzutreffend sein wird. Deshalb nenne ich die Zahl, die die Suchan-Arbeitsgruppe in ihrem Papier voraussagt. Danach steigen die Versorgungsleistungen auf einen Betrag von 4,5 Milliarden DM. Das ist allein in dieser Legislaturperiode eine Steigerung um 1,6 Milliarden DM, also 800 Millionen €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich allerhöchste Zeit, dass wir im Hessischen Landtag damit aufhören, die Dramatik dieser Entwicklung nicht ernst zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir in der Summe steigende Schulden mit wachsenden Zinsbelastungen, steigende Personalausgaben und explodierende Versorgungslasten haben, dann ist das Ergebnis klar: Die Handlungsfähigkeit dieses Landes wird eher kurz- als mittelfristig beendet sein. Hier erwarten wir – das ist das Recht der Opposition –, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für die künftigen Generationen gerecht wird und dass die Landesregierung Antworten anbietet, die über den Tag hinausgehen. Das ist auch der Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger an eine Landesregierung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung über Ägypten und Vietnam geredet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und über die Mongolei!)

– Und Angola. – Ein Punkt, der für unser Land und den Landeshaushalt wesentlich wichtiger wäre, wäre die Angabe der absoluten Zahl der Versorgungsempfänger. Ich biete Ihnen hier keine Oppositionsrhetorik dar, sondern ich spreche über die zentralen Probleme dieses Landes. Die Zahl der Versorgungsempfänger in Hessen wird sich von 47.000 im Jahre 2000 auf 82.000 im Jahre 2020 fast verdoppeln.

Rücklagen für die Versorgung dieser Beamten und den Beamten gleichgestellten Personen werden bislang nur in Höhe von 0,2 % der jährlichen Tarifsteigerungen gebildet. Ich habe mir das einmal angeschaut. Wir haben momentan in Hessen einen Fonds in Höhe von insgesamt 103 Millionen €. Das sind nicht einmal 4 % der Versorgungslasten eines Jahres. Wenn Sie nun in Ihrem Programm ankündigen, mit dem Aufbau einer zusätzlichen Rücklage für Beamtenpensionen beginnen zu wollen, dann ist dies nur ein scheinbar guter Ansatz. Natürlich müssen auch diese zusätzlichen Rücklagen finanziert werden. In einer Zeit, in der wir sowieso schon enorm hohe Schulden aufnehmen, finanzieren Sie auch die Rücklage für die Pensionen der Beamten durch die Aufnahme von Schulden.



Für die künftigen Generationen macht es keinen wirklichen Unterschied, ob sie die Versorgungslasten für die Beamten, für die nichts zurückgelegt worden ist, oder ob sie Schulden bezahlen. Letztlich geschieht Ihr Wirtschaften zulasten der künftigen Generationen. Weiße Salbe nützt da nichts mehr. Wir brauchen einen wirklichen Kurswechsel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir werden auch unpopuläre Entscheidungen treffen müssen. Mit den 500 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern könnten Sie anfangen. Wir haben schon mehrfach gefordert, Lehrerinnen und Lehrer nicht als Beamte, sondern als Angestellte einzustellen. Wir wissen, dass es zunächst teurer ist, Angestellte statt Beamten einzustellen, weil dann die Sozialabgaben vom Arbeitgeber, vom Land, zu finanzieren sind. Für die Zukunft wäre das aber die bessere Lösung, weil in den Sozialversicherungssystemen Rücklagen gebildet werden. Wir fordern Sie gleichzeitig auf, die gesamten Kosten für die 500 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer, die wir als Angestellte beschäftigt sehen wollen, bei den übrigen Personalausgaben einzusparen. Dies wäre ein erster Schritt zu einer verantwortungsvollen Politik für zukünftige Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht einfach. Aber Sie selbst sagen ja, das Regieren in dieser Zeit sei nicht einfach. Wenn man nur in einfachen Zeiten regieren kann, dann ist man in der Landesregierung fehl am Platz.

Die Einstellung der zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer als Angestellte, die ich angesprochen habe, ist natürlich nur ein kleiner Anfang. Das reicht bei weitem nicht aus, um die drohende Katastrophe zu entschärfen. Es sind weitere Einschnitte bitter notwendig. Ich nenne an dieser Stelle die Beamtenversorgung und z. B. auch die dreizehnte Pensionszahlung pro Jahr, die es für hohe Beamte im Ruhestand gibt – ein dreizehntes Gehalt kennt die gesetzliche Rentenversicherung nicht –: Beide dürfen auf Dauer in der Diskussion nicht mehr sakrosankt sein.

Wir müssen auch bei uns selbst anfangen. Wer nämlich Wasser predigt und Wein säuft, der ist für die Menschen in unserem Land nicht wirklich glaubwürdig. Wir müssen die Regelung der Altersversorgung der Abgeordneten, der Regierungmitglieder und der kommunalen Wahlbeamten auf den Prüfstand stellen. Ich tue das, denn ich meine, man muss an der Stelle auch einmal über sich selbst reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ein Arbeitnehmer mit akademischem Abschluss 40 Jahre lang arbeitet und in die BfA einzahlte, dann erhält er eine Rente von ca. 1.800 €. Ein hessischer Landtagsabgeordneter erreicht dieses bereits nach sechs Jahren im Parlament und im Alter von 55 Jahren. Ich denke, dass das in der heutigen Zeit nicht mehr vermittelbar ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das sind Bereiche, an die wir, obwohl es sich nicht um die ganz großen Beträge handelt, im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik herangehen müssen. Wir müssen zu einem angemessenen Maß der Altersversorgung der Abgeordneten zurückkehren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es vorhin schon angesprochen: steigende Personalausgaben, dramatisch steigende Versorgungslasten, ein riesiger Schuldenberg und, damit zusammenhängend, explodierende Zinslasten. Diese Situation wird – das ist kein rhetorischer Kniff – kurz- oder mittelfristig zu einer Handlungsunfähigkeit der Landespolitik beitragen. Ich spreche die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion jetzt direkt an: Sie alle, die Sie momentan im Raum sind, wollen doch nach der nächsten Bundestagswahl – es besteht begründete Hoffnung, dass die erst im Jahre 2006 stattfindet – diesem Haus noch angehören.

(Zurufe von der CDU)

Ihr Ministerpräsident will das nicht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Herr Ministerpräsident, ich habe gesagt: nach der nächsten Bundestagswahl im Jahre 2006. – Ihr Ministerpräsident will diesem Hause nach der nächsten Bundestagswahl nicht mehr angehören. Deswegen kann sein finanzpolitisches Motto „nach mir die Sintflut“ sein.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen ein Interesse daran haben, dass die Handlungsfähigkeit der Landespolitik bestehen bleibt. Ich habe vorhin gesagt, die SPD nimmt ihre Oppositionsrolle an. Wir wollen keine Oppositionsfraktion der Neinsager sein.

Aber sowenig die Menschen sich eine Oppositionsfraktion der Nein-Sager wünschen, genauso wenig wünschen sie sich eine Regierungsfraktion der Jasager.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen mein Appell an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion: Nehmen Sie Ihre Kontrollfunktion wahr, sorgen Sie dafür, auch wenn es hinter verschlossenen Türen ist, dass dieses Land finanzpolitisch wieder in solide Bahnen geführt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zur Wirtschaftspolitik. Da merkt man, dass die Union erstmals für diesen Bereich die Verantwortung übernimmt. Ich denke, es müsste so richtig sein, es gab bisher noch keinen Wirtschaftsminister in unserem Land, der der Union angehört hat.

Sie reden vom „Erfolgsland Nummer eins Hessen“ und ignorieren die Tatsache, dass unser Bundesland Hessen im letzten Jahr, was das wirtschaftliche Wachstum angeht, von Platz 2 auf den Platz 6 abgefallen ist. Das so genannte „Erfolgsland Hessen“ ist unter Ihrer Verantwortung mittlerweile nicht mehr ganz an der Spitze, sondern nur noch im Mittelfeld. Mein Eindruck ist, Sie suchen hierfür nicht einmal die Ursachen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wirtschaftsminister hat in der letzten Woche seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen öffentlich gemacht. Nach allem, was man hört, war das eher ein Vortrag über Wirtschaftstheorie im Allgemeinen und weniger über Hessen im Besonderen. Herr Wirtschaftsminister, nichts gegen Theorie, wir alle müssen lebenslang lernen. Es kann nützlich sein, aber wir hätten uns schon gewünscht, zu hören, wie Ihre Vorstellungen sind, wenn Hessen denn schon auf den sechsten Platz abgerutscht ist, wie Sie uns von die-

sem Platz 6 wieder an die Spitze bringen wollen. An dieser Stelle hätten wir uns gern etwas Konkretes gewünscht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich diesen Abfall auf Platz 6 in das Mittelfeld anschaut, dann stellt man fest, das hat sehr viel mit dem wirtschaftlichen Herz unseres Landes, nämlich der Rhein-Main-Region zu tun. Wir wollen auch, dass die Regionen Nord- und Mittelhessen und auch Starkenburg sich wirtschaftlich hervorragend weiter entwickeln. Voraussetzung dafür ist aber – das dürfte in diesem Hause unstrittig sein –, dass wir ein starkes Rhein-Main-Gebiet brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, dass wir im Bundesvergleich ins Mittelfeld abgerutscht sind, hat sehr viel damit zu tun, dass auch der Wirtschaftsmotor im Rhein-Main-Gebiet ins Stottern geraten ist. Soweit Sie dies zur Kenntnis nehmen, ist der Reflex dieser Landesregierung, zu sagen, dass die Rahmenbedingungen schuld sind, also Rot-Grün in Berlin.

Man muss sich angucken, ob an diesem Argument etwas dran ist. Das Argument erschließt sich aber für mich nicht sofort. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das Land im innerdeutschen Vergleich von Platz 2 auf Platz 6 gefallen ist, dann muss es doch andere Bundesländer geben, die exakt die gleichen wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen wie unser Land haben. Diese haben also innerhalb der gleichen Rahmenbedingungen besser abgeschnitten als Hessen.

Dann rentiert es sich doch, einmal nachzuschauen, warum diese anderen Länder innerhalb der gleichen bundespolitischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren bessere Ergebnisse erzielt haben, als wir das offensichtlich getan haben, denn sonst wären wir nicht von der Spitzenposition ins Mittelfeld abgerutscht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei uns liegt doch offensichtlich einiges im Argen. Sie haben die Frage der regionalen Organisation angesprochen. Bislang haben wir die Frage der regionalen Organisation viel zu stark als einen Bereich des Innenministeriums, sozusagen als Verwaltungsorganisation, angesehen. Ich glaube, dass die Frage der Organisation der Region Rhein-Main eine ganz zentrale wirtschaftspolitische Frage für die weitere Entwicklung in unserem Lande ist.

(Beifall bei der SPD)

Das sehen nicht nur die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier im Landtag so. Auch die Wirtschaftsinitiative Rhein-Main ist dieser Auffassung. Ich zitiere die Wirtschaftsinitiative mit einer Pressemeldung aus der „FAZ“ vom Februar dieses Jahres. Die Wirtschaftsinitiative sagt:

Danach sind rechtliche und politische Rahmenbedingungen dringend erforderlich, um in der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftszentren wie Paris oder London zu bestehen.

Wie reagiert der Hessische Ministerpräsident darauf? Er sagt, das sei jetzt nicht das vorrangigste Ziel, es müsse abgewartet werden, wie das Ballungsraumgesetz aus dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof herauskomme.

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat sich mit diesem Ballungsraum-

gesetz verrannt. Es ist doch offensichtlich, dass uns dieses Ballungsraumgesetz schadet und nichts nützt.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt drei zentrale Gründe, warum dieses Ballungsraumgesetz schlicht weg muss. Der eine zentrale Grund ist der, dass es räumlich zu eng gefasst worden ist, zweitens schwächt es die Kommunen und stärkt sie nicht, und drittens – Herr Ministerpräsident, das ist wirtschaftspolitisch das Zentrale – verstärkt es das Gegeneinander und nicht das Miteinander in der Region.

(Beifall bei der SPD)

Zum räumlichen Bereich: Zwei Landkreise – in denen ich glaube, mich ganz gut auskennen –, Groß-Gerau und Wetterau, sind durch dieses Ballungsraumgesetz in der Mitte geteilt. Das versteht in diesen Landkreisen kein Mensch, warum der eine Teil des Landkreises sozusagen zu Rhein-Main gehören soll und der andere Teil des Landkreises nicht zur Rhein-Main-Region gehören soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen wir uns die Landeshauptstadt Wiesbaden an. Wenn Sie jemanden in Wiesbaden fragen: „Gehören Sie zur Rhein-Main-Region?“, dann sagt er: Ja, wohin denn sonst, nach Mainz?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er sagt „Rheingau“!)

Vielleicht sagt er „Rheingau“, aber natürlich gehört all dies zum Rhein-Main-Gebiet. Sie selbst beschreiben zu Recht, welche große Leistungen auch die gemeinsame Bewerbung um Olympia in dieser Region hervorgebracht hat. Nur ging dieser Bewerbungsbereich Olympia auch über das Land Hessen hinaus, dazu gehörten auch Aschaffenburg und Mainz.

Die Rhein-Main-Region ist größer als der Bereich, der durch dieses Ballungsraumgesetz willkürlich zusammengesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Zum zweiten Punkt, den ich angesprochen habe: Dieses Gesetz beschränkt die Kommunen in ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Das sieht man schon daran, dass sehr, sehr viele Kommunen gegen dieses Gesetz geklagt haben. Deshalb haben wir ja das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof anhängig.

Wir haben Ihnen bei dem Erlass dieses Gesetzes mehrfach gesagt, dass es nicht angehen kann, dass Sie sozusagen von Landesebene aus die Kommunen, ohne dass diese ein Mitspracherecht haben, zwingen, Einrichtungen überörtlichen Charakters der großen Stadt Frankfurt mitzufinanzieren. Sie sagten immer, das gehe alles auf Basis der Freiwilligkeit. Heute steht wieder in Ihrem Regierungsprogramm: Wir wollen regionale Zusammenschlüsse im Wege der Freiwilligkeit unterstützen. Herr Ministerpräsident, wie ist dies denn mit Ihrer Drohung in Einklang zu bringen, die Kommunen nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs „durch Kabinettsbeschluss zur Mitfinanzierung zu zwingen“?

Daran sieht man doch, dass es hier nicht um mehr kommunale Selbstverwaltung und mehr kommunale Selbstverantwortung geht, sondern um weniger kommunale Selbstverantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieses Kabinett im Hinterzimmer entscheiden kann, ob die Stadt Karben den Sportplatz in Frankfurt

mitfinanziert, dann ist dies kein Akt von kommunaler Selbstverwaltung.

Schließlich fördern Sie die Konkurrenz innerhalb der Region. Es ist für das Land Hessen, auch für die Rhein-Main-Region nicht wirklich ausschlaggebend, ob eine Investitionsentscheidung bei Ihnen für Eschborn oder für Bad Vilbel fällt. Zentral wichtig für die Region Rhein-Main ist, dass die Investition hier in dieser Region getätigt wird und nicht außerhalb der Region, beispielsweise in Hannover oder in Stuttgart, oder meinetwegen auch in London oder Paris.

Als Einzelkämpfer in der Konkurrenz gegen diese Regionen sind alle Kommunen zu klein, auch und selbst die Freie Reichsstadt Frankfurt. Die sind alle zu klein. Hier brauchen wir eine Organisation in der Region, um mit den besser organisierten Regionen mithalten zu können. Die Regionen Stuttgart und Hannover sind beispielsweise schon weiter. Die Regionen im Ausland – ich nenne den Großraum London und den Großraum Paris – sind weiter in ihrer Organisation.

Wenn wir hier nicht besser werden, dann wird die Rhein-Main-Region weiter abfallen. Es wird schlicht unmöglich sein, wenn die Rhein-Main-Region nicht wieder an die Spitze der Regionen in Hessen kommt, dass wir Hessen an die Spitze der Bundesländer in Deutschland bringen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, das ist für Sie alles nichts Neues. Sie waren ja auch schon einmal weiter, als Sie heute sind. Ich erinnere an das Wahlprogramm der Union aus dem Jahre 1998. Da hieß es – jetzt reden wir auch wieder über unpopuläre Einsparmaßnahmen –: Wir schaffen die Regierungspräsidien ab. – 1999 war die Wahl gewonnen, aber koalitionsäre Ausflüchte, Frau Kollegin Wagner, hießen dann: Wir können das nicht machen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Gewichtung, nicht Ausflüchte!)

– Gewichtung oder Ausflüchte, die Aussage damals war: Der Koalitionspartner macht das an dieser Stelle nicht mit. – Herr Ministerpräsident, jetzt haben Sie die absolute Mehrheit, jetzt könnten Sie dies tun, und dies wäre im Interesse der Rhein-Main-Region. Ich sage Ihnen ganz offen, meine Vision der Rhein-Main-Region ist, dass wir zwischen finanziell wieder gestärkten Kommunen und dem Land nur noch eine Verwaltungsebene haben, nämlich die einer regionalen Organisation.

Jetzt könnten Sie Ihre Ziele verwirklichen, aber Sie setzen nicht einmal dazu an. Sie reden nicht einmal mehr darüber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man über Wirtschaftspolitik in Hessen und über die Rhein-Main-Region redet, dann muss man über den Flughafen sprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich sage, die Rhein-Main-Region ist das wirtschaftspolitische Herz Hessens, dann ist der Flughafen in Frankfurt der Herzmuskel.

(Widerspruch der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Recht hat er!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass sich der Flughafen weiter entwickeln kann. Wir Sozialdemokratin-

nen und Sozialdemokraten wollen, dass möglichst viele neue Arbeits- und Ausbildungsplätze am Frankfurter Flughafen entstehen. Wir wollen, dass der Flughafen ausgebaut wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aber auch um die Belastungen, denen die Menschen in der Region schon jetzt ausgesetzt sind. Wir wissen, dass den Menschen in der Region weitere Belastungen ohne zumindest gleichzeitige Entlastungen nicht mehr zugemutet werden dürfen. Und wir wissen, dass der Schlüssel zum Ausbau des Flughafens in den Ergebnissen des Mediationsverfahrens liegt und dabei insbesondere bei dem absoluten Nachtflugverbot.

Deshalb stehen wir wie Sie zu der Formel: Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot. Wir wissen aber auch, dass es ein Nachtflugverbot nur geben kann, wenn auch der Ausbau kommt.

Herr Wirtschaftsminister, das wird nicht einfach. Ihrem Vorgänger im Amt, Herrn Posch, habe ich einmal die mündliche Frage gestellt, wie das denn mit Schadensersatzforderungen aussieht – beispielsweise solchen der Lufthansa, der Post oder sonstiger Firmen, die im Vertrauen darauf Investitionen getätigt haben, dass sie rund um die Uhr fliegen dürfen. Herr Posch ist der Antwort auf diese Frage mehr oder weniger ausgewichen. Das habe ich zum damaligen Zeitpunkt sehr, sehr gut verstanden. Aber Sie werden dieser Frage schon kurzfristig nicht mehr ausweichen können. Wir befinden uns in den Vorbereitungen des Planfeststellungsverfahrens. Lufthansa und Deutsche Post haben angekündigt, Schadensersatzforderungen geltend machen zu wollen. Sie haben juristischen Widerstand angekündigt.

Diesen Problemen kann man nicht mehr ausweichen. Sie persönlich haben mit solchen komplexen Verfahren noch keine Erfahrungen. Sie haben noch nicht einmal die üblichen 100 Tage Schonfrist, denn im Prinzip befinden Sie sich bereits mitten in der Vorbereitung dieses Verfahrens. Es ist ihre Aufgabe, die Frage des Ausbaus und des Nachtflugverbots so verbindlich zu klären, dass die Entscheidung für das Nachtflugverbot unumkehrbar wird – gerichtsfest unumkehrbar und unabhängig von wechselnden Mehrheiten in diesem Parlament.

Ich denke, wir sind hier alle einer Meinung: Dies wird die schwierigste, aber auch die wichtigste Aufgabe, vor der Sie, Herr Wirtschaftsminister, in dieser Legislaturperiode stehen.

Der Hessische Ministerpräsident hat wieder den Aufsichtsratsvorsitz bei Fraport übernommen. Herr Ministerpräsident, damit haben Sie sozusagen eine Garantenstellung übernommen. Denn Sie sitzen jetzt an beiden Seiten des Tisches.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was gerade das Problem ist!)

Sie haben dafür eine Garantenstellung übernommen, dass dieser Flughafen ausgebaut wird, und dafür, dass dort mehr Arbeitsplätze entstehen. Sie haben auch eine Garantenstellung dafür, dass dieser Ausbau mit einem absoluten Nachtflugverbot in der bekannten Zeit einhergeht.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, das wissen Sie selbst: Wenn dies schief geht, dann ist dies ihr persönliches Scheitern in dieser zentralen wirtschaftspolitischen Frage in unserem Lande, da Sie auf beiden Seiten jeweils an der Spitze der Verantwortung stehen.

(Beifall bei der SPD)



Ich halte dies in der Tat für die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in unserem Lande. Deshalb sage ich es Ihnen zu: Wenn es darum geht, die Vorgaben des Mediationsverfahrens zu erfüllen, werden wir Sie unterstützen. Aber wir werden Sie auch ganz genau kontrollieren, ob sämtliche Vorgaben des Mediationsergebnisses tatsächlich erfüllt werden.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich möchte jetzt zum Bereich Soziales kommen. Die Sozialpolitik war in den letzten vier Jahren der Steinbruch der Landesregierung. Die Zahlen sprechen hier für sich.

Im ersten Jahr der Regierung Koch betrug der Etat des Sozialministeriums noch rund 755 Millionen €, mittlerweile sind es nur noch 580 Millionen €. Und ich glaube, man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass bei der zu erwartenden Haushaltssperre – wann immer sie kommt – der Sozialetat von dieser Landesregierung wieder zuallererst als Steinbruch benutzt wird.

Sie haben sehr lange über Ihr Programm „Fördern und Fordern“ gesprochen. Sie reden über dieses Fördern und Fordern und setzen sich das wirklich ehrgeizige Ziel, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger in unserem Land Hessen zu halbieren. – Okay. Nehmen wir dieses Ziel einmal für einen Moment ernst. Dann, Herr Ministerpräsident, müssen Sie sich zunächst um die Kinderbetreuung bei den ca. 20.000 allein erziehenden erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen kümmern. In einem nächsten Schritt müssen Sie dann für ca. 70.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

Ich sage nicht, das sei nicht möglich. Ich sage nur, eines ist klar – und das wissen Sie auch –: Das kostet zunächst Geld.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Das kostet zunächst sehr viel mehr Geld, als es die einfache Sozialhilfe ausmacht.

Herr Ministerpräsident, wir waren doch gemeinsam in Wisconsin. Ich war bei den Gesprächen dabei. Die dortige sehr nette Sozialministerin hat uns über ihr Programm berichtet. Sie sagte: Wir haben es geschafft, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger zu halbieren. – Aber wenn ich mich recht erinnere, sagte sie dazu: Das hat zunächst etwa das Doppelte der Kosten verursacht, die wir zuvor aufwenden mussten.

(Günter Rudolph (SPD): Das müssen Sie dazu sagen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch leicht verständlich. Kinderbetreuung kostet Geld, und Arbeit in unserem Land zu organisieren – und sei es gemeinnützige –, kostet ebenfalls Geld. Und hier komme ich, mit Verlaub, wieder zu unserem Hauptkritikpunkt an Ihrem Programm: Titel ohne Mittel. In diesem Programm ist nichts vorhanden, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, bei allem Respekt: Von Ihrer Formel „Fördern und Fordern“ bleibt nichts anderes übrig als das Fordern. Das haben wir an Ihrer ansonsten wirklich sehr staatstragenden Rede auch mitbekommen: Das Fordern wird genutzt, um populistische Kampagnen gegen – ich denke, das kann man deutlich sagen – die schwächsten Teile in unserer Gesellschaft zu organisieren. Da werden Sündenböcke gesucht.

Damit wir uns richtig verstehen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch, dass Missbrauch bei Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen hart bekämpft wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden es nicht dulden, dass Sie einen in den Folgen viel dramatischeren Sozialmissbrauch immer ausblenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialmissbrauch ist es nämlich auch, wenn man in diesem Lande gut und sicher lebt, seine Kinder auf gute Schulen und gebührenfreie Hochschulen schickt, aber nicht bereit ist, im Rahmen der Gesetze und der eigenen Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen. Auch das ist Sozialmissbrauch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede mehrfach auf das – und da gebe ich ihm Recht – jenseits der aktuellen Probleme der Globalisierung und der Wachstumsschwäche zentrale Problem des demographischen Wandels in unserem Land hingewiesen. Wenn man auf diesen demographischen Wandel hinweist, dann fällt der erste Blick auf die Jugend. Denn die Jugend ist die nächste Generation.

Wenn der Blick auf die Jugend fällt, dann ist es sinnvoll, im Regierungsprogramm einmal unter „Jugend“ nachzuschauen. Dort lesen wir, was diese Landesregierung der Jugend anzubieten hat. Unter Jugendpolitik steht dort:

Jugendpolitik ist Politik für die Zukunft.

Sehr gut. Und es geht weiter:

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität werden ausgebaut ... Wir werden dafür sorgen, dass in Hessen geschlossene Heime für delinquente Kinder und Jugendliche geschaffen werden.

Herr Wagner, das haben Sie hineingeschrieben. – Heranwachsende sollen zukünftig nach Erwachsenenstrafrecht behandelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Ministerpräsident, nach dem, was Sie in Ihrem Regierungsprogramm unter „Jugend“ geschrieben haben, können wir Ihre Jugendpolitik auf zwei einfache Begriffe zusammenfassen: Worthülsen und Handschellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade jetzt wäre es bitter notwendig, dass wir wirklich Politik für Jugendliche machen. Sie haben auf den Ausbildungsnotstand hingewiesen. Nach den aktuellen Zahlen des Landesarbeitsamtes werden fast 10.000 Ausbildungsplätze in Hessen fehlen: Auf knapp 12.000 unbesetzte Stellen kommen in unserem Lande mehr als 21.000 Bewerberinnen und Bewerber.

Herr Ministerpräsident, für diese Jugendlichen muss Ihr Slogan vom Erfolgsland Hessen doch geradezu zynisch klingen.

(Beifall bei der SPD)

Der Not gehorchend, planen Sie jetzt am 5. Mai einen runden Tisch für mehr Ausbildung. Das finde ich richtig, und dabei wünsche ich Ihnen im Interesse der Jugendlichen in unserem Lande viel Erfolg. Allerdings befürchten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach Ansicht dieses Regierungsprogramms, dass Sie es hier erneut nur bei Appellen an die Wirtschaft belassen.

Was wir aber brauchen, ist mehr als Appelle. Was wir brauchen, ist ein Programm, auch ein hessisches Programm, für mehr Ausbildungsplätze in unserem Land. Wenn Sie nicht wissen, wie das geht, dann schauen Sie einmal in das Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl. Da haben wir Ihnen eine ganze Menge aufgeschrieben, wie man Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen kann, jenseits von Programmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, alle müssen über die Grenzen gehen. Da haben Sie Recht, auch die Bundesebene muss über die Grenzen gehen. Wenn ich richtig informiert bin, hat das Kabinett in Berlin in den letzten Tagen beschlossen, dass die finanziellen Mittel zur Förderung von 100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bereitgestellt werden – dies in schwieriger finanzieller Situation. Nur, wenn wir es nicht tun, wird es auf Dauer teurer. Wenn wir jetzt nicht in die Ausbildung und Qualifikation der jungen Menschen investieren, wenn wir jetzt kein Geld in die Hand nehmen, um diese Leute zu qualifizieren, werden wir in wenigen Jahren schon weitaus höhere Folgekosten haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Gleichstellungspolitik haben Sie angesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ziel dieser Landesregierung ist die Gleichstellung von Mann und Frau.

(Zuruf von der SPD: Haha!)

– Das steht im Programm.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unter „Vision“?)

Wenn man sich im Kabinett umschaute, muss man sagen, Herr Koch, bei dem Regierungsprogramm ist Ihnen wirklich etwas durch die Lappen gegangen. Da hätten Sie einmal Kontrolle lesen müssen. Denn in dem Programm heißt es wirklich, und das ist jetzt Realsatire:

Da die gleichrangige Besetzung von Gremien mit Frauen und Männern nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist, werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Kompetenzen von Frauen bei der Besetzung von Gremien stärker berücksichtigt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie schauen mich zweifelnd an. Das ist Originaltext aus Ihrem Regierungsprogramm. Ich glaube tatsächlich, dass Sie bei einem solchen Kabinett – „männlich dominiert“ wäre noch zurückhaltend formuliert – solche Sätze besser nicht in ein Programm hineinschreiben sollten. Man muss sie nicht wirklich kommentieren. Man muss nur nach links und rechts schauen und kann sagen: In der Tat, dieses Programm hat an einer Stelle Recht, die gleichrangige Besetzung von Gremien mit Frauen und Männern ist noch ein großes Problem, an dem wir arbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vision 2015!)

Ich möchte zur Schulpolitik kommen. Sie versprechen in Ihrem Regierungsprogramm, dass Sie flächendeckend in Hessen Ganztagschulangebote unterbreiten wollen. Das ist gut; jedenfalls formal entspricht dies einem der zentralen Versprechen meiner Partei im Landtagswahlkampf. Dieses Versprechen können Sie nur deshalb machen – das ist die Wahrheit, das haben wir im Wahlkampf auch immer

gesagt –, weil die Bundesregierung in diesem Jahr und in den nächsten drei Jahren geschätzt um die 80 Millionen € dem Land Hessen zum Aufbau eines Ganztagschulsystems zur Verfügung stellt. Frau Kultusministerin, nach dem ganzen Hickhack, den Sie im Wahlkampf veranstaltet haben, was diese Bundesmittel angeht, hätten wir schon erwartet, dass Sie jetzt mit der absoluten Mehrheit ein bisschen lockerer sind. An dieser Stelle hätten Sie doch die rot-grüne Bundesregierung tatsächlich einmal loben können.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Diese 1 Milliarde € pro Jahr sind in der Tat kein Pappenstiel. Hier hätte die rot-grüne Bundesregierung es tatsächlich einmal verdient, dass sie gelobt wird, weil Ihnen das vieles einfacher macht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kultusministerin, die flächendeckende Einführung der Ganztagschulen habe ich jetzt gelobt; das ist gut. Was ich nicht loben kann, sind die Konzepte, die bei Ihnen hinter der Ganztagschule stehen. Denn bislang haben Sie Ganztagschule verstanden als Vormittagsschule plus möglicherweise Mittagessen und dann am Nachmittag zwei Stunden unter Aufsicht in der Schulbibliothek. Das ist, ganz zurückhaltend gesagt, ein Etikettenschwindel, und was viel schlimmer ist, es nützt den Schülerinnen und Schülern in unserem Land nichts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frau Kultusministerin ist nicht einverstanden mit dem, was ich sage. – Frau Kultusministerin, Sie glauben doch nicht wirklich, dass die zusätzliche Zuweisung einer halben Lehrerstelle aus einer Halbtagschule eine Ganztagschule macht. Das ist doch wirklich lächerlich, zu glauben, mit einer halben Lehrerstelle wird das eine Ganztagschule.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen auch Bildungsfortschritt bei der Landesregierung, was frühkindliche Bildung angeht. Im letzten Jahr haben SPD und FDP zeitgleich Vorstellungen für frühkindliche Bildung entwickelt. Die Reaktion der Union war, vorsichtig formuliert, eher zurückhaltend. Hier sehen wir mittlerweile auch, dass die Landesregierung zumindest die Notwendigkeit anerkennt; das ist richtig. Allerdings, das Grundproblem gilt auch hier: Ist Titel ohne Mittel. Durch wen und wie das finanziert werden soll, bleibt völlig schleierhaft.

Ein weiterer Bereich, wo wir Fortschritte sehen, sind die beruflichen Schulen. Dass diese zu Zentren lebensbegleitenden Lernens weiterentwickelt werden sollen, halten wir für richtig. Allerdings hätten Sie besser einmal bei Bernd Riege nachgesehen, was an Papieren vorhanden ist. Es reicht nicht, den beruflichen Schulen eine Perspektive anzubieten, irgendwann einmal mehr Autonomie zu bekommen, sondern die beruflichen Schulen brauchen jetzt sofort mehr Autonomie, um Handlungsfreiheit zu haben, um sich an regionalen Netzwerken zu beteiligen. Ebenfalls ganz wichtig: Die beruflichen Schulen brauchen jetzt ein Investitionsprogramm, um so modern ausgestattet zu werden, dass sie überhaupt die Zusammenarbeit mit diesen Ausbildungszentren der Wirtschaft organisieren können. Ohne diese zusätzliche Autonomie und ohne diese zusätzlichen Mittel können Sie berufliche Schulen

nennen, wie Sie wollen – Sie werden Ihre Ziele nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Aber der Kern der bildungspolitischen Debatte ist ein anderer. Der Kern der bildungspolitischen Debatte ist: Was steht an bildungspolitischen Grundsätzen hinter dem, was wir an Tagespolitik betreiben? Meine sehr verehrten Damen und Herren, da bin ich der festen Überzeugung, übrigens schon vor PISA, dass wir in unserem Land wieder eine Schulformdebatte brauchen. Wir müssen eine Debatte organisieren, auch in diesem Landtag, nicht nur über die quantitativen Voraussetzungen von Bildung, sondern auch über die qualitativen Voraussetzungen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Frau Kollegin Beer, ich weiß, dass das gefahrgeneigte Gelände ist. Da gibt es diese berühmten bildungspolitischen Schlachten der Siebzigerjahre, und da heißt es „Zwangsgesamtschule“ und „Griff in die sozialistische Mottenkiste“. Nur, da sind Sie bei mir absolut an der falschen Adresse.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Optimale Förderung des einzelnen Kindes!)

– Frau Wagner, ich komme als Jurist sozusagen aus einer bildungsferneren Schicht.

(Heiterkeit – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich auch!)

Mit mir können Sie keine Diskussion über Fachdidaktik führen. Bei dem Begriff „Kuschelpädagogik“ denke ich eher an einen Sexualstraftatbestand als an Bildungspolitik. Ich bin also sehr weit weg von diesen Diskussionen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wieso Straftat?)

Was ich aber sehr wohl glaube zu können, ist, mir objektive Ergebnisse dieser vergleichenden Tests anzuschauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wird es wieder ernst. Ganz objektiv: Länder mit integrativen Systemen, beispielsweise Finnland und Schweden, schneiden in den internationalen Tests besser ab als die Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das mag viele Gründe haben. Aber es lohnt sich, im Interesse unserer Kinder, sich das einmal genau anzuschauen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diese Debatte pragmatisch führen. Wir wollen diese Debatte eben nicht ideologisch führen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist neu!)

Wir befürchten allerdings, dass diese Debatte im Hessischen Landtag nach wie vor ideologisch geführt werden muss, weil die Hessen-Union – so ist zumindest mein Eindruck – nach wie vor ideologisch tief in den Schulkämpfen der Siebzigerjahre verhaftet ist

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und weil insbesondere die Frau Kultusministerin nach wie vor auf die möglichst frühzeitige, dann aber auch endgültige Auslese in der Bildungspolitik abstellt. Es ist doch ein völliger Unsinn: Nach diesen Vorstellungen soll quasi ein Tag im Leben einer Schülerin und eines Schülers der ganz

entscheidende Tag sein. Dieser Tag ist der letzte Schultag in der 4. Klasse. Jetzt zitiere ich wieder das Regierungsprogramm: An diesem letzten Schultag in der 4. Klasse wird „ein verbindliches Übergangsprofil in die 5. Klasse“ erstellt. Dann soll alles feststehen. Dann werden die Weichen gestellt, und es ist gut. – Liebe Frau Kultusministerin, mit diesen Vorstellungen aus den Siebzigerjahren werden Sie Ihre Vision der guten Schulen für das Jahr 2015 niemals erreichen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht ganz so, dass Sie das Problem nicht sehen. Sie versuchen auch eine Antwort darauf zu geben.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, ich befürchte, das ist die gleiche Antwort, die Sie auch geben. – Im Regierungsprogramm heißt es: die Stärkung der Hauptschulen. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung auch angesprochen, wie schwierig es ist, überhaupt die Qualifikation zu erreichen, um in eine duale Ausbildung zu kommen. Das ist auch richtig. Schauen Sie sich einmal die Entwicklung der beruflichen Bildung an. In den Achtzigerjahren sind die theoretischen Anforderungen enorm nach oben gegangen. Noch 1970 hatte die Ausbildungsverordnung für einen Betriebsschlosser zwei Seiten. Heute hat die Ausbildungsverordnung für einen Industriemechaniker über 100 Seiten. Da kommt der traditionelle Hauptschüler, die traditionelle Hauptschülerin nicht mehr mit.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass mit den Füßen abgestimmt wird. Es ist doch eine Tatsache, dass die Hauptschule trotz aller christdemokratischen Stärkungsversuche in den letzten Jahren immer schwächer geworden ist. Das liegt daran, dass alle Kinder, wo es irgendwie geht oder wo die Eltern ein Stück weit die Motivation mitbringen, versuchen, mindestens in die Realschule zu kommen.

Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Das ist eine ganz zentrale Frage, auf die Sie bislang noch keine Antwort gegeben haben. Die eine Möglichkeit ist, wir geben dem Elternwillen nach. Sie sagen, der Elternwille ist das Zentrale. Dann kommt ein für die Hauptschule empfohlenes Kind in die Realschule, weil die Eltern das wollen. Oder Sie bleiben bei dem verbindlichen Übergangsprofil in die fünfte Klasse. Dann müssen Sie dieses Kind entgegen dem Elternwillen in die Hauptschule zwingen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, beides geht nicht. Ich sage Ihnen: Sie müssen diese Fragen beantworten; diese Fragen werden in Ihrem System aber überhaupt nicht beantwortbar sein. Es gibt nämlich in Ihrer bildungspolitischen Ideologie auf diese Fragen überhaupt keine Antworten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft der Bildung liegt nicht in der Dreigliedrigkeit. Das zentrale Element einer zukünftigen Bildung und einer zukünftigen Schulform ist die Durchlässigkeit in alle Richtungen und bei allen Fächern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe vorhin gesagt, dass ich in der Fachdidaktik nicht besonders bewandert bin. Deshalb nenne ich ein weiteres Argument gegen die Dreigliedrigkeit, Herr Ministerpräsident, und zwar die Demographie. Sie sagen zu Recht, schon in wenigen Jahren wird es für die eine oder andere Firma schwierig sein, einen Auszubildenden zu finden, weil es weniger junge Menschen gibt. Sie beschreiben die Situation richtig. Hinzu kommt, dass die Anforderungen,



auch die formalen Anforderungen, an die jungen Menschen immer weiter steigen werden. Nach Schätzungen der Bund-Länder-Kommission, der auch Hessen angehört, wird die Anzahl der Hochschulabsolventen, die von der Industrie und der Wirtschaft nachgefragt wird, mittelfristig größer sein als die Anzahl derjenigen, die eine duale Ausbildung absolviert haben. Wenn wir also zum einen wissen, dass es immer weniger junge Menschen gibt, zum anderen die Anforderungen, die die Wirtschaft stellt, immer größer werden, dann ist es auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft und nicht nur der Chancengleichheit,

(Beifall bei der SPD)

dass wir möglichst alle möglichst weit mitnehmen und nicht, Frau Kultusministerin, nach der vierten Klasse einen ganzen Teil einfach liegen lassen. Das können wir uns auf Dauer auch ökonomisch in diesem Land nicht mehr leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung, auch in Ihrem Regierungsprogramm, sehr viele wohlklingende Titel. Man hat den Eindruck, es ist eine ganze lyrische Abteilung in der Staatskanzlei gegründet worden. Es geht um das Erfolgsland Hessen, das Sicherheitsland Hessen, das Bildungsland Hessen. Es wird über das Land der Tagesmütter geschrieben, bei einer Betreuungsquote von, ich glaube, 3,9 % momentan in Hessen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, all das mag in CDU-Wahlkampfveranstaltungen an der einen oder anderen Stelle für Beifall genügen. Im Hessischen Landtag – ich denke auch, was die Kontrolle Ihrer Politik angeht, das ureigenste Aufgabenfeld der Opposition – werden Ihnen diese Begriffe nicht wirklich etwas nützen.

Wir werden Sie nach Folgendem beurteilen: Wie sieht es aus mit dem Flughafen im Jahre 2006? Haben wir eine weitere Bahn? Haben wir zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze? Haben wir das Nachtflugverbot? Wie sieht es allgemein in den nächsten Jahren mit Ausbildungsplätzen aus? Wie entwickelt sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in unserem Land? Wie entwickelt sich das wirtschaftliche Wachstum? Herr Wirtschaftsminister, schaffen Sie es, unser Land wieder an die Spitze in Deutschland zu bringen, wo es hingehört, oder müssen wir im Mittelfeld verharren? Wie sieht es mit den Schulden aus? Wie sieht es mit diesen vier Wörtern, die ich nun drei Mal genannt habe, aus? Wie sieht es mit Personalausgaben aus, mit Versorgungslasten, mit Schulden und mit Zinsen? Denn diese vier Lasten wirken sich nicht in einem Jahr aus.

Aber angesichts des demographischen Wandels haben wir – Herr Ministerpräsident, rein rhetorisch bestreiten Sie das nicht – hier und jetzt die Verantwortung, dass unsere Generation die Probleme dieser Generation auch innerhalb dieser Generation löst und nicht auf die zukünftigen Generationen verschiebt. Danach werden wir Sie beurteilen. Herr Ministerpräsident, die zukünftigen Generationen haben schon jetzt genügend Backsteine im Rucksack. Wir dürfen ihnen nicht noch mehr Backsteine in den Rucksack legen. Deshalb ist eine der großen zentralen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Politik in unserem Land: Steuern Sie um, was die Finanzpolitik angeht. Die angekündigte Politik dieser Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht unser Land nicht stärker. Sie macht unser Land schwächer. Wir werden mit

Ihnen, Herr Ministerpräsident, im Interesse der Menschen in unserem Lande über die besseren Konzepte streiten, als harte aber faire Opposition, mit dem Ziel, diese Landesregierung in fünf Jahren abzulösen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich auf der Gästetribüne als Einzigen unserer ehemaligen Kollegen Herrn Heinrich Haupt sehr herzlich begrüßen. Seien Sie willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Franz Josef Jung das Wort.

#### **Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung zu Ihnen, Herr Kollege Walter, machen. Ich will zunächst das aufnehmen, was Sie positiv unterstützend zur Regierungserklärung gesagt haben, beispielsweise zu dem Frankfurter Flughafen, was ich ausdrücklich begrüße. Ich möchte aber auch festhalten, dass ich ansonsten entsprechende Alternativen der Opposition im Rahmen Ihres Redebeitrages vermisst habe. Wir haben die Regierungserklärung mit dem Titel überschrieben: „Verantwortung für heute – Visionen für morgen“. Wenn ich die Position der Hessen-SPD sehe, komme ich zu dem Schluss: „Verantwortung für gestern – Stillstand für heute“. Das ist die konkrete Konsequenz der Ausführungen, die ich von der SPD hier entgegennehme.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen. Herr Kollege Walter, Sie haben die Frage des finanziellen Rahmens angesprochen. Wir debattieren hier heute keinen Haushalt, sondern eine Regierungserklärung. Ich will trotzdem eine Bemerkung machen. Ich glaube, man darf Ursache und Wirkung in dem Zusammenhang nicht verkennen. Es war diese Landesregierung und damals noch ich in Person, die am 14. Juli 2000 gegen die verheerende Steuerreform der Bundesregierung gestimmt hat. Wir hatten im Jahre 2000 noch Einnahmen von 2,8 Milliarden € Körperschaftsteuer für das Land Hessen, also auf Deutsch 2.800 Millionen € Einnahmen. Das Ergebnis 2002 dieser Steuerreform war, dass wir 1,6 Milliarden € zurückgezahlt haben, also 1.600 Millionen €. Das ist eine Divergenz von 4,4 Milliarden €, und zwar nur durch falsche Entscheidungen der Bundesregierung und der SPD-regierten Länder, ohne eine einzige Maßnahme dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wenn ich schon über finanzielle Fragen rede, gehört Folgendes zur Wahrheit dazu. Diese Entscheidung war zum Schaden für dieses Land. An die Adresse des Bundesfinanzministers sage ich im Zusammenhang mit der Diskussion zum Stabilitätspakt, wenn er über die Verursachung spricht: Ich bin sehr wohl dafür, dann wollen wir aber sehr konkret über die Ursache sprechen. Eine entscheidende Ursache für die finanzielle Situation der Länder war diese falsche Entscheidung.

Lassen Sie mich einen zweiten Satz sagen. Wir liegen in der Entwicklung der Nettoneuverschuldung im Vergleich der Flächenländer wesentlich günstiger, insbesondere auf die alten Bundesländer bezogen. Wir haben im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen und zu Niedersachsen 1.000 € pro Kopf weniger.

Wir wissen um die finanzielle Situation, und wir werden alle Anstrengungen unternehmen, ihr im Rahmen des Haushalts auch gerecht zu werden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Aber wir debattieren heute über die Regierungserklärung, d. h. über die Themen, die wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam nach vorne bringen wollen. Deshalb möchte ich mich, angesichts unserer Verantwortung für die Finanzpolitik, jetzt diesen Fragen zuwenden.

Meine Damen und Herren, ich will zunächst meine Freude zum Ausdruck bringen, dass ich hier die Gelegenheit habe, für die größte Fraktion, die es im Hessischen Landtag je gegeben hat, zur Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Liebe Kollegin Hinz, ich sage das auch aus sehr persönlichen Gründen. Wer wie ich in einer Zeit, als die CDU 26 % der Wählerstimmen hatte und als es in Hessen noch andere absolute Mehrheiten gab, in die Junge Union eingetreten ist, wer dies alles miterlebt und teilweise auch mit durchlitten hat und dann am 2. Februar 2003 den Wählerauftrag bekommen hat, im Hessischen Landtag eine Partei zu repräsentieren, die die absolute Mehrheit erhalten hat, und die Verantwortung für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, der, glaube ich, kann mit einer Portion Freude und einer Portion Stolz an die Arbeit gehen. So verstehen wir auch unsere Regierungserklärung, über die wir heute gemeinsam debattieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auch für die Fraktion einen Dank an den Ministerpräsidenten und an die Landesregierung dafür aussprechen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er einen Oskar gekriegt?)

dass sie das im Wesentlichen von der Fraktion erarbeitete Regierungsprogramm, das wir in sehr ausführlichen Diskussionen gemeinsam beraten und dann einstimmig beschlossen haben, zur entscheidenden Grundlage der Regierungserklärung und der Arbeit für die nächsten fünf Jahre gemacht haben und dass es gelungen ist, einen neuen Weg der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Eine große Zahl der Bürgerinnen und Bürger ist nämlich unserer Einladung gefolgt, sich an der Diskussion dieses Regierungsprogramms zu beteiligen – teilweise haben sie heute an der Debatte teilgenommen –, und es haben viele Anregungen in dieses Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre Eingang gefunden. Ich finde, das ist ein guter Beginn der Kooperation und Kommunikation zwischen Bürgern und Politik. Das wollen wir in Zukunft auch so fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich gesagt habe, dass wir am 2. Februar von den Bürgerinnen und Bürger einen großen Vertrauensbeweis erhalten haben, meine ich damit auch, dass es unsere Auf-

gabe und zugleich unsere Verpflichtung ist, diesem Auftrag gerecht zu werden. Dies wurde in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten deutlich.

Ich will aber noch einmal unterstreichen, dass wir die Aussagen, die wir vor der Wahl gemacht haben, im Rahmen des Regierungsprogramms jetzt Punkt für Punkt umsetzen. Das war, auch in der Wahlauseinandersetzung, der große Unterschied zur Bundespolitik. „Versprochen und gehalten“ – das galt und gilt für diese Landesregierung und für uns. Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, werden wir nach der Wahl auch umsetzen. Das hat etwas mit der Glaubwürdigkeit der Politik und dem Vertrauen in die Politik zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die zentralen Bereiche, wie die Bildungspolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, die innere Sicherheit, die Familienpolitik, die Bewahrung der Schöpfung und die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land, aufnehmen und so fortentwickeln, wie wir es dargelegt haben.

Meine Damen und Herren, das, was wir tun, beruht auf unseren politischen Grundüberzeugungen und unserer Wertorientierung in der Politik. Wir machen Politik auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes. Unsere Wertorientierung umfasst drei Grundelemente: das christlich-soziale Element, das liberale Element und das konservative Element. Auf diesen Pfeilern beruht auch diese Regierungserklärung. Ich glaube, dass wir in Zukunft über die Wertorientierung in Politik und Gesellschaft wieder offensiver diskutieren sollten, weil wir nur, wenn wir auf dieser Grundlage handeln, zu einer positiven Entwicklung in unserer Gesellschaft – in unserem Land – kommen.

Aber man kann nicht bestreiten, dass wir ohne einen Rahmen, den teilweise auch die Bundespolitik setzt, z. B. bei der Arbeitsplatzentwicklung nicht erfolgreich sein werden. Ich will ein konkretes Beispiel nennen. Hessen hat, was die bundesweite Entwicklung angeht, den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Der Wahlkampf ist vorbei, holen Sie neue Statistiken heraus!)

Beispiel Jugendarbeitslosigkeit: In den anderen alten Bundesländern liegt sie bei 8 %; bei uns dagegen liegt sie bei 7 %. Aber das alles kann uns nicht zufrieden stellen, weil die Weichen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im Wesentlichen von der Bundespolitik gestellt werden. Deswegen gilt auch nach der Wahl der Satz, den wir schon vor der Wahl gesagt haben: Rot-Grün braucht Kontrolle.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit in unserem Land Impulse für Wachstum und Beschäftigung gegeben werden können. Die Wahrheit ist: Rot-Grün löst kein Problem in Deutschland, sondern Rot-Grün ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wäre eine neue Bundesregierung das beste Konjunkturprogramm, damit es in unserem Land die entsprechenden Impulse für Wachstum und Beschäftigung gibt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Kollege Walter hat zwar nicht darauf hingewiesen, aber manchmal hat man den Eindruck, dass die hessische SPD stärker gegen den derzeitigen Bundeskanzler als gegen den Ministerpräsidenten kämpft. Wenn ich mir anhöre, wie sich der eine oder andere zu bestimmten Positionen äußert: Sie haben von notwendigen Veränderungen gesprochen; da stimme ich Ihnen zu. Aber es war doch wohl der Bundeskanzler, der gesagt hat: Die „Ypsilantis“ können nicht die Politik bestimmen.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie vorhin nicht zugehört?)

– Ich habe keinen Sonderparteitag beantragt.

(Volker Hoff (CDU), an die SPD gewandt: Wer war denn das? Erklärt das einmal!)

Was die Erklärung des Bundeskanzlers am 14. März betrifft: Herr Gabriel hat zu Recht formuliert, dass sie ein erster Schritt sei. Es müssen noch wesentlich mehr Veränderungen herbeigeführt werden. Deshalb ist die hessische SPD auf dem falschen Weg. Wir brauchen keine weiteren Belastungen der Menschen in Deutschland, sondern wir brauchen Entlastungen und Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Das ist der richtige Weg, den wir beschreiten sollten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Herr Walter, wir wissen doch durch die Prognosen, dass wir auf eine Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen zusteuern. Das ist die unsozialste Politik in Deutschland. Das kann im Grunde genommen niemanden von uns ruhig lassen. Deshalb ist der Weg richtig, den beispielsweise der Ministerpräsident gegangen ist, indem er im Vermittlungsausschuss gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten vereinbart hat, dass die von Ihnen geplanten über 40 Steuererhöhungen vom Tisch kommen, dass es eine Korrektur an der Körperschaftsteuer gibt, dass wir aber keine weiteren Belastungen bei der Eigenheimzulage, bei der Dienstwagenbesteuerung und in der Landwirtschaft erlassen – also Belastungen in Höhe von über 17 Milliarden Ä. Deshalb sind wir unserem Ministerpräsidenten dankbar, dass er diesen Kompromiss im Bundesrat erreichen konnte.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir wollen den Ministerpräsidenten dabei unterstützen, diesen Weg fortzusetzen, auch wenn es z. B. um konkrete Maßnahmen – selbst um Kürzungen – bei den Subventionen geht. Wir müssen nämlich auch in diesem Bereich endlich einmal einen Schritt nach vorne machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Ich habe immer gedacht, Subventionsabbau ist Steuererhöhung!)

Wir brauchen Veränderungen. Wer Verbesserungen herbeiführen will, muss diesen Weg gehen. Wir werden in der Bundespolitik unseren Beitrag dazu leisten.

Aber wenn wir von Rahmenbedingungen sprechen – lassen Sie mich diesen letzten Gedanken dazu äußern –, bedeutet das, dass wir selbstverständlich auch Impulse und Anreize für die Arbeit in Deutschland brauchen. Hierzu haben wir im Bundesrat Initiativen eingebracht. Diese sind von Ihnen bisher blockiert worden.

Ich kann nur sagen: Hören Sie auf, derartige Maßnahmen zu blockieren. Geben Sie uns die Chance, in Hessen das umzusetzen, was die Sozialministerin entsprechend begründet hat, nämlich die Möglichkeit, durch das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe mithilfe einer Experimentierklausel zu zeigen, dass man hier mehr Arbeitsplätze schaffen kann. Keine Leistung ohne Gegenleistung – dieses Grundprinzip muss auch im System der Sozialhilfe wieder gelten.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge auch hinzu: Wer noch Rahmenbedingungen zulässt, die dazu führen, dass in Deutschland das Nichtarbeiten lohnender ist als das Arbeiten, geht einen falschen Weg. Wir brauchen Veränderungen und mehr Anreize zur Aufnahme von Arbeit, damit wir keinen Weg gehen, der zu 5 Millionen Arbeitslosen führt. Vielmehr müssen wir einen Weg gehen, der dazu führt, dass die Menschen wieder in Lohn und Brot kommen. Hierzu bedarf es einer Veränderung der Bundespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir zu Arbeitsplätzen in Hessen Ja sagen, gehört dazu selbstverständlich auch, dass wir zu Verkehrsinfrastrukturentwicklungen, wie wir sie im Regierungsprogramm formuliert haben, Ja sagen.

Von den Ost-West-Verbindungen, beispielsweise der A 44, der A 49, über andere Verbindungsbereiche bis zu der Tatsache, dass heute der Stau, der zwischen Wiesbaden und Frankfurt immer wieder stattfindet, der noch durch Rot-Grün begründet ist, weil damals der Ausbau auf dreistufig nicht umgesetzt worden ist – das nehmen wir jetzt in Angriff. Das hat auch etwas damit zu tun, Staus zu beseitigen und nicht ideologische Politik, wie es damals Rot-Grün hier gemacht hat, weiter fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Walter, weil Sie etwas zum Flughafen gesagt haben, will ich hier nur eines unterstreichen. Wir haben vor, dass wir in dieser Legislaturperiode die Planung realisieren, dass auf der neuen Bahn Landungen stattfinden können.

Es wird mir zu wenig darüber gesprochen, dass beispielsweise auch in der Mediation formuliert worden ist, dies sei eine Chance für 100.000 bis 150.000 Arbeitsplätze in Hessen. Ich nehme die untere Zahl der Mediation. Ich frage: Welche Regierung, welche Großunternehmung hat die Chance, über die Frage von 100.000 Arbeitsplätzen in der Zukunft eine positive Entscheidung zu treffen?

Deshalb kann ich nur sagen: Wer heute wie die GRÜNEN immer noch Nein zum Flughafen sagt, der ist völlig im Abseits, der schadet der Arbeitsplatzentwicklung in unserem Land. Deshalb wollen wir gemeinsam diesen Weg gehen, den Frankfurter Flughafen weiter auszubauen, den Lärmschutz, das Nachtflugverbot auf der Grundlage der Mediation einzuführen, um so eine positive Entwicklung in unserem Lande auch im Bereich der Arbeitsplätze zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben noch an den Osterhasen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir im Grundsatz ein paar Themen im Bundesverkehrswegeplan begrüßt haben, dann will ich nur sagen: Für uns gehört auch die nordhessische Region dazu. Für uns gehört auch der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden dazu.



Ich halte es für einen falschen Schritt, wenn jetzt die Bundesregierung im Bundesverkehrswegeplan gerade einmal die Ortsumgehung Calden aus ihre Planung herausnimmt. Dies ist nicht ein vernünftiges Signal für die nordhessische Region, für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von entsprechendem Lärm.

Wir brauchen in Zukunft erstens den Flughafen Kassel-Calden, aber zweitens auch die Ortsumgehung. Ich fordere die Bundesregierung auf, diese entsprechend einzubeziehen, weil es sonst das falsche Signal für die nordhessische Region ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, bei den Arbeitsplätzen gilt unser Hauptaugenmerk dem Bereich, der zurzeit aus meiner Sicht den größten Einbruch erleidet, wenn wir über 40.000 Insolvenzen sprechen, die in Deutschland zu verzeichnen sind. Der Mittelstand ist der Bereich, der zu 70 % die Arbeitsplätze und zu 80 % die Ausbildungsplätze schafft. Er ist zurzeit durch Rahmenbedingungen, die anders gesetzt worden sind, in einer mehr als schwierigen Situation.

Wir wollen dort zusätzlich helfen, auch durch Absicherung mit Krediten und Bürgschaften, auch durch Existenzgründungsmaßnahmen, weil wir im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, aber auch im Hinblick auf die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in unserem Lande einen gesunden Mittelstand brauchen. Deshalb wollen wir diesen auch fördern, um in dieser Richtung weiterzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich stichpunktartig noch zu einem Themenbereich Stellung nehmen, der schon vom Ministerpräsidenten angesprochen worden ist, der ein Schwerpunkt unserer Arbeit und in der Bildungspolitik zu sehen ist. Bildung und gute Bildung sind Grundlage für eine gute Arbeit in der Zukunft. Ich glaube, der Satz des französischen Schriftstellers Saint-Exupéry, der einmal formuliert hat: „Die Zukunft eines Landes beginnt nicht in den Fabrikhallen, sondern in den Klassenzimmern“, ist richtiger denn je in unserer heutigen Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um in der Bildungspolitik in Hessen nach vorne zu kommen, um sozusagen „ausgebildet in Hessen“ zum Markenzeichen zu machen.

Zu dem, was wir mit der Unterrichtsgarantie erreicht haben – 100.000 Unterrichtsstunden sind bei Ihnen ausgefallen; fast 3.000 Lehrer haben wir eingestellt –, sagen wir jetzt: noch zusätzlich 500 Lehrerinnen und Lehrer, die wir einstellen wollen, um hier einen weiteren Akzent zu setzen im Rahmen der Unterrichtsgarantie plus – wenn also Ausfälle durch Krankheit entstehen, im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit, wenn es um die vernünftige Verkürzung der Schulzeit bis zum Hessenabitur auf zwölf Jahre geht.

Herr Kollege Walter, über Qualitätsgarantie haben Sie kein Wort verloren. Sie haben wieder alte Diskussionen über unsere Schulformen begonnen. Ich hatte gehofft, dass wir aus dieser, aus meiner Sicht falschen, teilweise sehr ideologisch geführten Diskussion mittlerweile herausgekommen sind.

Wenn ich über Qualitätsförderung spreche, dann gehört an erster Stelle dazu, alle Anstrengungen zu unterneh-

men, dass die Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise in die Grundschule gehen, die deutsche Sprache sprechen und verstehen können. Deshalb sind die Anstrengungen vorher, die entsprechenden Förderkurse einzurichten.

Das sind mittlerweile, wenn ich es richtig sehe, über 580 Förderkurse, die wir in Hessen eingerichtet haben. Sie sind notwendig, um Qualität in der Schule zu erreichen, damit die Kinder, die in die Schule gehen, auch die deutsche Sprache beherrschen, verstehen, schreiben und lesen können. Das ist die Grundvoraussetzung für die qualitative Entwicklung in unserem schulischen Bereich.

Meine Damen und Herren, das lässt sich im Hinblick auf die Einführung der Standards fortsetzen, im Hinblick auf die Frage der Verbindung von Kindergarten und Schule. Ich denke, es gehört dazu, dass die Frage der Lehrerbildung auch ein wichtiger Bereich ist, der in Zukunft weiter fortentwickelt werden muss.

Wir haben zu Recht deutlich gemacht, dass der Satz, den der Bundeskanzler einmal formuliert hat – „die Lehrer sind faule Säcke“ –, auf unseren schärfsten Widerstand stößt. Wir brauchen gut motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die die Unterstützung der politisch Verantwortlichen erfahren, weil sie eine wichtige Zukunftsaufgabe wahrnehmen, nämlich die Ausbildung der jungen Generation.

Dies ist eine wichtige Zukunftsfrage. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen so schaffen, dass wir politisch diese schwierige Arbeit positiv unterstützen und begleiten, um so zu einer positiven Motivation in unseren Schulen insgesamt zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist bezeichnend, dass Kollege Walter kein einziges Wort zur Frage der Begabtenförderung verloren hat.

(Clemens Reif (CDU): Was hat der überhaupt gesagt?)

Im Zusammenhang mit dem Wahlprogramm war es für mich bezeichnend, dass die SPD gesagt hat, sie wolle in der Frage der Begabtenförderung die Planungen, die zur Einführung der Schule am Hansenberg für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler bestehen, sofort stoppen, wenn sie an der Regierung sei.

Zum Glück haben die Wählerinnen und Wähler anders entschieden. Wenn wir über Forderung und Förderung reden, dann brauchen wir die Förderschule, dann brauchen wir die Hauptschule, dann brauchen wir die Realschule und die Gymnasien. Aber wir brauchen auch für die besonders begabten Schülerinnen und Schüler eine entsprechende Schule, die ihren Begabungen gerecht wird, um zu exzellenten Ausbildungen und Abschlüssen zu kommen. Auch das ist der richtige Weg. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für den universitären Bereich, wo wir die Autonomie der Hochschulen stärken wollen, wo wir den Wettbewerb innerhalb der Universitäten forcieren wollen, wo wir beispielsweise bei den Hochschulen den Hochtechnologiestandort Kassel fortentwickeln wollen, wo wir die Eignungsauswahl der Studierenden durch die Hochschule selbst ermöglichen wollen, um von dieser zentralen Vergabesituation wegzukommen.

(Michael Siebel (SPD): Warum machen Sie es denn nicht?)

Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass wir darüber reden, dass diejenigen, die die Regelstudienzeit um die Hälfte überschreiten, dann auch einen Obolus dafür bezahlen, weil nicht einzusehen ist, dass Steuermittel für eine derartig lange Inanspruchnahme der Studienzeit eingesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich von der Schul- und Bildungspolitik und vorhin von der Wertorientierung gesprochen habe, dann gilt für uns auch – ich habe gesagt, wir machen Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes –, dass beispielsweise in der Schule der Religionsunterricht Vorrang vor dem Ethikunterricht hat. Wir halten etwas davon, dass in der Schule entsprechende Wertevermittlung weiterhin erfolgt.

Ich denke, wir sollten gerade in dieser Auseinandersetzung klar und deutlich Ja zu einer solchen Entscheidung sagen. Denn ich glaube, unsere Gesellschaft würde entscheidend ärmer, wenn wir davon abließen. Dies gilt beispielsweise auch, wenn wir auf die Wertvermittlung in den Schulen im Rahmen des Religionsunterrichts verzichten würden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal Folgendes unterstreichen. Aus unserer Sicht wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Gesellschaft auch in Zukunft notwendig und geboten sein. Wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft. Deshalb haben wir den Versicherungsschutz für die Ehrenamtlichen eingeführt. Deshalb haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass im Zeugnis ausgewiesen werden kann, dass sich ein Jugendlicher ehrenamtlich engagiert hat. Das kann damit als Qualifikationsmerkmal hervorgehoben werden. Deshalb hat es unsere Bemühungen für den ehrenamtlichen Bereich gegeben, die teilweise nicht einsehbare Belastung mit den Gebühren der GEMA abzuschaffen. Bei der Feuerwehr müssen die Altlasten beseitigt werden, die Rot-Grün hinterlassen hat. So viel möchte ich damit zur finanziellen Verantwortung sagen. Mit weiteren 5 Millionen € werden wir in einer Kraftanstrengung diese „Erblast“ abtragen, um das Engagement in der freiwilligen Feuerwehr in unserem Land auch in Zukunft zu fördern und zu unterstützen. Das ist ehrenamtliche Tätigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine moderne Bürgergesellschaft verlangt ein neues Bürgerbewusstsein. Ich finde, teilweise haben wir das gespürt. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern haben wir in unserem Land ein größeres ehrenamtliches Engagement. Beispielsweise konnte man im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung sehen, dass sich 28.000 Bürgerinnen und Bürger bereit erklärt haben, sich für den –

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Über 30.000 waren es!)

– Der Präsident des Landessportbundes Hessen korrigiert mich zu Recht. Es waren über 30.000 Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig gemeldet haben, ihren Beitrag zu leisten. Sie wollten sich derartig engagieren. Ich glaube, es wäre richtig, diese Bereitschaft der Mitbürgerinnen und Mitbürger in Zukunft für sportliche Aktivitäten zu nutzen, um das entsprechend umzusetzen. Denn gerade beim Sport gibt es ein großes ehrenamtliches Engagement. Wir sind auf die Ehrenamtlichen im sportlichen Bereich angewiesen, um auch in Zukunft in Hessen eine positive Entwicklung feststellen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, eine zentrale Aufgabe in unserer Politik muss es auch sein, die Familie wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und des demokratischen Staates. Wir müssen und wollen da die Rahmenbedingungen verbessern und verändern. Ich sage auch: Die staatliche Gleichstellung der Familie mit anderen Lebensformen halten wir für den falschen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den verschiedensten Bereichen ermöglichen. Dass wir Ja zum Kind sagen, soll deutlich und Realität werden. Wir wollen aber nicht die „Lufthoheit über den Kinderbetten“. Diese Formulierung stammt von dem Generalsekretär der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Erziehung bleibt zunächst die vornehmste und wichtigste Aufgabe der Eltern. Wir wollen aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen. Deswegen wollen wir Angebote bei der Betreuung, etwa mit dem Modell der Tagesmütter oder der betreuenden Grundschule, schaffen. Beispielsweise wollen wir das Angebot der freiwilligen Ganztagschule. Unser Ziel ist es, dass es am Ende dieser Legislaturperiode Ganztagsangebote in erreichbarer Nähe auf freiwilliger Grundlage für die Kinder der Bürgerinnen und Bürger Hessens gibt. Es soll also eine konkrete Realisierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben. Das soll ermöglicht werden.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Hessen zum kinderfreundlichsten Land zu machen. Dazu gehört nicht nur, dass wir zu der Familie und den Kindern Ja sagen. Vielmehr räumen wir den Familien mit Kindern Vorrang im öffentlichen Leben ein. Das ist ein Stück weit schon eine Überlebensstrategie: Wir unternehmen alle Anstrengungen, um die Familie auch hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen wieder mehr in den Blickpunkt der Politik zu rücken. Die Familie muss hier wieder Schwerpunkt werden, und ihr muss dabei wieder mehr Bedeutung zukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der dritte Bereich, zu dem wir Formulierungen getroffen haben, betrifft ein Thema, das eigentlich zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört. Es geht dabei um die Frage des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger, um die Schutzfunktion des Staates, also um die innere Sicherheit. Freiheit und Sicherheit gehören unserer Ansicht nach zusammen. Hessen soll zum Sicherheitsland Nummer eins werden. Wir wollen nicht mehr, dass es so ist, wie es in der Zeit der rot-grünen Regierung war. Damals war Hessen sozusagen der Anziehungspunkt für Straftäter. Vielmehr sollen die Straftäter Hessen meiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

– Sehr geehrter Herr Kollege Al-Wazir, ich habe das sehr oft erlebt. Ich habe in meiner Praxis als Anwalt sehr oft erlebt, dass das, was ich formuliert habe, die Wahrheit war. – Deshalb sage ich: Wir brauchen einen Ausbau der Videoüberwachungsanlagen. Wir brauchen weiterhin eine Kriminalprävention in unserem Land. Die wollen wir forcieren. Wir wollen den freiwilligen Polizeidienst weiterentwickeln. Wir wollen die Wachpolizei als dritte Säule etablieren. Das alles sind Maßnahmen, die zur inneren Sicherheit beitragen werden. Wir werden aber auch in die-

sem Bereich unsere Verantwortung auf Bundesebene wahrnehmen. Ich spreche damit jetzt bewusst das Thema an, das in den nächsten Wochen anstehen wird. Das sind nämlich die Fragestellung des Zuwanderungsgesetzes und die Folgewirkungen, die dieses Gesetz dann haben wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass dieses Gesetz verfassungswidrig ist. Ich halte es nicht für richtig, dass die Bundesregierung im Grunde genommen dann das gleiche Gesetz, das so beurteilt wurde, ohne jegliche Änderung dem Bundesrat wieder vorlegt.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU)  
– Zuruf von der SPD)

Konkret geändert werden muss folgende Tatsache: Aus unserer Sicht muss beispielsweise der begründete Verdacht, jemand sei islamistischer Extremist und Mitglied einer terroristischen Vereinigung, ein Ausweisungstatbestand sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe damals für die Hessische Landesregierung beantragt, dass auch Straftäter, die zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurden, unter den Tatbestand der Ausweisung fallen. Das ist damals von der SPD mit Mehrheit abgelehnt worden.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Frank Gotthardt (CDU): So sind sie!)

Es wurden drei Jahre Freiheitsstrafe als Ausweisungstatbestand festgelegt. Ich finde, wer zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt worden ist, hat sein Gastrecht verwirkt und gehört ausgewiesen. Auch das sage ich hier klar und deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Das gehört zur inneren Sicherheit. Deshalb rede ich über solche Tatbestände.

Da ich zu Fragen der inneren Sicherheit gesprochen habe, möchte ich jetzt noch zwei weitere Aspekte ansprechen. Zum einen betrifft dies die Frage, die sich mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ überschreiben lässt. Lieber Herr Kollege Walter, hier haben Sie nur sehr kurz zitiert. Sie wissen ganz genau, dass hinsichtlich der Jugendpolitik mehr im Regierungsprogramm steht. Da geht es nicht nur um die Jugendparlamente und das Projekt „Jugend meets Politik“. Vielmehr wird dort auch sehr konkret die Frage angesprochen, ob ein Pflichtjahr für die junge Generation eingeführt werden soll.

Ich sage Ihnen, wir sind der Auffassung, dass das etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Man muss sich einmal ansehen, wer heute noch im Rahmen der Wehrpflicht herangezogen wird. Es ist nicht sozial gerecht, dass im Grunde genommen nur der eine Teil der jungen Generation seinen Dienst im Rahmen der Wehrpflicht ableistet, während der andere Teil nicht zur Ableistung einer allgemeinen Dienstpflicht herangezogen wird. Das gilt auch für andere Bereiche. Wir brauchen auch im Zivildienst entsprechendes Engagement der jüngeren Generation. Wir sind der Meinung, wir sollten ein soziales Pflichtjahr einführen. Dies würde der Wehrgerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit dienen. Dies würde auch der allgemeinen positiven Entwicklung der jungen Generation dienen. Deshalb wollen wir mit unseren Aktivitäten und unserer Initiative für die Schaffung eines solchen sozialen Pflichtjahres eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit muss auch an anderen Dingen konkretisiert werden. Auch da haben wir auf Bundesebene Verantwortung. Herr Walter, vielleicht stimmen Sie mir da sogar zu. Ich stelle die Formulierung auf, dass es nicht sozial gerecht ist, dass beispielsweise diejenigen, die in die Krankenversicherung überhaupt nichts einzahlen, beim Arzt besser behandelt werden als diejenigen Arbeitnehmer, die redlich und monatlich ihre Verpflichtungen erfüllen und ihren Krankenversicherungsbeitrag leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das gehört zur Gerechtigkeit.

(Jürgen May (SPD): Konsequenzen?)

Meine Damen und Herren, beim Thema soziale Gerechtigkeit hat der Ministerpräsident auf den Behindertenbeauftragten hingewiesen. Er hat zu Recht unterstrichen, dass Herr Rinn aus unserer Sicht eine sehr positive Arbeit leistet. Dann gehört es aber auch dazu, dass wir das Aufgabengebiet des Behindertenbeauftragten auf alle Menschen mit Behinderungen in Hessen ausdehnen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Im Wahlkampf 1999 hat die Frage der Integration eine besondere Rolle gespielt. Es ist bezeichnend, dass der Kollege Walter diesem Thema heute keine einzige Bemerkung zugewandt hat, wenn ich das richtig gesehen habe. Aber wir werden unseren Weg der Integration, den wir dort begonnen haben und den uns niemand so recht zuge-  
traut hat, positiv fortsetzen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung von Parallelgesellschaften ist der falsche Weg einer friedlichen Entwicklung der Gesellschaft. Wir brauchen die Integration, und die Voraussetzung für Integration ist beispielsweise die Beherrschung der deutschen Sprache. Deshalb wollen wir unseren Weg der Integration der ausländischen Mitbürger entsprechend positiv, wie wir ihn begonnen haben, fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Integration auch der Spätaussiedler ist ein wichtiger Punkt. Diese Aufgabe nimmt weiterhin unser früherer Kollege Rudi Friedrich für die Landesregierung positiv wahr. Ich will deshalb auch sagen: Wir haben in unserem Land immerhin fast 30 % Vertriebene aufgenommen. Dadurch haben wir insgesamt eine Bereicherung erfahren. In der letzten Legislaturperiode haben wir diesbezüglich erhebliche Anstrengungen unternommen, und wir wollen dafür sorgen, dass beispielsweise der 5. August, der das Datum der Charta der Vertriebenen darstellt – aus meiner Sicht eine der größten friedlichen Botschaften, die 1950 formuliert wurde, als man im Grunde auf Rache und Vergeltung verzichtet hat, nachdem man ein solches Schicksal erlebt hat –, zum nationalen Gedenktag erhoben wird. Das wollen wir unterstützen, und dies haben wir ebenfalls in unserem Regierungsprogramm formuliert und festgehalten.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört auch, dass wir gemeinsam mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung das Zentrum der Vertreibung entsprechend unterstützen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu dem Bereich, den ich mit den Worten „Die Schöpfung bewahren“ beschrieben habe, ein paar Akzente setzen. Wir haben die Umweltallianz begonnen, die wir entsprechend positiv fortentwickeln wollen. Wir setzen auf Kooperation



statt Konfrontation. Beim Vertragsnaturschutz haben wir positive Akzente gesetzt, die weiter fortgesetzt werden. Zum Thema Nationalpark Kellerwald hat der Ministerpräsident Stellung genommen.

Lassen Sie mich nur sagen, dass wir auch formuliert haben, dass wir beispielsweise den Anteil der erneuerbaren Energien auf 15 % ausweiten wollen, im Bereich der Bio-rohstoffe, und hier einen entsprechenden Akzent für eine positive Entwicklung in unserem Land setzen wollen.

Außerdem wollen wir die Aktion „Sauberhaftes Hessen“ fortsetzen. Das ist eine wichtige Aktion, die teilweise auch in die Schulen hineingeht, um die junge Generation zu erreichen. Schließlich muss man feststellen, wo überall welche Kippen hingeworfen werden, wie Autobahnzu- und -abfahrten aussehen. Da ist es notwendig, in der Bevölkerung ein Bewusstsein zu entwickeln, dass wir uns gegenseitig schaden, wenn wir uns so verhalten. Wir brauchen auch hier ein anderes Bewusstsein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir hatten einmal formuliert, dass man im Rhein wieder schwimmen können soll. Wir sind mittlerweile in der Situation, dass wir dort nicht nur die entsprechenden Fischarten haben, sondern dass man das tatsächlich wieder kann. Das empfinde ich ebenfalls als eine positive Entwicklung, die man fortsetzen sollte;

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das hat alles der Dietzel gemacht?)

denn ich glaube, dass wir hier eine positive Entwicklung in unserem Land insgesamt bewirkt haben und ein entsprechendes Ziel erreichen, das wir weiter ausbauen wollen.

Wenn wir den Verbraucherschutz nun in das Ministerium für Umwelt und ländlichen Raum hineinnehmen, dann wird damit deutlich, dass wir wichtige und entscheidende Produkte aus unserer Region entsprechend positiv vermarkten. „Gutes aus Hessen“ ist ein Markenzeichen, das wir in den Rahmenbedingungen fortentwickeln wollen, auch im Hinblick auf unsere Landwirtschaft, sodass die landwirtschaftlichen Produkte sich dort entsprechend durchsetzen.

Meine Damen und Herren, wenn wir sonst immer sagen, wir wollen zur Spitze in Deutschland werden, dann kann ich mir nicht verkneifen zu sagen: Wir haben ein Produkt, mit dem sind wir nicht nur in der Spitze in Deutschland und Europa, sondern in der Spitze in der Welt, das ist der Rheingauer Riesling. Den wollen wir auch entsprechend fördern.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu gehört auch der Wein der hessischen Bergstraße.

Ich sage auch: Mit den Staatsweingütern haben wir das größte Weingut in Deutschland. Wir haben hervorragende Qualitäten. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass ein solches Weingut nicht auch entsprechend positive, also schwarze Zahlen entwickelt. Rote Zahlen waren offensichtlich Ihre Philosophie. Dies wollen wir verändern. Wir haben das größte Weingut, wir wollen die beste Qualität des Weins, aber wir wollen auch finanzielle Rahmenbedingungen, die den Bürger vom Steuerzahlen für ein solches Weingut entlasten.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Walter, wenn Sie die Entbürokratisierung und die Kostensituation angesprochen haben, dann will

ich hierzu nur zwei Sätze sagen. Wir haben erstens die Gesetze und Verordnungen auf fünf Jahre befristet und wollen diesen Weg fortsetzen, um zu entsprechenden Überprüfungen zu kommen.

Zweitens wollen wir weiterhin Personalkosten reduzieren. Herr Kollege Walter, offensichtlich ist diese Zahl an Ihnen vorbeigegangen. Wir haben über 700 Millionen € durch Personalkostenreduzierungen eingespart, die wir durch Entbürokratisierung, durch vernünftige Reformen umgesetzt haben. Auch diesen Weg müssen wir weiter fortsetzen. Denn wenn wir 500 neue Lehrer wollen, dann brauchen wir in anderen Bereichen vernünftige Entbürokratisierung und Reduzierungen, um den finanziellen Rahmen für die Einstellung von 500 neuen Lehrern zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Kommunalisierung des staatlichen Landrats, um Parallelverwaltungen zu vermeiden. Die Verantwortung der staatlichen Politik bleibt zwar erhalten, aber im Kommunalisieren des staatlichen Landrats liegt eine große Chance zur Schaffung von Synergieeffekten bei den Personalkosten.

Wir wollen, dass die staatlichen Aufgaben, wo möglich, vom Regierungspräsidenten auf die kommunale Ebene übertragen werden. Wir wollen die Zweistufigkeit der Verwaltung, also eine Ebene, die entscheidet, und eine, die die Fach- und Rechtsaufsicht hat.

Wir wollen auch den Weg der Privatisierung, wo möglich, und die Eingliederung der Sonderverwaltungen in die allgemeine Verwaltung fortsetzen. Ziel ist es, den Bürgern und Unternehmen möglichst umfassend aus einer Hand kompetente behördliche Leistungen anzubieten und die Landesverwaltung auf Kernaufgaben zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, Sie haben dies sehr oft kritisiert, aber ich glaube, Ihre Kritik geht dabei ins Leere. Wenn wir es schaffen, und dies ist unser Ziel, bis zum Ende des Jahres 2004 die kaufmännische Buchführung in Hessen umgesetzt zu haben, dann haben wir auch die konkrete Chance, nicht nur von der Kameralistik wegkommen zu sein, sondern über Kosten-/Leistungsrechnung zu mehr Effektivität, zu mehr Wirtschaftlichkeit im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu kommen. Dies ist auch ein richtiger Weg, den wir im Hinblick auf die Finanzierung und die Effektivität der Verwaltung eingeleitet und umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu gehört auch die Einführung des E-Government, die zu Recht immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nachgefragt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, die Regierungserklärung steht unter dem Gesamtaspekt, dass wir nicht nur in der bundespolitischen Entwicklung unsere Akzente setzen, sondern dass wir auch dort, wo wir die Chance haben, einen Beitrag für eine positive Entwicklung in Europa leisten. Wir haben eine positive Partnerschaft mit der Emilia-Romagna, aus der der Kommissionspräsident Prodi stammt. Wir haben eine positive Entwicklung mit der Aquitaine, aus der das Kommissionsmitglied Barnier stammt. Wir haben jetzt eine positive Entwicklung im Hinblick auf das neue EU-Mitglied Polen, nämlich mit der Region Wielkopolska. Das heißt, wir entwickeln, und zwar alle zusammen in einem Haus in Brüssel, ein sehr konkretes partnerschaftliches Zusammenwirken, das auf ein Europa der Regionen hinzielt. Ich glaube,

auch dies ist eine wichtige Entwicklung. Wir brauchen den Brückenschlag, der jetzt, 13 Jahre nach dem Zerreißen des Eisernen Vorhangs, begonnen hat.

Es ist auch die Wahrheit, dass die positive Entwicklung in Europa über Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert entscheidet. Deshalb sehen wir es mit Sorge, wenn vonseiten der Bundesregierung teilweise separierende Aktionen in Europa eingeleitet werden, wenn deutsche Sonderwege gegangen werden. Wir brauchen ein gemeinsames Bewusstsein in Europa, einen Verfassungsvertrag für Europa und eine gemeinsame positive Entwicklung, um zu einer friedlichen und freiheitlichen Zukunft in Europa zu kommen. Deshalb sind solche Wege der Bundesregierung, die teilweise zu Spaltungen geführt haben, von uns auch in Zukunft zu kritisieren, weil sie uns im Grunde genommen in Europa auf ein Abstellgleis führen.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen nicht nur die Entwicklung unserer Freundschaft zu unserer Partnerregion Wisconsin in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern ganz konkret auch die Tatsache, dass wir den Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober in Washington ausrichten. Dies ist ein positives Signal, dass das Land Hessen seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht nur in schwierigen Zeiten aufrechterhalten hat, sondern auch in Zukunft weiterentwickeln wird. Deshalb begrüßen wir es, dass sich die Landesregierung gerade in diesem Bereich besonders engagiert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt einen römischen Grundsatz, der lautet: *Salus populi suprema lex*. Das heißt: Das Wohl des Volkes ist uns oberstes Gesetz. Mit dieser Maxime wollen wir unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen in unserem schönen Hessenland auf der Basis dieser Regierungserklärung wahrnehmen. Wir bitten Sie dafür um Ihre Unterstützung. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geht in Richtung des Rednerpults. – Zurufe von der CDU: Halt, wir klatschen noch ein bisschen!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sehr verehrter Herr Vorsitzender der Fraktion der GRÜNEN, von so vielen Menschen sind Sie in diesem Saal noch nie beklatscht worden.

(Heiterkeit)

Sie haben das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beifall nach der Rede des Kollegen Jung ist der Beweis dafür, dass die CDU-Fraktion wirklich zu allem klatscht.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben viel darüber geredet, was SPD und GRÜNE in der Vergangenheit und wo auch immer angeblich falsch gemacht haben. Sie haben viel darüber geredet, welch eine Qualität der Rheingauer Wein hat. Sie haben am Ende als Hiesensstaatsmann Jung sogar

angefangen, darüber zu reden, was außenpolitisch Ihrer Meinung nach notwendig sei. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Fangen Sie diese Diskussion nicht an, weil wir sonst darüber diskutieren werden, dass dieser Ministerpräsident der Meinung ist, Präventivschläge seien in Ordnung. Ich glaube, bei der Frage, wer sich an der Stelle isoliert hat, sehen Sie nicht gut aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben aber fast nichts dazu gesagt, was eigentlich Inhalt der Politik der Regierung des Landes Hessen in den nächsten fünf Jahren ist. Herr Kollege Dr. Jung, dazu eine Anmerkung: Sie sind nicht mehr parlamentarischer Geschäftsführer einer Oppositionsfraktion, sondern Sie sind Vorsitzender einer Fraktion, die mit absoluter Mehrheit ausgestattet ist und in den nächsten fünf Jahren regieren wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir haben heute zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Regierungserklärung eines Ministerpräsidenten in Hessen gehört, der mit den Stimmen einer Fraktion ins Amt gekommen ist, die über die absolute Mehrheit verfügt und alle Minister stellt. Deswegen zuerst ein Blick zurück.

Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen haben am 2. Februar eine Entscheidung getroffen, die von kaum einem Beobachter für möglich gehalten worden war. Unabhängig davon, aus welchen Motiven heraus diese Entscheidung zustande gekommen ist, unabhängig davon, ob sich einige gefreut oder andere maßlos geärgert haben: Wir haben diese Entscheidung zu respektieren.

(Zurufe von der CDU)

Ein etwas genauerer Blick zurück schadet aber zumindest nicht. Die Union hat die absolute Mehrheit der Mandate gewonnen. Daran besteht kein Zweifel. Für die absolute Mehrheit, in Prozentzahlen gerechnet, hat es nicht gereicht, und vielleicht verstehen wir am allerbesten, was am 2. Februar wirklich passiert ist, wenn wir die so genannten Ausschöpfungsquoten, bezogen auf alle Wahlberechtigten, betrachten. Die stärkste „Partei“ – wenn man sie so nennen darf – sind die Nichtwähler mit 35,4 %. Dann kommt die CDU mit 30,8 %. Es folgt die SPD – das ist die dramatischste Zahl – mit 18,4 %. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreicht 6,4 %, und die FDP wurde von 5 % aller Wahlberechtigten gewählt.

Außerdem wissen wir aus allen Umfragen, dass sich ein erheblicher Teil derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, aber teilweise auch derjenigen, die nicht gewählt haben, bei dieser Wahl nicht von landespolitischen, sondern von bundespolitischen Erwägungen hat leiten lassen.

Ich erwähne diese Zahlen nicht, um die absolute Mehrheit Ihrer Mandate infrage zu stellen oder zu relativieren, sondern ich erwähne sie, um eine Feststellung zu treffen. Diese Wahl ist vom Ergebnis einer einzigen Partei, nämlich dem Ergebnis der Sozialdemokratischen Partei, entschieden worden. Die hessische Union hat die Wahl nicht gewonnen, sondern die hessische SPD hat sie verloren. Vielleicht sollten die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der CDU dieses im Hinterkopf behalten, vor allem dann, wenn sie wieder einmal vor Kraft nicht laufen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir GRÜNE haben in den letzten Monaten festgestellt

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, Sie mit Ihren Zwischenrufen sind genau derjenige, den ich mit „vor Kraft nicht laufen können“ gemeint habe –, dass die absolute Mehrheit der Mandate eher einen lähmenden als einen beflügelnden Charakter zu haben scheint. Selbst eine vergleichsweise einfache Aufgabe wie die Bekanntgabe der Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister war zwischen der Konstituierung des Landtags und der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten anscheinend nicht möglich – übrigens im Gegensatz zur letzten Wahlperiode.

Ein Beispiel, an dem vieles deutlich wurde, war das Gezerre um die Atomaufsicht. Ein designierter Minister, in diesem Fall Herr Grüttner, erklärt in der Öffentlichkeit, dass es zu einer Übertragung von Zuständigkeiten zwischen Ministerien komme. Ein amtierender Minister, in diesem Fall Herr Dietzel, sieht das ganz anders. Am Ende kommt eine geteilte Energieabteilung heraus. Das ist wirklich der größte Murks.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Koch, ich erwähne diese Episode an der Stelle, weil ich noch gut im Ohr habe, dass Sie uns vor drei Wochen und auch heute wieder von diesem Pult aus klare und mutige Entscheidungen angekündigt haben.

(Zurufe von der CDU)

Vielleicht lohnt es sich, an das Zustandekommen genau dieser Landesregierung, deren Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre wir heute diskutieren, die von Ihnen genannte Messlatte klarer und mutiger Entscheidungen anzulegen, anders ausgedrückt, zu prüfen, ob Sie der Verantwortung für heute und den Visionen für morgen, die das Handeln dieser Regierung in den nächsten fünf Jahren angeblich bestimmen sollen, gerecht geworden sind.

(Clemens Reif (CDU): Wieso hört Ihnen von der SPD niemand zu? Die sind alle hinausgegangen!)

Sie hatten nach dem Wahlsieg etliche personelle Probleme, Herr Ministerpräsident, die Sie allesamt weder klar noch mutig, noch verantwortungsvoll, sondern immer nach einem einzigen Motto entschieden haben. Dieses Motto hieß: bloß keinen Ärger. Da gab es einen parlamentarischen Geschäftsführer, der den Lohn für drei Jahre Blockade im Schwarzgelduntersuchungsausschuss einforderte.

(Zurufe von der CDU)

Da gab es den Vorsitzenden der Frankfurter CDU, der jetzt Abgeordneter ist und sich ebenfalls zu Höherem berufen fühlt. Da gab es bisherige Fachminister, die gleichzeitig Abgeordnete sind. Damit hatten alle diese Leute vor der geheimen Wahl des Ministerpräsidenten eines gemeinsam: Jeder konnte die entscheidende fehlende Stimme sein. Wenn nur einer Ihrer 56 Abgeordneten vor dem 5. April so verärgert worden wäre, dass er vielleicht auf dumme Gedanken gekommen wäre, dann wäre es mit all den schönen Karriereplänen Essig gewesen. Diese Tatsache ist der einzige Grund, mit dem bestimmte Entscheidungen der letzten zwei Monate in diesem Hause zu erklären sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Warum braucht Roland Koch in der Staatskanzlei inzwischen zwei Minister, obwohl Hans Eichel keinen einzigen hatte?

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wie kommt es dazu, dass Frank Lortz Vizepräsident geworden ist? – Aber ich hatte eigentlich nicht vor, darauf einzugehen. Das hatte mit dieser Frage nichts zu tun.

Wie kommt es, dass es einen Wissenschaftsminister gibt, der selbst zugibt, dass er seit seinem Studium keine Uni mehr von innen gesehen hat?

(Gerhard Bökel (SPD): Unerhört! – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wieso bleibt der größte Schuldenbaron der hessischen Geschichte Finanzminister?

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Warum darf der Justizminister weiter am Beginn von laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren erklären, wie die seiner Meinung nach ausgehen?

Wieso bleibt eine Sozialministerin im Amt, die nicht sagen kann, wie hoch der Etat ihres Ministeriums ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Übrigens, Herr Kollege Dr. Jung: so viel zu den Stilfragen, die Sie am 5. April angesprochen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Koch, „Verantwortung für heute“ zu übernehmen wäre gewesen, in einer Kabinettsumbildung die größten Fehllistungen zu korrigieren, aber dazu fehlte Ihnen schlicht die Kraft und dazu war die Mehrheit zu knapp. Deshalb wird sich die Liste der Fehlbesetzungen des Kabinetts leider fortsetzen.

Die Antwort auf das Warum ist nicht in den „Visionen für morgen“ zu suchen, sondern die Antwort ist ganz banal und einfach: Jeder Ihrer bisherigen Fachminister musste in geheimer Wahl das aus Ihrer Sicht Richtige tun. Diese banale Tatsache führte dazu – das ist kein Witz –, dass Bauarbeiten stattgefunden haben, um die Ministerbank zu verlängern.

Immerhin beantwortet das die Frage, warum nicht auch noch der Landrat des Hochtaunuskreises, der ja schon für alles Mögliche im Gespräch war, Minister geworden ist.

(Ministerpräsident Roland Koch: Weil er nicht hingepasst hat!)

Meine Damen und Herren, dafür wäre der Plenarsaal schlicht zu klein gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, dieses Kabinett ist kein Kabinett, das klare und mutige Entscheidungen ausstrahlt.

(Zurufe der Abg. Clemens Reif und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Herr Ministerpräsident, diese Landesregierung repräsentiert Ihre Schwäche. Diese Schwäche zieht sich durch das gesamte Regierungsprogramm und die gesamte Regierungserklärung, wenn sie auch – das gestehen wir als



GRÜNE unumwunden zu – durch geschickte Fassadenmalerei übertüncht ist.

(Clemens Reif (CDU): Darin sind Sie doch Experte!)

Wir haben uns vorgenommen, diese Fassaden in den nächsten Jahren beiseite zu ziehen und die hässliche Wirklichkeit Ihrer Politik deutlich zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Ministerpräsident, nach Lektüre des Regierungsprogramms, mehr noch, wenn man die Substanz der eben gehörten Regierungserklärung einmal von den wolkigen Formulierungen befreit, dann gewinnt man den Eindruck, dass Sie geradewegs von der Oppositionsbank auf Ihren Stuhl in der Regierungsbank geklettert seien und nun erste Gedanken anstellen, was werden soll.

Herr Koch, Ihr Regierungsprogramm ist ein schwer definierbarer Brei aus Realitätsverweigerungen vor den aktuellen Herausforderungen einerseits, aus wolkigen Wunschlisten für übermorgen andererseits, garniert mit ideologischen Versatzstücken aus der Rumpelkammer.

Zu Ihren Visionen 2015: Kein Mitglied der grünen Fraktion hat etwas gegen Visionen. Wir teilen ausdrücklich nicht die Äußerungen, die Ihre ganz spezielle Freundin Petra Roth einmal gemacht hat, dass nämlich der, der Visionen hat, einmal zum Arzt gehen solle.

(Dr. Franz Josef Jung (CDU): Das hat Schmidt gesagt!)

Aber Ihre Visionen für das Jahr 2015, die das Regierungsprogramm einleiten, und Ihre Regierungserklärung beendet haben, sind wenig visionär, sondern haben vor allem ein Ziel: Sie fliehen ins Visionäre, um die bittere Realität zu übertünchen und vor allem, um über Ihre Politikverweigerung den Mantel des Visionären zu decken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Am Ende der jetzt beginnenden Legislaturperiode, im Jahr 2008, wird die CDU einmal mit und einmal ohne Wurmfortsatz neun Jahre regiert haben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Nach neun Jahren Regierungszeit müsste doch wenigstens ein Teil der Visionen schon Realität geworden sein. Aber die Tatsache, dass Sie quasi um Verlängerung bis 2015 bitten, deutet auf Ihr Problem mit der Wahrheit hin, und manchmal gleitet diese Verschleierungstaktik unfreiwillig ins Komische ab.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, gehen Sie doch einmal etwas essen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie z. B. in Ihrem Regierungsprogramm erklären: „Wir wollen, dass die hessische Polizei im Jahre 2015 einen Ruf hat, der dazu führt, dass das organisierte Verbrechen einen Bogen um unser Land macht“, dann ist das angesichts von Hunderten unbesetzter Polizeibeamtenstellen unter Ihrer Verantwortung satirereif, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Forderung zu finden ist, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Betreuung in Jobcentern bis 2015 abgeschlossen sein soll, Herr Ministerpräsident: Ich war bisher davon ausgegangen, dass es in dieser Frage um ein In-Kraft-Treten am 1. Januar 2004 geht. Bis 2015 haben wir angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt wirklich keine Zeit, auf die Vollendung Ihrer Visionen zu warten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vollends absurd wird es dann – Herr Kollege Walter hat den Satz schon zitiert –, wenn gesagt wird: Wir wollen, dass Hessen im Jahr 2015 in den Verkehrsmeldungen nicht mehr vorkommt.

(Clemens Reif (CDU): Prima! – Gegenruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Reif sagt „prima“. – Wir haben uns überlegt, wie Sie das erreichen wollen. Entweder wird Bouffier ein Verbot von Verkehrsunfällen erlassen,

(Gerhard Bökel (SPD): Pressefreiheit!)

oder es wird die Abschaffung von Schnee und Eis propagiert, oder Hessen wird umbenannt, oder Radios werden verboten.

Herr Ministerpräsident, das Problem ist schlicht und einfach: An solchen Sätzen wird deutlich, was Ihre Visionen in diesem Zusammenhang wert sind. Sie flüchten sich ins Visionäre, damit Sie im Konkreten keine einzige der aktuellen Problemlagen in Hessen beantworten müssen. Das ist der Kern Ihrer Vision.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden Sie nicht an Ihren Visionen messen, wir werden Sie in den nächsten fünf Jahren Tag für Tag an der Realität Ihres Regierungshandelns messen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Hinsichtlich der Realität des Regierungshandelns bin ich vor kurzem wieder einmal auf eine Anzeige der Firma Accenture gestoßen – Sie wissen, die Firma, die einen großen Batzen der 250 Millionen €, wenn es reicht, erhält, die Ihr famoser Herr Finanzminister für die Einführung von SAP bezahlen wird.

Diese Anzeige von Accenture begann mit dem schönen Satz: „Es kommt nicht darauf an, wie viele Ideen Sie haben, sondern wie viele Sie tatsächlich verwirklichen.“ – Sehr weise.

Ich füge etwas hinzu: Wer Visionen für übermorgen hat, müsste hier und jetzt die Frage beantworten können, wie er seine Politik bezahlen will, Herr Ministerpräsident.

Im gesamten Regierungsprogramm, auf 100 Seiten, bleibt nicht nur die Frage unbeantwortet, wie denn dieses Programm bezahlt werden soll. Es bleibt sogar in Ihrer heutigen Regierungserklärung die Frage unbeantwortet, wie denn die aktuelle Finanzlage des Landes Hessen ist.

Wie Sie es beschreiben, haben Sie Hessen in den letzten vier Jahren durch Ihre Finanzpolitik an die Spitze gebracht – mit 2 Milliarden € Nettoneuverschuldung. Wenn Sie ankündigen, die „bisherige solide Finanzpolitik“ fortzusetzen, dann ist das nichts anderes als eine Drohung gegenüber nachfolgenden Generationen in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir uns betrachten – Sie haben ja gemerkt, dass es in bestimmten Bereichen so nicht weitergehen kann –, was für Maßnahmen ergriffen werden, Stichwort „klare und mutige Entscheidungen“: Eine klare und mutige Entscheidung wäre gewesen, zu sagen: Karlheinz Weimar, ich kenne dich zwar schon von der Tankstelle, aber jetzt ist gut. – Die „klare und mutige Entscheidung“ war ein neuer Staatssekretär, der dem völlig überforderten Karlheinz Weimar und seinem Herrn Abeln zum Aufräumen des Desasters zur Seite gestellt wird.

Weil sich das Ganze auch noch gut anhören muss, wird er dann hochtrabend und neudeutsch CIO, Chief Information Officer, genannt. Herr Koch, Anglizismen helfen da nicht mehr weiter, wo man Millionen und Abermillionen verschleudert hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihr angebliches Ziel, den hessischen Landeshaushalt zu konsolidieren, ist durch Ihre ur-eigene Politik in weite Ferne gerückt. Wenn Sie dann heute sagen, dass Sie die Nettoneuverschuldung zurückführen wollen, und gleichzeitig den netten Satz sagen, in normalen wirtschaftlichen Zeiten ist das kein Problem, dann müsste aber ein bisschen Wahrheit dabei sein, und Sie müssten sagen, wir leben aber nicht in normalen wirtschaftlichen Zeiten. Das ist eine nette Umschreibung für den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Herr Boddenberg, wenn dann zweieinhalb Monate CDU-interner Beratungen – vom 2. Februar bis zum heutigen Tage – in dem Satz des Regierungsprogramms gipfeln: „Wir werden deshalb im 3. Quartal des Jahres 2003 zu entscheiden haben, wie wir die aktuelle staatliche Finanzkrise meistern“, dann ist das nichts anderes als das Eingeständnis Ihres ganz persönlichen Versagens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich dann betrachtet, dass wir es im Jahr 2003 mit einem noch geltenden Haushalt zu tun haben, der von Steuermehreinnahmen in Höhe von 9 % ausgeht – Sie haben die bundesweit sich abzeichnenden Steuermindereinnahmen ja genannt –, dann wäre hier und heute der Ort gewesen, wo man den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und den Volksvertreterinnen und Volksvertretern reinen Wein hätte einschenken müssen. Aber diese Chance haben Sie verpasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bitten wir Sie auch an diesem Punkt – denn das wird nicht mehr lange gut gehen –, mit dieser Placebopolitik aufzuhören. Wenn man sich ernsthaft hierhin stellt und ankündigt, man wolle die Personalkosten um 60 Millionen € jährlich verringern, dann gehört es zur Ehrlichkeit dazu, zu sagen, diese Regierung hat bisher alles Mögliche getan, nicht aber die Personalkosten verringert. Sie können aufhören, es sich an den Hut zu stecken und zu sagen, Sie hätten 60 Millionen € eingespart, wenn Sie auf der anderen Seite 120 Millionen € ausgegeben haben. Das genau ist nämlich das Problem, das Karlheinz Weimar seit 1999 hier fabriziert.

Deswegen nur ein letzter Satz zum Thema Personal. Im Jahr 1998, dem letzten Regierungsjahr von Rot-Grün, hatten wir in Hessen eine Personalkostenquote von 45,6 %. Wenn man die Hochschulen hinzurechnet – sie sind inzwischen budgetiert –, so haben wir im Jahr 2003 nach un-

serer Berechnung inzwischen eine Personalkostenquote von 48,3 %.

Wir haben gehört, dass neue und zusätzliche Stellen geplant sind. Im Regierungsprogramm können wir wieder einmal nachlesen, dass eine Versorgungsrücklage für Beamte geschaffen werden soll. Herr Ministerpräsident, das haben Sie bereits im Herbst 2000 mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2002 angekündigt. Passiert ist nichts. Im Gegenteil, Sie haben bewusst alle neuen Lehrerinnen und Lehrer als Beamte eingestellt, damit Sie die Lasten der Altersversorgung in die Zukunft verschieben können. Das genau ist das Problem. Hier geht es um die Frage, wie viel dieses Parlament in den nächsten Jahren eigentlich noch zu entscheiden haben wird – wenn wir von Zins, Zinsseszins und Tilgung erdrückt werden. Meine Damen und Herren, hier ist schnelles Handeln angesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn man sich angesichts dieser Situation heute Morgen hierhin stellt und ernsthaft erklärt, dass diese Regierung in den letzten vier Jahren „finanzpolitische Disziplin“ bewiesen hätte, dann kann ich Sie von diesem Pult aus nur auffordern: Bitte ersparen Sie uns in Zukunft diese Volksverdummung, die Sie hier zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war nämlich ein echter Koch, den wir da erlebt haben. Herr Koch, wie kann sich denn ein kluger Mensch – das sind Sie – hierhin stellen und erklären, dass die Ausgabendisziplin der hessischen Regierung an dem Vergleich der Steuerdeckungsquoten verschiedener Bundesländer zu den bereinigten Ausgaben zu erkennen sei? Wie kann man nur von hier aus so etwas behaupten?

Den meisten, die sich noch nicht zu sehr in die Probleme der Finanzplanung vertieft haben, ist gar nicht klar, was Sie hier getan haben. Hessen ist der größte Einzahler in den Länderfinanzausgleich. Die bereinigten Ausgaben sind die Ausgaben ohne die Zahlung in den Länderfinanzausgleich. Der Vergleich, den Sie hier heute Morgen gezogen haben, ist ungefähr so, wie wenn ein völlig überschuldeter geschiedener Privatmann mit drei unterhaltspflichtigen Kindern zur Schuldnerberatung geht und dort erklärt, wenn man die Zahlungen an die Bank, die Ex-Frau und die Kinder nicht berücksichtigt, dann gehe es ihm eigentlich blendend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, genau das haben Sie heute Morgen hier getan. Das sollten Sie aber nicht tun, denn langfristig kommt dies uns alle am Ende teuer zu stehen. Der Ausdruck „Milchbubenrechnung“ wäre für eine solche Rechnung noch eine unglaubliche Untertreibung. Das gilt vielleicht für Ihren Finanzminister, aber bei Ihnen, Herr Koch, lassen wir das nicht gelten. Denn Sie wissen nach vier Jahren besser um die katastrophale Lage in diesem Lande Bescheid als Ihr Finanzminister. Anders nämlich ist die Verzweiflungstat, die Sie gemeinsam mit Herrn Steinbrück ausgeheckt haben, nicht zu erklären.

Es war in den letzten Wochen schon sehr aufschlussreich, denselben Roland Koch, der so heftig gegen das Steuervergünstigungsabbaugesetz mobil gemacht hat, zu erleben, wie er nicht nur eine ganze Reihe der dort vorgesehenen Maßnahmen nach und nach wieder aus dem Hut gezaubert hat, sondern auch darüber räsonierte, dass sich

große Unternehmen wieder an der Finanzierung des Staates beteiligen müssten.

(Ministerpräsident Koch: Das sage ich seit zwei Jahren!)

Richtig, Herr Koch, aber warum nicht gleich so? Mit dem Brief, den Sie gemeinsam mit Herrn Steinbrück an den Vermittlungsausschuss geschrieben haben, erging es Ihnen wie dem berühmten Zauberlehrling. Sie werden die Geister, die Sie selbst gerufen haben, nicht mehr los. Dieses Credo – keine zusätzlichen Belastungen; Subventionsabbau gleich Steuererhöhung; keine Steuererhöhungen, niemals; Gift für die Konjunktur – ist das, was Sie vor der Wahl die ganze Zeit gepredigt haben. Das glauben Sie selbst nicht, aber Ihre Leute glauben daran, und daran haben Ihre eigenen Leute Ihre Verzweiflungstat im Bundesrat scheitern lassen.

Herr Koch, damit haben aber am Ende nicht nur Sie sich nicht durchgesetzt, und damit sind nicht nur die Vorstellungen der Bundesregierung im Bundesrat gescheitert, sondern die dadurch entstandene Lücke in den öffentlichen Finanzen, die auch im hessischen Landeshaushalt in den kommenden Jahren etliche 100 Millionen € ausmachen wird, ist Ihre ganz persönliche Lücke. Dafür tragen Sie die Verantwortung – kein Roter, kein Grüner, keine Bundesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzen Sie sich bitte nie wieder mit treuherzigem Augenaufschlag vor die Landespressekonferenz oder vor Zuschussempfänger des Landes Hessen und erklären, eine Landesregierung habe leider, leider, leider keinen Einfluss auf die Einnahmen – frei nach dem Koch'schen Motto: Ich bin klein, mein Herz ist rein, die Schuld, die muss wohl bei anderen sein.

Herr Koch, ich glaube, wir müssen es einmal an ganz bestimmten Punkten ausrechnen, ganz konkret – denn Sie haben gesagt, die Bundesregierung alleine sei an der Finanzlage schuld. 2 Milliarden € Nettoneuverschuldung im Jahr 2002, also 2 Milliarden € zusätzliche Schulden, bedeuten bei 5 % Zinsen und Tilgung Mehrausgaben von 100 Millionen € in diesem Jahr. Das sind 2.000 Lehrstellen, die wir nicht schaffen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Meine Damen und Herren, so sieht die Realität aus, und daran ist niemand anderes schuld. Das ist Ihre ureigene Verantwortung.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Sie verwechseln da etwas!)

Herr Ministerpräsident, wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, bis zum Jahr 2006 die hessische Kasse zu plündern und sich dann nach Berlin abzusetzen.

Herr Ministerpräsident, ich habe lange überlegt, was man auf Ihre Vorstellungen zum Arbeitsmarkt antworten soll, die Sie heute Morgen hier vorgetragen haben. Zu Ihrer vorgetragenen Haltung, dass längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich für mehr Arbeitsplätze sorgen sollen, und ähnlichen Behauptungen gäbe es viel zu sagen. Alle diese Themen haben aber eines gemeinsam: Sie werden nicht in Hessen und nicht von Roland Koch entschieden.

Zu Ihren grundsätzlichen Ausführungen zur Wirtschaftspolitik doch ein paar Anmerkungen. Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihren Vergleichen Deutschlands mit

anderen Ländern wohlweislich immer eine Tatsache weggelassen: Die Bundesrepublik Deutschland hat im Gegensatz zu allen anderen Ländern, mit denen Sie Deutschland verglichen haben, seit 1990 bis heute jährlich eine erhebliche Summe zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und zum Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern aufzubringen. Der Nettokapitaltransfer lag – nach meiner Erinnerung, noch in Mark gerechnet – relativ konstant bei 100 Milliarden jährlich. Das wird auch in diesem Jahr so sein.

Eine solche Summe muss ein Gemeinwesen erst einmal aufbringen. Das ist bis heute einer der wesentlichsten Gründe für die Probleme, die dieses Land hat: die Kombination mit der jahrzehntelangen Verweigerung der Realität der demographischen Entwicklung. Ich höre noch Norbert Blüm sagen: Die Rente ist sicher. Das war doch kein GRÜNER, das war doch ein Schwarzer. Herr Koch, da hilft es Ihnen doch überhaupt nichts, wenn Sie jetzt die ganze Zeit erklären, dass die demographische Entwicklung eine der größten Herausforderungen ist, und Sie weiterhin erklären, dass Helmut Kohl Ihr politisches Vorbild ist. In dessen Regierungszeit sind genau jene Probleme in den sozialen Sicherungssystemen entstanden, die wir heute beklagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Wie stehen denn die GRÜNEN zum demographischen Faktor?)

Herr Ministerpräsident, dass man die Finanzierung der deutschen Einheit ebenfalls über die beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme finanziert hat, ist einer der Hauptgründe, dass wir heute auf dem Arbeitsmarkt die Probleme haben, die wir haben.

Es stimmt, Arbeit ist in Deutschland teuer. Aber das liegt nicht daran, dass die Menschen in den niedrigen Lohngruppen zu viel Geld bekommen. Im Übrigen sind auch die Steuern nicht zu hoch, dies zeigt ein Vergleich der Steuerquoten. Herr Ministerpräsident, vielmehr sind die Lohnnebenkosten in diesem Land zu hoch. Dazu aber hat die CDU lange Jahre und Jahrzehnte einen erheblichen Beitrag geleistet.

Herr Koch, wenn man hier schon einen bundespolitischen Anspruch hat, dann sollte man angesichts von 4,6 Millionen Erwerbslosen an der wirklichen Lösung der Probleme arbeiten und nicht die Bilder hinstellen, die Sie heute Morgen vorgetragen haben. Das Menschenbild, das aus Ihren Vorschlägen spricht, ist erschreckend. Wenn jeder zu arbeiten hat, so haben Sie das heute Morgen gesagt, auch wenn dies seine Lebenshaltungskosten nicht deckt, dann wäre das die endgültige Einführung der Working Poor, der arbeitenden Armen, auch in Deutschland. Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie das auch so, Herr Ministerpräsident, und bitte in dieser Deutlichkeit.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Ich möchte mich hier nicht über solche Vorschläge empören, weil ich glaube, dass Sie die Empörung, die auf solche Vorschläge in aller Regel folgt, nicht nur einkalkulieren, sondern Ihre Vorschläge unter anderem genau wegen dieser Reaktion machen. Ihr Motto ist, möglichst viel Staub aufzuwirbeln, damit möglichst nicht klar wird, wie wenig Sie selbst in der Realität hinbekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wo sind denn die nach Ihrer ersten Wisconsin-Reise so groß angekündigten Arbeitsangebote für Hessen? Was ist



denn aus den groß angekündigten Kombilohnmodellen geworden? Außer Bundesratsinitiativen haben Sie in Ihrem konkreten eigenen Verantwortungsbereich nichts zu bieten. Im Grunde ist das Schlimmste, was Ihnen passieren könnte, dass Ihre Vorstellungen umgesetzt würden, weil Sie am Ende davon leben, dass Sie aus einer Oppositionsstrategie heraus Politik machen, obwohl Sie jetzt seit über vier Jahren Ministerpräsident des Landes Hessen sind. Sie haben auch Ihren zweiten Wahlkampf mit Oppositionsstrategien gewonnen. Immer dann, wenn es ans Gestalten geht, ist bei Ihnen Fehlanzeige. Das übertüncht man am besten mit großen Schlagzeilen, und die bekommt man am ehesten, wenn man provoziert.

Sie wissen, dass Ihre Vorschläge am Ende in Deutschland nicht Realität werden, weil wir immer noch in einer sozialen Marktwirtschaft leben und der Unterschied zwischen dem rheinischen Kapitalismus und dem Manchester-Kapitalismus in diesem Land sichtbar bleiben muss und sichtbar bleiben wird. Dafür werden im Zweifel wir sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Trotzdem sind solche Vorschläge sehr aufschlussreich, weil sie eines ganz deutlich machen. Herr Ministerpräsident, es geht Ihnen nicht um Hessen, es geht Ihnen einzig und allein um sich selbst, um Ihre eigene Karriere. Dazu brauchen Sie Schlagzeilen, egal wie. Sie offenbaren dabei, dass Sie keine wirklichen Grundsätze haben, sondern nur an der oberflächlichen Wirkung in der Öffentlichkeit interessiert sind, nicht an echter Veränderung oder gar an einer Verbesserung der Situation in diesem Land. Sie fragen sich abends nicht: „Wie habe ich Hessen vorangebracht?“, sondern Sie fragen Ihren Regierungssprecher: „Wie war ich, Dirk?“

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schrieb es so treffend Richard Meng vor einigen Tagen? „Leitlinie ist, die Provinz Provinz sein lassen, möglichst ohne dass sie es merkt“. Hessen interessiert Sie nicht mehr. Herr Koch, Sie sind kein Visionär, Sie sind ein Zyniker der Macht. Deswegen werden wir Sie nicht an Ihren Überschriften, sondern an der hessischen Realität messen, und das Tag für Tag in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden nach Ihrem erneuten Ausbildungsgipfel fragen: Was kommt konkret heraus, außer wohlfeilen Appellen und Forderungen an andere? Stichwort Senkung der Lohnnebenkosten: Wir werden bei jeder Veränderung darauf achten, wie sich Hessen im Bundesrat verhält. Stichwort Flexibilisierung: Wir werden darauf aufmerksam machen, dass Sie nach Veränderung und Flexibilisierung rufen, aber selbst bei der Frage, ob man zur Gründung eines Handwerksbetriebs einen Meisterbrief braucht, Flexibilisierung bekämpfen. Herr Ministerpräsident, es wird in allen Politikbereichen unsere Richtschnur sein, dass wir das, was Sie an Überschriften positionieren, an der Realität messen.

Das gilt auch in der Bildungspolitik. Der Bildungsteil Ihres Programms ist einer der wenigen, in dem sich eine ganze Reihe von konkreten Projekten finden lässt, die Sie in der laufenden Wahlperiode verwirklichen oder angehen wollen. Wenigstens wollen Sie sich da nicht nur in Überschriften gefallen. Leider gilt aber hier der Befund

„ideologisch geprägte Masse statt Klasse“, wenn man sich die einzelnen Maßnahmen näher betrachtet. Das Schlimmste ist, die Grundmelodie ist leider grundfalsch. Ihnen geht es noch stärker als in der letzten Legislaturperiode darum, immer mehr schulformspezifische Standards einzuführen, immer weniger Durchlässigkeit im Schulsystem zu haben und dauerhafte Spiralen nach unten in jede Schulform einzubauen.

Erstes Beispiel. Sie wollen als eines Ihrer herausragenden bildungspolitischen Ziele das Abitur bereits nach zwölf Jahren ablegen lassen. Darüber kann man aus unserer Sicht reden. Wenn die Schulzeitverkürzung aber nur dazu genutzt werden soll, die Durchlässigkeit der Schulformen noch weiter zu verringern – genau das ist durch die vorliegenden Pläne beabsichtigt –, so trifft dies auf unseren heftigen Widerstand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie verbauen damit Schülerinnen und Schülern, die aus den verschiedensten Gründen zunächst nicht den direkten Weg zum Abitur eingeschlagen haben, den Weg dorthin oder erschweren ihn unverhältnismäßig. Dies wird insbesondere bei Eltern, die heute noch unsicher sind, welche Begabungen ihr Kind hat, den Zwang vergrößern, trotz Zweifel ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken. Alle werden um den Platz auf diesem Gymnasium kämpfen, um nicht schon im Alter von zehn Jahren bildungsmäßig abgehängt zu werden. Wer zwölf Jahre bis zum Abitur zur Regel macht und ein Jahr in der Mittelstufe einspart, der sagt ganz klar: Entweder du kommst in der 5. Klasse aufs Gymnasium und hältst dich auch da, oder der Zug zum Abitur ist abgefahren, weil den Anschluss in den höheren Klassen keiner mehr schafft. – Der Run aufs Gymnasium wird noch größer werden. Was Sie damit mutwillig herbeiführen, sind Versagenserlebnisse und Abwärtsspiralen, die von Ihnen als Querversetzungen schon eingeführt worden sind.

Wenn Sie neue Standards zur Ausdifferenzierung der Bildungsabschlüsse einführen wollen, passt das auch ins Bild. Mit der Schaffung von so genannten Praxisklassen an den Hauptschulen wollen Sie immer mehr Sortierungen nach unten vornehmen,

(Michael Boddenberg (CDU): Was ist das denn?)

deren Auswirkungen für die Betroffenen von sehr zweifelhafter Natur sein werden. – Herr Boddenberg, für diese Schüler wird es immer schwieriger, wenn nicht unmöglich, einen Ausbildungsplatz zu finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das trifft umso mehr zu, je schwieriger die Lage auf dem Ausbildungsmarkt wird. Wenn die Sonderschule in „Förderschule“ umbenannt wird, dann ist das leider nichts als Etikettenschwindel, weil faktisch weder ein Ausbildungsplatz am Ende der Schule wartet noch ein Zurück in das Regelschulsystem möglich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD) – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir werden Ihnen in dieser Frage, wie auch in der Frage, ob Sie verstärkt versuchen werden, den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder klammheimlich zurückzufahren, genau auf die Finger schauen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ein letztes Beispiel für Ihren ideologischen Sonderweg. – Herr Reif, sind Sie vom Essen wieder da?

(Clemens Reif (CDU): Ich bin wieder da!)

– Nehmen Sie noch einen Nachtisch.

(Heiterkeit – Clemens Reif (CDU): Stellen Sie sich vor, es müsste jeder so lange ausgebildet werden wie Sie!)

Letztes Beispiel für Ihren ideologischen Sonderweg: Landesprüfungen in allen Schulformen mit der Schaffung eines Zentralabiturs als Krönung. Was für Sie nicht einer Überprüfung im Kästchenschema zugänglich ist, das macht Sie unruhig. Damit hier eindeutig klargestellt ist: Wir GRÜNEN sind sehr wohl für die Leistungsfeststellung der verschiedenen Schulen und Schulformen durch Evaluation. Dies erreicht man jedoch nicht durch simple Einheitsprüfungen mit landesweit gleichen Fragen, die auch landesweit identischen Unterricht erfordern. Eine solche Herangehensweise wird weder den pädagogischen Kompetenzen der Lehrenden noch den Begabungen der Schülerinnen und Schüler gerecht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Vielmehr kommt es für uns darauf an, durch Evaluation von Schulen festzustellen, wo die Stärken und wo mögliche Verbesserungsmöglichkeiten beim pädagogischen Handeln von Lehrern und bei den Lernergebnissen von Schülern besteht.

Meine Damen und Herren, für uns ist der Ausbau der Schulautonomie eines der zentralen Projekte der Bildungspolitik der vor uns liegenden Jahre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen es hinbekommen, dass sich die einzelnen Schulen mehr als heute bei der Entwicklung eines eigenen Profils engagieren. Dies wird nur gehen, wenn die Entscheidungskompetenzen der Schulleiter und der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden und die Schulen eigene Budgets und letztlich die Personalverantwortung erhalten. Im Unterschied zu Ihnen bedeutet für uns Selbstständigkeit, dass Schulen entscheiden können, wie sie festgelegte Bildungsstandards erreichen, wie sie Stundenpläne gestalten und Lehrpläne ausfüllen. Auch die Schüler und Eltern müssen in diesen Prozess einbezogen werden.

Wenn Sie vollmundig Erziehungsverträge mit den Eltern ankündigen und den Eltern im Bildungssystem die Hand reichen, jedoch gleichzeitig als eine der ersten Maßnahmen vor vier Jahren die Mitbestimmung der Eltern in den Schulkonferenzen abgeschafft haben, dann wird dies einer der ersten Punkte sein, wo wir Ihre Überschriften und die Realität einander gegenüberstellen werden. Herr Koch, das wird kein schöner Anblick werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Wolff, Ihr ideologisches Grundproblem ist, dass Sie immer noch der irrigen Annahme sind, dass es für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler das Beste ist, dass das, was in der Klasse passiert, in Wiesbaden entschieden wird, auf dem Dienstweg, über das Staatliche Schulamt und die Schulleitung, und über den Lehrer den Weg ins Hirn findet. Meine Damen und Herren, damit sind Sie auf dem Holzweg. Wir wollen wirkliche Verantwortung und Entscheidungsfreiheit nach unten geben. Wir wollen die Schulen mit ihrer Kreativität und ihren Po-

tenzialen in die Freiheit entlassen. Das hilft der Bildung mehr als Landesprüfungen und ein Zentralabitur.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die von Ihnen angekündigten Maßnahmen zum Ausbau der Ganztagsangebote sind nichts als die Fortsetzung der bisher schon eingerichteten Modelle der so genannten pädagogischen Mittagsbetreuung. Wir haben uns in der Vergangenheit schon mit Ihnen auseinander gesetzt. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, dass Sie, wie in so vielen Punkten, von der Realität und dem Elternwillen überrollt werden und Sie dann eilig taugliche Ganztagskonzepte vorlegen müssen. Dazu gehört auch, dass Sie die aus Berlin bereitgestellten Mittel von immerhin knapp 280 Millionen € sinnvoll für Ganztagsprojekte verwenden müssen. Frau Wolff, wenn Sie hier so tun, als könne man allein mit der besseren Ausstattung von Schulbibliotheken seinen Verpflichtungen gerecht werden, verkennen Sie völlig Ihre Verantwortung. Auf diesem Weg können Sie nicht weitermachen, wenn dem Land Hessen nicht Geld entgehen soll, über das sich andere Bundesländer dann freuen werden.

Bei der Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten und der Verknüpfung mit den Aufgaben der Grundschulen finden Sie unsere Unterstützung. Es ist überfällig, dass dieser Bereich angepackt wird. Wir GRÜNE haben dazu bereits in der letzten Wahlperiode ein Konzept vorgelegt. Aber auch hier gilt: Das ist ein Projekt für die nächsten Jahre und keine Vision für das Jahr 2015.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir fordern Sie deshalb auf, innerhalb eines Jahres ein Konzept für diesen wichtigen Bereich zu entwickeln und dann in die konkrete Umsetzung zu gehen. Wir werden Sie dabei kritisch und, wenn gewünscht, auch konstruktiv begleiten.

Eines können wir Ihnen allerdings schon jetzt sagen: Die Verlagerung der Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen in Berufsakademien ist der falsche Weg, nicht nur weil damit auf die Träger neue Kosten abgewälzt werden. Die Stärkung der Ausbildung muss unseres Erachtens, beispielsweise beginnend bei Personen mit Leitungsfunktionen, durch eine FH-Ausbildung erfolgen, jedoch nicht über Kostenverlagerung auf Dritte.

Da wir am Beginn einer fünfjährigen Periode sind, noch ein Hinweis. Wenn wir wieder einmal einen Antrag mit einem visionären Konzept stellen, wie z. B. zu dem Modellprojekt „Laptops für Schülerinnen und Schüler“, überlegen Sie gut, ob Sie uns dafür auslachen, wie Sie das im Jahr 2000 gemacht haben,

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wenn dann im Jahr 2003 als Vision auftaucht, dass die hessischen Schülerinnen und Schüler im Jahre 2015 über Laptops verfügen sollen. Frau Kultusministerin, insofern sollten Sie mit den Vorschlägen der Opposition etwas sorgfältiger umgehen, als Sie das in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Hochschulpolitik setzen Sie völlig auf die durchgehende Ökonomisierung der Universitäten und Fachhochschulen. Wer im Hochschulgesetz eine Pflicht zur Einwerbung von Drittmitteln verankern will, trägt in der Konse-

quenz zu einem Sterben von kleineren Fachbereichen und Fächern bei. Die völlig zu Unrecht als „Orchideenfächer“ titulierten Disziplinen werden bei Ausbleiben von Forschungs- und Sponsorengeldern interessierter Dritter gegenüber der Hochschulleitung bald ihre Existenzberechtigung verteidigen müssen, weil sie auf Kosten des schmal bemessenen Budgets leben.

Herr Ministerpräsident, genauso falsch ist Ihr Ansatz, durch Strafgebühren für länger Studierende die Probleme der Hochschulen lösen zu wollen. Sie lenken hier lediglich von eigenem Versagen bei der Verbesserung der Studienbedingungen ab. Auch die Notwendigkeit vieler Studierender, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, wird durch solche Strafgebühren verschärft anstatt gelöst. Meine Damen und Herren, solange noch an einem einzigen Fachbereich einer hessischen Hochschule um die Teilnahme an zum Studienabschluss zwingend nötigen Seminaren gelost wird, sind Strafgebühren für die Überschreitung der Regelstudienzeit eine Frechheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Völlig unverständlich ist, weshalb Sie die Abschlüsse von Berufsakademien mit denen der Hessischen Fachhochschulen gleichstellen wollen. So sinnvoll Berufsakademien zur Abrundung des Bildungsangebotes in unserem Land sind und so sehr wir es begrüßen, dass sie geschaffen werden, so wenig sind sie doch mit Fachhochschulen gleichzusetzen. Mit dieser Initiative drücken Sie Ihre Missachtung gegenüber den wissenschaftlichen Beiträgen der Fachhochschulen unmissverständlich aus. Das ist unserer Meinung nach eine Kriegserklärung an die Fachhochschulen, die nicht ohne dauerhafte Schäden bleiben wird und die auf unseren heftigen Widerstand stoßen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Fortführung des Hochschulpaktes haben Sie schon jetzt den Adressaten zu verstehen gegeben, dass sie sich auf weniger Geld einstellen müssen. Sowohl der von Ihnen erwartete Rückgang der Studierendenzahlen als auch die bisher überhaupt noch nicht bezifferten Einnahmen aus Ihren geplanten Langzeitstudiengebühren werden von Ihnen schon heute als Abzugsposten für die Hochschulen in den Raum gestellt. Ich wünsche Minister Corts gute Verrichtung bei der Umsetzung dessen, was im Regierungsprogramm steht.

Herr Ministerpräsident, wir haben allerdings festzustellen, dass es bei Ihren Regierungserklärungen immer sehr aufschlussreich ist, nicht nur darauf zu achten, was vorkommt, sondern vor allem auch darauf zu achten, was nicht vorkommt. In Ihrer Regierungserklärung ist von einer verantwortungsvollen Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik wenig zu hören gewesen. Wir bekommen von Ihnen das präsentiert, was wir schon in den vergangenen vier Jahren schwarzer Regierungszeit konstatieren mussten: folgenlose Ankündigungen und Placebos anstatt zukunftsweisende Umweltpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wie dies geht, machen Sie schon im ersten Absatz des Umweltteils des Regierungsprogramms deutlich. Sie bekennen sich verbal zu dem Ziel, im Jahre 2015 15 % des heimischen Energiebedarfs aus regenerativen Energiequellen zu erzeugen. Sie tun aber gleichzeitig auf Bundesebene alles dafür, dass es nicht so weit kommt. Bei konkreten Projekten, z. B. der Förde-

rung der Windenergie, kündigen Sie anhaltenden Widerstand an. Wir werden auf Bundesebene dafür sorgen, dass die 15 % im Jahre 2015 auch für Hessen keine Utopie, sondern Realität sein werden. Nur, wir wissen schon jetzt, dass Sie alles dafür tun werden, dass es uns am Ende so schwer wie möglich gemacht werden wird, dieses Ziel zu erreichen. Wir wissen schon heute, dass Sie sich im Gegenzug am Ende das Erreichen dieses Zieles auf Ihre eigenen Fahnen schreiben würden.

Die Umweltallianz, die bis heute keinerlei belastbare Ergebnisse vorgelegt hat, loben Sie weiter in den siebten Himmel, obwohl sich nur Bruchteile der Wirtschaft an der Allianz beteiligt haben.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein Beispiel: Das Mitglied Schornsteinfegerinnung wird mit allen Schornsteinfegern in Hessen als Einzelmitglied gezählt. Das ist übrigens die Mehrzahl der Mitglieder der Umweltallianz.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Sie haben heute hier angekündigt, dass Sie den Bauern eine Einladung zur Umweltallianz zuteil lassen werden. Wir können uns schon vorstellen, dass, wenn der Bauernverband beiträgt, die Zahl der Mitglieder der Umweltallianz ins Unermessliche steigen wird, was aber noch lange nicht heißt, dass am Ende irgendeine konkrete Maßnahme umgesetzt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Dann wird Herr Heidel einzeln gezählt, und dann wird Herr Häusling einzeln gezählt,

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und alle sind froh, in der Umweltallianz zu sein. Die Frage ist: „Was kommt dabei am Ende hinten heraus?“, wie Ihr großes Vorbild Helmut Kohl gesagt hätte. Diese Allianz macht nämlich keineswegs eine wirkungsvolle Umweltpolitik überflüssig.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich muss man auch auf Konsens setzen, aber eben auch, Herr Ministerpräsident, getreu Ihrem Motto, klare und mutige Entscheidungen treffen und im Zweifel auch in bestimmten Bereichen Gebote und Verbote aussprechen. Dort, wo Sie Regelungen in der Umweltpolitik ankündigen, kann es einen vor den Folgen nur grausen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wenn Sie sagen, Sie wollen den Hochwasserschutz verstärken, und Sie gleichzeitig eine Novelle des Wassergesetzes ankündigen, dann erinnern wir uns noch,

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass es erst ein Jahr her ist, dass diese Mehrheit im Landtag erreicht hat, dass man in Überschwemmungsgebieten wieder bauen darf. Wenn Sie ernst meinen, was Sie dort aufgeschrieben haben: Machen Sie keine Novelle der Verschlimmbesserung, sondern nehmen Sie diese Regelungen schlicht zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)



Denn wir können es uns im Sinne der von Ihnen neuerdings immer im Mund geführten Nachhaltigkeit nicht leisten, dass die schwarze Umweltpolitik in der neuen Legislaturperiode wieder so aussehen wird wie in der letzten Legislaturperiode, nämlich dass wir in fünf Jahren schlechter dastehen als heute.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Der Bereich der Landwirtschaft ist bei Ihnen völlige Fehlanzeige. Sie wollen den hessischen Landwirten nach wie vor vorgaukeln, dass die Vertrauenskrise der landwirtschaftlichen Produktion mit einigen zusätzlichen EU-Mitteln und Streicheleinheiten vonseiten eines Umweltministers, der sich zuerst als Bauer versteht – auch wenn er neuerdings um die Atomaufsicht kämpft –, zu lösen ist.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Meine Damen und Herren, damit liegen Sie jedoch fundamental falsch. Wenn wir es nicht schaffen, das verloren gegangene Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzuerlangen, werden die Landwirtschaft und insbesondere die von Ihnen hofierten konventionellen Betriebe krisenanfälliger denn je bleiben.

Dabei reicht es nicht aus, einige Versatzstücke aus dem Programm der GRÜNEN abzuschreiben, wie Sie es getan haben, indem Sie die Relevanz regionaler Märkte und Kreisläufe betont haben. Da hilft es auch nicht, von Nachhaltigkeit zu sprechen. Vielmehr hilft nur eine konsequente Forderung der ökologischen und naturnahen Produktionsweisen. Dasselbe gilt für den Naturschutz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie unter Ihrer Regierung das Land Hessen ernsthaft zum „Naturschutzland“ erklären, obwohl Sie in der vergangenen Wahlperiode immer wieder die Schwächung und Verschlechterung des Naturschutzes in Hessen betrieben haben, ist dies geradezu unverschämte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind verantwortlich dafür, dass im Hessischen Naturschutzgesetz die Verbandsklage, die von Hessen einmal als Meilenstein in die Umweltpolitik eingeführt wurde, abgeschafft worden ist. Sie sind verantwortlich dafür, dass wir bei der Einrichtung des Nationalparks Kellerwald vier Jahre verschenkt haben. Wir haben sie verschenkt, nichts anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben am Ende etwas Lernfähigkeit bewiesen, wenn Sie jetzt schreiben, Sie wollten den Naturpark zu einem Nationalpark weiterentwickeln. Hier wie auch bei anderen Fragen fragt meine Fraktion: Warum nicht gleich so?

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben nämlich in den letzten vier Jahren jeden Antrag der GRÜNEN zu diesem Thema mit der Begründung abgelehnt, in der Region werde dies nicht akzeptiert. Wenn Sie dann in Ihrer Regierungserklärung sagen, dass die Entwicklung des Nationalparks Kellerwald in die „bewährten und vertrauensvollen Hände von Wilhelm Dietzel“ gelegt wird, ist allerdings die große Sorge angebracht, ob Sie das wirklich ernst meinen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man nämlich denjenigen, der sich in der Diskussion über den Kellerwald den Spitznamen „Kettensägen-Wil-

helm“ verdient hat, jetzt die Verantwortung für einen Nationalpark übernehmen lassen will, setzen wir ein paar große Fragezeichen dahinter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, Herr Ministerpräsident: Wir haben Ihnen immer gesagt – übrigens aus genau dem Grund, den Sie in Ihrer Regierungserklärung angesprochen haben –, dass man auch aus wirtschaftlichen Gründen den Tourismus nicht vernachlässigen darf und dass die Natur sowie die Umgebung des Kellerwaldes von einem solchen Nationalpark profitieren würden.

Das duldet keinen weiteren Aufschub. Herr Dietzel, noch in diesem Jahr müssen in Brüssel die nötigen Anträge gestellt werden. Sie können – auch da ist tätige Reue angesagt – etwas dafür tun, dass zu den vier verlorenen Jahren nicht noch welche hinzukommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Agenda für den Verbraucherschutz haben wir ebenfalls mit Interesse gelesen. Sie kam uns in bestimmten Bereichen sogar relativ bekannt vor: Auch hier war von regionalen Kreisläufen und kurzen Transportwegen in der Lebensmittelproduktion die Rede. Das Problem bei der ganzen Geschichte ist, dass Sie Ihren gereiften Erkenntnissen keinerlei Taten folgen lassen. Sie versuchen, gerade die Maßnahmen, die beispielsweise zur Erfüllung der Forderung nach Transparenz nötig sind, auf Bundesebene zu hintertreiben.

Wenn Sie das, was Sie dort zum Verbraucherschutz aufgeschrieben haben, ernst gemeint hätten, hätten Sie in Ihrer Regierungserklärung und in Ihrem Regierungsprogramm schreiben müssen, dass Sie das Verbraucherinformationsgesetz auf Bundesebene nicht mehr blockieren werden. Herr Ministerpräsident, das haben Sie aber nicht getan, und insofern kann sich für diese Überschriften kein Verbraucher und keine Verbraucherin irgendetwas kaufen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dietzel, wir erwarten allerdings, dass Sie sich als neuer Verbraucherschutzminister endlich und endgültig von Ihrer Vergangenheit im Bauernverband emanzipieren. Die Umweltverbände waren in ihrer Einschätzung sehr skeptisch. Wir verstehen diese Skepsis angesichts der Erfahrungen in den letzten Jahren sehr gut. Aber auch für Wilhelm Dietzel gilt dieser Grundsatz grüner Politik: Resozialisierungschancen – in diesem Falle umweltschutz- und verbraucherpolitische – verdient jeder. – Spätestens als Bauer Dietzel anfang, um die Atomaufsicht zu kämpfen, verspürten wir GRÜNEN eine gewisse Hoffnung, dass es zu einer reuigen Umkehr kommen würde.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dietzel, machen Sie etwas daraus, sowohl im Verbraucherschutz als auch bei der Atomaufsicht. Gerade in Bezug auf das AKW Biblis können Sie noch heute anfangen, Ihrer plötzlich erwachten Liebe zu der Atomaufsicht auch echte Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir gerade bei Wilhelm Dietzel sind, dem letzten Nordhessen im Rang eines Ministers, wollen wir uns die neue, selbst ernannte Nordhessenpartei CDU auch in diesem Punkt etwas genauer betrachten.

(Zuruf von der CDU)

Die von Ihnen im Wahlkampf reklamierte Kompetenz für Nordhessen entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nichts anderes als die Fortführung Ihres alten Beton- und Asphaltfetischismus. Sie listen lediglich neue Straßen und den Bau des Flugplatzes Kassel-Calden als Impulsprojekte auf. Sie wissen allerdings ganz genau, dass damit eben diese Entwicklungen, die Sie anstreben, nicht erreicht werden.

Wir sagen Ihnen hier und heute erneut, dass ein Flugplatz Kassel-Calden erstens in ein wirtschaftliches Desaster führt. Es ist doch kein Zufall, dass der Städte- und Gemeindebund der Gemeinde Caldén geraten hat: Stoßt die Anteile ab, weil ihr dieses Zuschussprojekt auf Dauer nicht finanzieren könnt.

Zweitens wird dieses Projekt nicht gebraucht. Zu den anderen Punkten die Flughäfen betreffend komme ich gleich noch.

Drittens kann man mit dem Geld wirklich Sinnvolleres tun, als es auf diese Art und Weise zu versenken.

Nord- und Mittelhessen haben mehr zu bieten, und sie haben Besseres verdient, als nur Planierplatz für neue Straßenbauprojekte zu sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Herr Lübcke, wer jetzt sogar die mausetote A 4 wieder aus dem Sarg holt, hat von moderner Verkehrspolitik wirklich nichts begriffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN haben schon vor Jahresfrist ein Nordhessenkonzept vorgelegt, das die Stärkung der Infrastruktur im Kasseler Umland vorsieht und gleichzeitig die Gewerbeansiedlung an diesen Infrastrukturachsen fördern will. Mit den Abermillionen Euro, die Sie aus der Zukunftsoffensive in den Bau des Flughafens Kassel-Calden hineinbuttern wollen, kann Sinnvolleres geleistet werden, als sie – dabei handelt es sich zu allem Überfluss um Geld, das eigentlich keiner mehr hat – für ein Projekt, das keiner mehr braucht, auszugeben. Nordhessen hat mehr verdient als die Antworten von vorgestern auf die Fragen von morgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, genauso, wie Sie beim Thema Kellerwald zugeben mussten, dass Sie vier Jahre verschenkt haben, müssen Sie endlich erkennen, dass das Ballungsraumgesetz für das Rhein-Main-Gebiet der regionalen Zusammenarbeit nicht die dringend benötigten Impulse gibt. Auch hier ist dringend ein Neustart geboten. Das Rhein-Main-Gebiet ist mehr als ein bloßes Flughafenumland.

Das bringt mich zum Thema Flughafen. Wir GRÜNEN bleiben dabei: Es gibt gute Gründe, am Frankfurter Flughafen nicht auszubauen, sondern in Bezug auf den Frankfurter Flughafen umzudenken.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, das hat vor allem damit zu tun, dass die Grenze der Belastung der Bürgerinnen und Bürger, die rund um den Flughafen wohnen, erreicht ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alternativen in Form einer Zusammenarbeit mit dem Flughafen Hahn im Hunsrück und mit dem Flughafen Köln-Bonn, der in naher Zukunft über eine direkte ICE-Verbindung zum Frankfurter Flughafen verfügen wird,

können eine neue Bahn am Standort Rhein-Main überflüssig machen.

Der Ausbau ist aber nicht nur in ökologischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht ein Hochrisikoprojekt. In diesem Saal wurde im Jahr 2000 ein Ausbaubeschluss gefasst, der noch von jährlichen Steigerungsraten bei den Passagierzahlen in Höhe von ca. 5 % ausging. Wir müssen inzwischen feststellen, dass wir nicht nur im Jahr 2001 einen Rückgang der Passagierzahlen gegenüber dem Vorjahr hatten, sondern dass das auch im Jahr 2002 der Fall war und – da muss man kein Prophet sein – dass wir wahrscheinlich auch im laufenden Jahr 2003 einen Rückgang der Passagierzahlen erleben werden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Um 150 %, oder was?)

Natürlich gibt es, angefangen beim 11. September bis hin zu SARS, immer wieder Einzelerklärungen, warum wir es angeblich nur mit Wachstumsdellen zu tun haben. Aber ob man eine inzwischen drei Jahre andauernde Entwicklung immer noch „Delle“ nennen kann, ist sehr fraglich.

Herr Aufsichtsratsvorsitzender, da stellt sich eine ganz praktische Frage: Wie soll die Fraport, die Sie heute wieder als „Jobmotor“ bezeichnet haben und die sich inzwischen dafür feiern lässt, dass sie auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet, angesichts einer Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie gerade viel Geld, z. B. in Manila, versenkt hat, sodass es dieses Jahr keine Dividende gibt, eigentlich bei sinkenden Passagierzahlen den Ausbau inklusive eventueller Entschädigungszahlungen finanzieren? Auch hier werden wir sehr deutlich hinter Ihre Fassaden schauen.

In der Innen- und Rechtspolitik werden wir dafür sorgen, dass die Bürgerrechte, die weder in Ihrem Regierungsprogramm noch in Ihrer Regierungserklärung auftauchten, nicht zu kurz kommen. Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis, und die Gewährung von Sicherheit ist eine Grundaufgabe des Staates. Dazu benötigt man allerdings bei der Polizei gut ausgebildete und gut ausgestattete Profis, jedoch keine unbesetzten Beamtenstellen einerseits und freiwillige Amateure andererseits.

Die Vorstellung zu haben, die Sicherheit über ein soziales Pflichtjahr beim freiwilligen Polizeidienst zu gewährleisten – ich hätte nicht gedacht, dass wir im Jahre 2003 eine solche Vorstellung im Plenarsaal des Hessischen Landtages erleben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es braucht bei der inneren Sicherheit immer das gewisse Augenmaß, das sowohl Volker Bouffier als auch Christean Wagner vermissen lassen. Wir werden uns verstärkt der Frage widmen, ob die Wahlplakate vom harten Durchgreifen und die Veränderungen, die in der letzten Wahlperiode im inneren Gefüge der hessischen Polizei begonnen wurden, Auswirkungen hatten, bei denen vielleicht das harte Durchgreifen von einigen zu wörtlich genommen wird.

Herr Ministerpräsident, hart durchzugreifen ist vielleicht z. B. bei Ihrem Landesvorstandsmitglied Margret Härtel angesagt. Da wäre einmal hartes Durchgreifen angesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Dr. Jung, wenn Sie meinen, dass Hessen ein Anziehungspunkt für Straftäter war, weiß ich nicht, wen Sie vertreten haben. Gucken Sie einmal in die eigene Fraktion.

Was wir Ihnen nicht durchgehen lassen: dass Sie auf der einen Seite sagen, „Der kleinste Regelverstoß muss konsequent geahndet werden“, und auf der anderen Seite unter dieser Messlatte selbst einfach mir nichts, dir nichts durchhausen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch bei Christean Wagner sehr genau darauf hinweisen, wo die Kompetenzen des Justizministers sind, was im Verantwortungsbereich des Landes Hessen passiert und wo wir es mit Schaufensteranträgen im Bundesrat zur Befriedigung der eigenen Klientel zu tun haben.

Wir werden zu guter Letzt nicht zusehen, wie Ihre Sozialministerin nach und nach die Sozialpolitik in Hessen abwickelt. Wenn man sich anschaut, was im Bereich der Jugendpolitik Teil des Regierungsprogramms ist – Jürgen Walter hat es schon vorgetragen –, und wenn man sich anschaut, was im Bereich der Frauenpolitik im Regierungsprogramm steht: Herr Koch, Sie können in der letzten Zeit immer so schön „Gender Mainstreaming“ aussprechen, aber am Ende wird man die Regierung an ihren Taten messen.

Wer einen Blick auf das hessische Kabinett wirft, der kann ganz genau sehen, wie der Beginn dieser Taten schon zu Anfang dieser Legislaturperiode aussieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Für die gleichrangige Besetzung werden Sie sich weiter einsetzen. Ich kann in dem Zusammenhang nur sagen: Wenn Sie nicht gestorben sind, dann setzen Sie sich weiter für die Berücksichtigung der Kompetenzen von Frauen ein. – Sie haben es bei der Vorstellung Ihres Kabinetts fertig gebracht, auf die Frage, wo die Nordhessen und wo die Frauen sind, mit dem schönen Satz zu antworten: Wir haben nicht nach regionalem oder Geschlechterproporz, sondern nach Sachkenntnis entschieden.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, das ist ein großes „Lob“ für die Frauen und ein sehr großes „Lob“ für die Nordhessen in Ihrer Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das widerspricht aber dem Wahlprogramm der CDU!)

Es zeigt vor allem deutlich, was von Ihren Überschriften zu halten ist. Besonders ärgerlich wird es, wenn Sie davon reden, dass es das vitale Interesse Ihrer Regierung sei, dass mehr Kinder geboren werden, und dann die Koch'sche Überschrift vom „Land der Tagesmütter“ gebraucht wird.

Herr Ministerpräsident, nach vier Jahren Ihrer Regierungszeit hatten Sie es immerhin fertig gebracht, bei den unter Dreijährigen 438 zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Das ist eine wahrhaft „stolze“ Leistung – 438 Betreuungsplätze im „Land der Tagesmütter“.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist vor allem ganz „stolz“, wenn man das einmal mit den 60.000 Kindergartenplätzen vergleicht, die grüne Familienministerinnen von 1991 bis 1999 in diesem Land geschaffen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, es ist richtig: Wir brauchen dringend Fortschritte bei der Kinderbetreuung in diesem Land. Wir ha-

ben in Deutschland im europäischen Vergleich Jahrzehnte verschenkt, vor allem auch, weil die Union in Teilen bis heute ein ideologisches Problem hat, weil relevante Teile Ihrer Partei bis heute der Meinung sind, dass Kinder zur Mama gehören und sonst nirgendwohin.

Es reicht nicht, sich vorsichtig verbal zu lösen und hier einmal Familientage zu veranstalten und dort Familientische einzurichten. Es braucht am Ende Taten und keine Ankündigungs- und Placebopolitik.

Wenn in Ihren Visionen für das Jahr 2015 steht, dass „Töchter“ der heutigen jungen Frauen die Betreuungsplätze für ihre Kinder finden sollen, dann ist das im doppelten Sinne eine Frechheit. Erstens. Bei Gender Mainstreaming geht es nicht nur um die Töchter, sondern auch um die Söhne, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens geht es nicht darum, dass die Töchter der heutigen jungen Frauen Betreuungsplätze finden, sondern dass wir hier zu relevanten Fortschritten kommen. Die Bundesregierung wird in diesem Bereich Geld zur Verfügung stellen. Machen Sie etwas daraus, statt weiterhin nur Ankündigungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in dieser Legislaturperiode jedenfalls erneut konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Kinderbetreuung in Hessen in diesem Parlament zur Abstimmung stellen und Ihnen die Gelegenheit geben, Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren, wir werden das in allen Politikbereichen tun, weil wir Ihnen in keinem Politikbereich Ihre übliche Masche durchgehen lassen: Erst werden große Wahlkampfsprüche geklopft, dann wird wenig bis nichts konkret angegangen und andere sind schuld, im Zweifelsfall immer Rote und GRÜNE, wenn der Erfolg auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, der bei Ihnen „Vision 2015“ heißt, verschoben wird.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): So ist es eben!)

Als Garnierung kommt als hessische Note die Verbalpreise „Law and Order“ und das Versprechen von geordneter heile Welt dazu. Herr Koch, Sie preisen eine Vision von Hessen an, welche den Erzählungen der Brüder Grimm alle Ehre machen würden.

(Clemens Reif (CDU): Das waren auch Hessen!)

Das Problem ist, dass vieles von dem, was Sie hier den Wählern weismachen wollen, von der von Ihnen verantworteten hessischen Realität so weit weg ist wie die Erde vom Mond.

Der Raum 307 W im Hessischen Landtag, in dem die Pressekongressen veranstaltet werden, hat in seiner Geschichte schon so einiges – auch einige Missgeschicke – erlebt. Aber es war doch eine sehr symbolträchtige Besonderheit, dass bei der Vorstellung Ihres Regierungsprogramms das Transparent mit der Aufschrift „Verantwortung für heute – Visionen für morgen“ nach kurzer Zeit krachend zu Boden fiel.

Es ist immer gut, wenn man manches aus dem Wahlkampf aufhebt. In der Offenbacher Innenstadt hat Herr Grüttner im Wahlkampf Düngestäbchen für Pflanzen mit der Aufschrift „Erfolgsland Hessen beim Wachstum Spitze“ verteilt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr habt grünen Tee verteilt!)



Wenn man diese Packung mit dem Foto von Roland und Anke Koch, „Freude am blühenden Heidekraut“, einmal umdreht

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– ich möchte jetzt sogar beiseite lassen, ich habe mir nämlich zwei Packungen mitgenommen, dass der Dünger zumindest meinem Hibiskus nicht gut getan hat –, steht da: „Erfolgsland Hessen –

(Zurufe von der CDU: Genau!)

stärkstes Wirtschaftswachstum, stärkster Rückgang der Arbeitslosigkeit, Rückgang der Kriminalität, steigende Aufklärungsquote“.

(Clemens Reif (CDU): Und demnächst: Anstieg der Kitas!)

Das ist schlappe zweieinhalb Monate her. Wir wissen inzwischen, dass Hessen im Jahre 2002 auf dem bundesweiten „Spitzenplatz“ acht beim Wirtschaftswachstum lag. Wir wissen inzwischen, dass wir im Rhein-Main-Gebiet einen exorbitanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Wir wissen inzwischen, dass die Kriminalität im Jahre 2002 mit Sicherheit nicht gesunken, sondern gestiegen ist.

Die Tatsache, dass es Ihr famoser Innenminister bis heute nicht geschafft hat, die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2002 zu veröffentlichen, obwohl dies für Ende Februar angekündigt war, lässt hinsichtlich des Umfangs dieses Anstiegs Böses ahnen.

Herr Koch, wir werden Ihnen ähnliche Täuschungsmanöver in Zukunft nicht mehr durchgehen lassen, sondern es Ihnen so schwer wie möglich machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Sie in den nächsten fünf Jahren Tag für Tag nicht an Ihren Überschriften, sondern an Ihren Taten messen.

(Clemens Reif (CDU): Na so was, da haben wir aber Angst!)

Herr Ministerpräsident, ein Letztes. Sie haben in der konstituierenden Sitzung des Landtags darum geworben, im Hessischen Landtag in Zukunft etwas kleinere Trommeln zu benutzen.

(Armin Klein (CDU): Die sind auch unnötig!)

– Das ruft der Richtige. – Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass sich diejenigen – nämlich Roland Koch und Franz Josef Jung –, die früher stolz darauf waren, der angeblich härtesten Opposition Deutschlands vorzustehen,

(Armin Klein (CDU): Das schließt sich nicht aus!)

dann an Stil und Umgang erinnern, wenn sie die absolute Mehrheit haben. Ich möchte Ihnen trotzdem darauf antworten. Sie werden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine ganze Bandbreite von Instrumenten vernehmen.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren eine harte, eine konsequente und eine konstruktive Opposition gleichzeitig sein. Wir werden unsere Alternativvorstellung zu Ihrer Politik hier im Parlament zur Diskussion und zur Abstimmung stellen, und zwar in den lieblichsten Tönen, die Sie sich vorstellen können.

Wir werden Sie deutlich vernehmbar darauf hinweisen, wenn Sie Ihren eigenen Ankündigungen keine Taten fol-

gen lassen werden. Wir werden aber da, wo es nötig ist, nicht nur zu großen Trommeln, sondern, wenn es sein muss, auch zu Pauken und Trompeten greifen. Herr Ministerpräsident, welche Töne Sie hören werden, haben Sie zu einem großen Teil selbst in der Hand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eines aber werden wir immer tun: Wir werden uns jeden Tag fragen, wie wir Hessen fairer und moderner machen können. Denn wir sind wirklich an Hessen interessiert. Weil wir an Hessen wirklich interessiert sind, werden wir auch jeden Tag daran arbeiten, und es kann leichter passieren, als Sie denken, dass Sie in fünf Jahren direkt aus einer absoluten Mehrheit heraus in die Opposition wechseln. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Kollege Hahn.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach dem Krieg, hat in den Verhandlungen des Deutschen Bundestages im Jahre 1949 Folgendes festgestellt – ich zitiere –:

Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzeigen.

Diesem Auftrag der Opposition, konstruktiv im parlamentarischen Alltag aktiv zu sein, will und wird die FDP-Fraktion in diesem Haus in den nächsten Jahren gerecht werden.

(Beifall bei der FDP)

Das Wahlergebnis am 2. Februar 2003 hat für uns Liberale zum einen das sehr positive Ergebnis erbracht, dass wir die Stärke unserer Mannschaft im Hessischen Landtag von sechs auf neun Mitglieder erweitern konnten. Wir sind von 5,1 % auf 7,9 % der Wählerstimmen angewachsen. Keine andere Fraktion dieses Hauses konnte um 50 % zulegen. Das konnten nur wir Liberale. Wir sind stolz darauf.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diesen Erfolg führen wir zum einen darauf zurück, dass wir in den vergangenen vier Jahren gemeinsam mit unserem ehemaligen Koalitionspartner, der Union, eine für unsere Bürger erfolgreiche Politik gemacht haben. Dies reichte von der Umsetzung der vollständigen Unterrichtsversorgung über mehr innere Sicherheit und den in die Freiheit entlassenen Hochschulen bis hin zu liberaler Wirtschaftspolitik. Es reichte vom Ausbau des Landesstraßennetzes bis zur Einführung der Umweltallianz. Dies ging vom Erhalt der Börse in Frankfurt bis hin zum Beginn des Ausbaues des Rhein-Main-Flughafens.

Das alles sind Themen, die für die Menschen unseres Landes wichtig waren und die offensichtlich von den Politi-

kern der FDP im Parlament und von Ruth Wagner und Dieter Posch in der Landesregierung hervorragend behandelt wurden. Das ist sicherlich einer der Gründe, warum wir die Stärke unserer Mannschaft hier um 50 % erhöhen konnten.

(Beifall bei der FDP)

Andererseits ist uns aber auch Folgendes klar: Die Bürger wollten erreichen, dass die FDP dazu beiträgt, dass diese liberal-bürgerliche Politik der Regierungszeit von 1999 bis 2003, die mit den Namen Roland Koch und Ruth Wagner verbunden ist, in Hessen auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Tatsache, dass die CDU-Fraktion eine Mehrheit in diesem Haus bekommen hat, hat zu der bekannten Entscheidung meiner Partei geführt, an der Regierung keine Beteiligung mehr suchen zu wollen. Unsere Maxime für diese Legislaturperiode lautet deshalb: Wir Liberale werden in Hessen nicht mehr mitregieren. Wir Liberale werden in Hessen künftig aber trotzdem mitgestalten, und zwar mit den Mitteln, die das Parlament hat.

(Beifall bei der FDP)

Verehrter Herr Kollege Al-Wazir, um das Mitgestalten erreichen zu können, werden wir niemals in der Oppositionsrolle ankommen, wie Sie sie verstehen und wie Sie sie in den letzten vier Jahren praktiziert haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch gut so!)

Sie haben Fundamentalopposition betrieben und alle guten Ansätze des Regierungshandelns negiert. Teilweise haben Sie auch die Grundregeln des menschlichen Anstandes nicht beachtet. Dies hat die rot-grüne Fundamentalopposition in der abgelaufenen Legislaturperiode in diesem Hause nicht nur einmal gemacht. Dies wird es bei der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Wir kuscheln nicht mit den Regierenden. Wir treten aber auch nicht mit den Fundamentaloppositionisten. Wir Liberale wählen den dritten Weg. Er liegt zwischen den Positionen der regierenden CDU-Fraktion dieses Hauses und der Landesregierung auf der einen Seite und der offensichtlich gewollten Fundamentalopposition von Rot und Grün auf der anderen Seite. Der Redebeitrag des Herrn Al-Wazir und auch der meiste Teil der Rede des Herrn Kollegen Walter haben darauf hingewiesen. Wir Liberale in Hessen werden den Weg suchen, den Kurt Schumacher 1949 für die Bundespolitik vorgegeben hat. Wir werden konstruktive Vorschläge einbringen. Wir werden die konstruktiven Vorschläge der Regierung erkennen. Wir werden Gesetzesvorlagen, die eine liberale Handschrift tragen, verbessern, damit unser Hessenland auch in den nächsten Jahren nach vorne gebracht werden wird. Das wird aber nur mit einer liberal-bürgerlichen Politik gehen, wie es sie in den letzten vier Jahren gegeben hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir Liberale vertrauen nicht darauf, dass die Mehrheitsfraktion der CDU und Sie liberale Politik gestalten werden. Das können Konservative auch nicht,

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dieter Posch (FDP) – Widerspruch des Abg. Dr. Christean Wagner (CDU))

auch wenn es bei den Konservativen sicherlich den einen oder anderen Liberalen gibt. Ich sage dabei jetzt aber nicht „lieber Herr Dr. Christean Wagner“.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Manchmal stelle ich sogar fest, dass es nicht nur bei der Union den einen oder anderen Menschen mit liberalen Gedanken gibt. Vielmehr gibt es solche auch bei den Sozialdemokraten und auch bei den GRÜNEN. Nur, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen jetzt ein Geheimnis verraten: Die meisten Liberalen innerhalb einer Partei gibt es nun einmal in der FDP. Denn wir sind die liberale Partei.

(Beifall bei der FDP)

Die Stärke Hessens in den letzten vier Jahren war es gerade, eine liberal-bürgerliche Politik gehabt zu haben. Der Staat musste sich zurücknehmen. Es gab keine Landesbürgerschaft für die Philipp Holzmann AG. Die Börse konnte in Frankfurt gehalten werden. Es wurden nur Änderungen des Polizeigesetzes verabschiedet, denen der Datenschutzbeauftragte zugestimmt hatte. Dies sind nur einige Beispiele dafür, was es bedeutet, ein von Liberalen mitgeprägtes Land zu sein.

Wir machen nun aus der Not, nicht mehr in der Landesregierung vertreten zu sein – das war unsere eigene Entscheidung –, eine Tugend, die heißt: Alle Vorhaben, die die Regierung Roland Koch im Parlament einbringt und die den Kriterien einer liberal-bürgerlichen Politik entsprechen, werden von der FDP-Fraktion mitgetragen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu allen Vorhaben, bei denen wir noch die Hoffnung haben, die liberal-bürgerlichen Inhalte durchsetzen zu können, werden entsprechende Änderungsanträge der FDP-Fraktion dieses Hauses eingebracht werden. Wir werden gegen alle Maßnahmen stimmen, die von Anfang an so konservativ sind, dass wir erkennen müssen, dass wir ihnen hilflos und machtlos vis-à-vis stehen. Denn wir sind und bleiben Liberale.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden also keine Fundamentalopposition à la Rot-Grün machen. Es wird auch kein Kuscheln zwischen der Oppositionsfraktion FDP und der Regierung geben.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na!)

Vielmehr wird eine Rückbesinnung auf die Aufgabe der Oppositionsarbeit erfolgen, wie sie Kurt Schumacher 1949 im Deutschen Bundestag beschrieben hat. Wir werden hier nicht mit Schaum vor dem Mund stehen und irgendwelche Vorschläge der Regierung per se ablehnen. Vielmehr werden wir immer wieder die Messlatte anlegen, die für uns, die Liberalen, wichtig ist. Sie heißt: Mehr Freiheit für jeden einzelnen Bürger unseres Hessenlandes.

Ist eine Maßnahme unter dieser Prämisse für einen Liberalen akzeptabel und hätten wir einer Maßnahme z. B. in einem Koalitionsgespräch zugestimmt, so werden wir ihr selbstverständlich auch im Parlament zustimmen. Hätten wir ihr aber in einem Koalitionsgespräch nicht zugestimmt, werden wir es im Parlament auch nicht tun. So einfach wird künftig die Arbeitsweise der FDP-Fraktion in diesem Hause sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute die Regierungserklärung von Roland Koch gehört. Ich muss sagen: Vor vier Jahren war, als Roland Koch seine Regierungserklärung abgegeben hat, war mehr Aufbruchstimmung als am heutigen Tage.

(Beifall bei der FDP)

Wir konnten die Regierungserklärung lesen. Wir haben uns mit ihr beschäftigen können. Lassen Sie mich dazu Folgendes sagen. Eines fand ich schon sehr interessant. Bereits in der Zeit nach Ende des Landtagswahlkampfes und der Konstituierung dieses Hauses hat es innerhalb der mit einer absoluten Mehrheit versehenen CDU sozusagen interne Koalitionsverhandlungen gegeben.

Das CDU-Wahlprogramm wurde nicht 1 : 1 umgesetzt, lieber Kollege Klein. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen, dass sogar Teile des FDP-Programms abgeschrieben worden sind.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber wie!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, warum haben Sie Koalitionsverhandlungen mit sich selbst geführt? Sie haben es deshalb getan, weil Ihr Landesvorsitzender und wieder gewählter Ministerpräsident in den Wochen nach der Wahl erklärt hat, er werde auch ohne die FDP am Kabinetttisch eine liberal-bürgerliche Politik in diesem Lande fortführen. Deshalb haben Sie jetzt semantische Übungen gemacht. Ob Ihnen das in der praktischen Politik gelingt, da halte ich es einmal mit Kaiser Franz und sage: Schauen wir einmal, ob Ihnen das gelingt.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale sind selbstbewusst genug. Ich habe darauf hingewiesen, wir haben die höchste Steigerung der vier in diesem Hause vertretenen Parteien am 2. Februar erzielen können. Wir sind selbstbewusst genug. Nur wir, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union – da spreche ich Franz Josef Jung und seine Mannen und Frauen direkt an –, können die Frage beantworten, ob denn das, was Sie veranstalten, tatsächlich die Fortführung der liberal-bürgerlichen Politik à la Roland Koch und Ruth Wagner ist

(Beifall bei der FDP – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

oder ob es eine Stoiberisierung der hessischen CDU ist. Wir haben die entsprechenden rationalen Instrumente in der Hand, um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen: Das ist liberal-bürgerliche Politik, was die Wähler am 2. Februar mit über 57 % der Stimmen in Hessen dotiert haben, oder das ist eine Politik ab nach Stoiberland, ab nach Bayern, was die Hessen bekanntlich nicht wollen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Das von Ihnen vorgestellte Regierungsprogramm hätten wir so nicht unterschrieben. Da hätten wir ein bisschen länger, ich glaube sogar, ein bisschen lange länger verhandeln müssen und uns z. B. über die Frage weniger Staat, weniger Hessenverwaltung, Deregulierung,

(Ministerpräsident Roland Koch: Kommt noch!)

Bürokratieabbau, Vereinfachung der Verfahren, Reduzierung der Kabinettsposten, Finanzsituation des Landes Hessen, Einrichtung der vorschulischen Erziehung in Form einer Kinderschule, Förderung von mehr Demokratie auf Landes- und auf Kommunalebene, Einführung eines Bildungsgutscheinsystems anstelle von Studienstraf-

gebühren unterhalten müssen. Das sind nur einige Beispiele. Wir müssen uns fünf Jahre mit dem Regierungsprogramm auseinander setzen. Ich will nicht alle die Dinge jetzt schon aufzählen, die kontrovers zwischen Union und FDP in den Koalitionsverhandlungen besprochen worden wären.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle festhalten: Lieber Ministerpräsident Roland Koch, es ist kein Programm, das zu 90 % liberal-bürgerlich ist. Es ist ein Programm, das eine absolute CDU-Regierung gemacht hat. Sie hat auch ein gutes Recht dazu, konservative Politik zu machen. Aber bitte nicht das Etikett draufpacken, es sei liberal-bürgerlich. Wenn etwas liberal-bürgerlich ist, dann werden wir es an dieser Stelle feststellen, dann werden wir es auch mitmachen.

(Beifall bei der FDP)

Dreh- und Angelpunkt – das haben alle Vorredner schon gesagt – einer erfolgreichen Arbeit für die Bürger in unserem Lande ist selbstverständlich eine solide Finanzpolitik. Wir Liberalen stehen dazu, dass wir im vergangenen Jahr gemeinsam in der damals regierenden Koalition von FDP und CDU eine erhebliche Ausweitung der Netto-neuverschuldung vorgenommen haben. Ob das gemeinsame Handeln rechtens war, darüber wird der Hessische Staatsgerichtshof entscheiden, niemand anderes. Von dieser Stelle haben aber Roland von Hunnius als der haushaltspolitische Sprecher und auch ich im vergangenen Jahr im Rahmen der Debatte um den Haushalt 2003 immer wieder deutlich gemacht, dass wir mit diesem Griff in das Portemonnaie unserer Enkelkinder eine einmalige schlechte Vorgehensweise mitgemacht haben. Wir haben im vergangenen Jahr noch darauf vertraut, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, dass die Bundesregierung ihre grotten-schlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik endlich ändert, dass es mit der Wirtschaft in unserem Lande wieder aufwärts geht und dass es damit auch wieder vernünftige Steuereinnahmen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Leider haben wir Liberalen uns getäuscht. Sie machen weiterhin diese grotten-schlechte Politik. Es ist keinerlei Silberstreif am Himmel zu erkennen.

Jetzt ist offensichtlich die FDP die einzige Partei auf Bundesebene, die Kanzler Gerhard Schröder ihre Unterstützung bei der Verabschiedung der neuen Sozialgesetze und einer marktwirtschaftlichen Reform angeboten hat. Die hessische SPD ist offensichtlich nicht bereit, dieses Minimalpapier „Agenda 2010“ zu unterstützen. Liebe Kollegin Ypsilanti, ich kann ja verstehen, dass persönliche Profilbildung als neue Landesvorsitzende wichtig ist.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Sie reden aus Erfahrung?)

Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, was der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gabriel, Ihr Parteifreund, gerade am vergangenen Mittwoch gesagt hat. Er wurde zitiert mit den Worten, diese vier Reförmchen reichten nicht aus, um Wachstum und Beschäftigung zu erzeugen. Die SPD müsse sich wieder zu dem Begriff „wirtschaftliches Wachstum“ bekennen. – Gabriel hat vollkommen Recht.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle, die wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen wollen und die wir auch eine vernünftige Sozialpoli-



tik machen wollen, müssen uns wieder zum Begriff „wirtschaftliches Wachstum“ bekennen. Die hessische FDP, die gesamten Freien Demokraten in Deutschland bekennen sich dazu. Wir halten es – das muss in der Diskussion gesagt werden; denn es hat schon etwas mit dem Ergebnis zu tun, das die Sozialdemokraten in diesem Land am 2. Februar eingefahren haben – für unverantwortlich, was die Hessen-SPD unter Ihrer Verantwortung in den letzten drei Wochen veranstaltet hat. Ypsilanti in Hessen und Rüdiger Veit in Berlin, ein Dream-Team der sozialistischen Rolle rückwärts aus Hessen-Süd. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man Deutschland nun wahrlich nicht gestalten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Genauso deutlich sage ich an dieser Stelle, dass die FDP den Bundesratsbeschluss mit den weit reichenden Steuererhöhungen in Milliardenhöhe scharf kritisiert. Mit dieser Entscheidung vom vorvergangenen Freitag wird die deutsche Wirtschaft um insgesamt 8 Milliarden € belastet. Als einzige Partei hat sich die FDP mit allen ihren Bundestagsabgeordneten sowie allen Landesregierungen, in denen die Freien Demokraten beteiligt sind, gegen diese verheerende Maßnahme ausgesprochen. Die FDP ist damit die einzige Partei, die klar auf dem Steuersenkungskurs geblieben ist. Davon haben sich die Unionisten leider verabschiedet.

(Beifall bei der FDP)

Werter Herr Ministerpräsident Koch, gäbe es noch eine bürgerlich-liberale Koalition von FDP und CDU in Hessen, hätte das Land Hessen nicht mit Ja im Bundesrat für mehr Steuern für Unternehmen und gegen den Mittelstand in Deutschland stimmen dürfen. Wir Liberalen hätten dies verhindert.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind gegen die verheerenden konjunkturpolitischen Signale, die mit diesem Beschluss verbunden sind. Es ist eine Augenwischerei der großen steuerlichen Koalition von Rot und Schwarz, und das mildert auch nicht die Tatsache, dass bei den Steuern für die Unternehmen ein gewisser Nachholbedarf befriedigt werden musste. Das Papier ist insgesamt schlecht, es ist eine Belastung. Es wird die Unternehmen nicht nach vorne bringen, sondern weiter in die Depression führen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, besonders ärgert uns, wenn Vertreter von Volksparteien immer nur Änderungen im Steuerrecht zulasten der Bürger im Sinne haben, wenn sie mehr Steuereinnahmen haben wollen. Was für die Sozialdemokraten die Vermögen- und Erbschaftsteuer ist, das ist für die Christdemokraten die Ausweitung der Gewerbesteuer. Wann eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Volksparteien, nehmen Sie zur Kenntnis, dass es einfach nicht stimmt, dass man mehr Steuereinnahmen bekommt, wenn man diese im Gesetz- und Verordnungsblatt beschreibt?

(Beifall bei der FDP)

Wann nehmen Sie zur Kenntnis – Herr Ministerpräsident, Sie reden in den entsprechenden Vorträgen häufig davon –, dass Deregulierung, Entstaatlichung, Reduzierung der Steuerlast, damit vor allem die Klein- und Mittelständler wieder Luft bekommen und Arbeitsplätze schaffen können, die Mittel sind, um letztlich mehr Steuern einzunehmen? Warum fällt Ihnen nur wieder eine neue Steuererhöhung ein? Wie gesagt, das Thema Gewerbesteuer-

erhöhung ist bei profunder Unterstützung durch Oberbürgermeisterin Petra Roth dabei, zu einer erheblichen Belastung der Dienstleister insbesondere im Rhein-Main-Gebiet zu werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das machen wir Liberalen in diesem Hause nicht mit, das machen wir Liberalen im Bundestag nicht mit. Das ist nicht unser Thema.

(Beifall bei der FDP)

Unser Thema ist die Privatisierung. Lassen Sie mich – ich habe schon in einer Presseerklärung am letzten Freitag darauf hingewiesen – gewissermaßen im Scherz auf die Schlitzer Kornbrennerei hinweisen. Im Ernst geht es mir um die Beteiligung des Landes Hessen an der Messe Frankfurt GmbH. Herr Ministerpräsident, wo sind denn die Initiativen? Wo ist z. B. der Blick, der Ruf aus Frankfurt von Ihrer Parteifreundin Petra Roth, dass sie sich daran beteiligt? Sie merken, wir suchen uns die Dinge nicht so aus, wie es uns passt. Eine weitere Privatisierung der Fraport AG halten wir zum jetzigen Zeitpunkt für vollkommen kontraproduktiv. Aber warum das Land Hessen eine Beteiligung in hohem Maße an der Messe Frankfurt GmbH hält, das verstehen wir nicht. Wären wir in der Koalition mit Ihnen, hätte im Regierungsprogramm gestanden, dass die Beteiligung abgeschafft wird. Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, machen offensichtlich weiter.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, wir vermissen Strukturreformen bei der Haushaltsaufstellung, bei der Weiterentwicklung der PEB zu einer Personalvermittlungsstelle mit Sanktionsmaßnahmen. Wir vermissen konkrete Beispiele anhand des aktuellen Subventionsberichts zum Thema Abbau von Subventionen, und zwar hier in Hessen.

Herr Ministerpräsident, wir vermissen in Ihrem Programm und auch in Ihrer Rede heute konkrete Beispiele über das Thema „kommunaler Landrat“ hinaus, wie Sie die immer noch nicht hundertprozentig effiziente und effektive Hessenverwaltung reformieren wollen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, einschneidende Maßnahmen sind notwendig, um den Haushalt wieder zu sanieren, um unser Hessenland gegen die grottenschlechte Wirtschafts- und Finanzpolitik von Rot-Grün einigermaßen auf Kurs zu halten. Leider ist weder in dem Regierungsprogramm noch heute in der Regierungserklärung Konkretes erfassbar gewesen. Wir meinen, das reicht für ein Regierungsprogramm nicht aus. Wären wir in einer Regierungskoalition mit Ihnen, dann hätten wir heute konkrete Punkte mit den Damen und Herren im Parlament diskutieren können. So müssen wir ein bisschen warten, bis Sie in diesen Fragen vielleicht zu konkreten Lösungsvorschlägen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Dass die Wirtschaftspolitik für die CDU nur an sechster Stelle der Prioritäten steht, die Verkehrspolitik nur an zwölfter Stelle, das überrascht uns Liberale schon. Die Wirtschafts- und Verkehrspolitik war in der letzten Legislaturperiode eine der Prioritäten. Es gab drei Schwerpunkte: Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft. Zum Bereich Wirtschaft gehört auch der Verkehr. Ich sage das, damit Sie merken, wie aufmerksam wir Ihr Programm nicht nur gelesen, sondern auch verfolgt haben, dass Sie die Wirtschaftspolitik auf Rang sechs und die Verkehrspolitik auf sogar auf Rang zwölf haben abrutschen lassen.

Es ist selbstverständlich vernünftig, die Verkehrspolitik fortzusetzen, die wir in den letzten vier Jahren gemeinsam begonnen haben. Das war ja einer der Rucke, die durch das Land gegangen sind. Es ist doch vollkommen klar, dass Sie diese Politik weiter betreiben sollten. Unter der Regierungsverantwortung meines Parteifreundes Dieter Posch sind 250 Millionen € zusätzlich in den Landesstraßenbau geflossen. Das war eine gemeinsame Leistung der Regierungskoalition von CDU und FDP. Dass Sie das fortschreiben, ist das Vernünftigste der Welt.

Es ist vernünftig, dass Sie das Programm „Frankfurt 2010“, die Öffnung des öffentlichen Personennahverkehrs rund um den Hauptbahnhof Frankfurt am Main, fortsetzen. Die Einleitung dieses Programms ist ebenfalls eine Leistung von Dieter Posch. Das sagen sogar sozialdemokratische Landräte, z. B. sagt das Rolf Gnadt aus der Wetterau. Dieter Posch hat es nun einmal vor eineinhalb Jahren geschafft, die Politiker der Freien und Reichsstadt Frankfurt am Main davon zu überzeugen, dass sich die Verkehrsproblematik im Rhein-Main-Gebiet nicht nur auf Fragen des Sackbahnhofs Frankfurt am Main beschränkt, sondern dass es auch um das S-Bahn-System geht. Dass Sie das fortsetzen, ist das Vernünftigste und Selbstverständlichste der Welt. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dafür werden Sie selbstverständlich unsere Unterstützung bekommen, aber Sie werden nicht überrascht sein, dass wir in diesem Bereich ein bisschen mehr erwartet haben.

Verwirrt sind wir beim Thema Kassel-Calden. Die notwendigen 40 bis 50 Millionen € sind zwar zur Verfügung gestellt worden, aber schon in den Jahren der Regierungsverantwortung von FDP und CDU. Ich frage hier ganz ausdrücklich, weil bislang weder Ministerpräsident Roland Koch noch Kollege Franz Josef Jung darauf eingegangen sind, was die Formulierung „Wir werden dafür sorgen, dass der Verkehrslandeplatz ... ausgebaut wird“ in Ihrem Papier bedeutet. Wird die Region mit dem Betrieb alleine gelassen? Ist diese Formulierung vielleicht bereits ein Hinweis darauf, dass die amtierende Landesregierung das Projekt Kassel-Calden bald zur Abschreibung stellt? Hier ist ganz dringend ein intensiver Hinweis seitens der Landesregierung vonnöten. So, wie es dort steht und wie Sie es heute kommuniziert haben, wird die Verunsicherung in der Region Nordhessen bei diesem Thema weiterhin bestehen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Es bleibt alles so, wie es ist!)

Die Landesregierung und die sie tragende Fraktion der CDU werden beim Ausbau des Rhein-Main-Flughafens die hundertprozentige Unterstützung der FDP haben. Ich sage das hier ausdrücklich. Egal, ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind: Wir halten die Lösung der Kapazitätsprobleme des Rhein-Main-Flughafens für ein derart wichtiges Thema, dass dieses in keinsten Weise in die parteipolitischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden darf. Dazu sollten wir weder große noch kleine Trommeln benutzen, sondern am besten überhaupt keine, sondern vielmehr unser Gehirnschmalz, damit die Probleme so schnell wie möglich und richtig gelöst werden.

(Beifall bei der FDP)

Mit uns Liberalen wird es keinerlei Wackeln geben. Dabei brauchen wir auch nicht mit irgendwelchen Kuschelkursen versorgt zu werden, wie es der Kollege Al-Wazir in den letzten Tagen formulieren zu müssen meinte. Für uns

gibt es eine „Bibel“. Michael Denzin und ich als Fraktionsmitglieder und Dieter Posch als Wirtschaftsminister der letzten vier Jahre haben häufig, auch von diesem Pult aus, gesagt: Diese „Bibel“ sind die fünf Punkte des Mediationsergebnisses – und zwar, Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Kaufmann, alle fünf Punkte.

(Beifall bei der FDP)

Wir betreiben keine Rosinenpickerei wie die GRÜNEN, OB Grandke und andere kommunale Würdenträger rund um den Flughafen. Wir wollen die Umsetzung aller fünf Punkte. Die zwei wichtigsten sind der Ausbau des Flughafens und das Nachtflugverbot. Ich möchte ganz bescheiden anmerken, dass ich das Bild geprägt habe, dass es nur die Münze gibt, die auf der einen Seite den Ausbau des Flughafens und auf der anderen Seite das Nachtflugverbot zeigt. Münzen kann man bekanntlich nicht teilen. Deshalb muss jeder, der meint, dort einen Keil hineinschieben zu können, wissen, dass die FDP, auch in ihrer Funktion als konstruktive Fraktion im Parlament, immer für die Lösung der Kapazitätsprobleme des Rhein-Main-Flughafens stehen wird – unter der Bedingung, dass wir es erreichen, das Nachtflugverbot in der Zeit von 23 bis 5 Uhr so festzuschreiben, dass dagegen keiner mehr klagen kann.

Dazu gehören auch die Wartungshallen für den A 380. Ich sage das hier ganz deutlich. Machen Sie sich bitte nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie sich mit anderen wichtigen Themen und weniger mit der Erweiterung des Frankfurter Flughafens beschäftigen können. Wenn wir die Wartungshallen für den A 380 nicht nach Frankfurt bekommen, geben wir der Lufthansa die Möglichkeit – die sie gar nicht haben will, denn sie will ja nach Frankfurt –, die Wartungsarbeiten nach München zu verlagern. Dies hätte für den internationalen Hub auf dem Rhein-Main-Flughafen gravierende Folgen.

Eines ist doch klar: Wenn sich im Flugverkehr eines richtig rechnet, dann sind es die Interkontinentalflüge. Die rechnen sich umso besser, je größer die Maschinen sind. Das ist eine relativ einfache Logik. Dort, wo die großen Maschinen stehen, werden die Interkontinentalflüge starten, und damit die großen Maschinen voll werden, muss man diesen Abflugflughafen mit kleinen Fliegern ansteuern. Ein ganz zentraler Punkt der weiteren Entwicklung unseres Flughafens sind also die A-380-Wartungshallen. Wie mit diesem Thema in den letzten Tagen und Wochen von einigen Kommunalpolitikern aller Parteien – da will ich überhaupt nicht mit irgendwelchen schwarzen, roten, gelben oder grünen Fähnchen winken – umgegangen wurde, war nach meiner Auffassung relativ verantwortungslos gegenüber der Region Rhein-Main.

Lassen Sie mich einen letzten Satz zum Thema Flughafen sagen. Herr Kollege Al-Wazir, Ihre Fraktion hat am 11. April eine Presseerklärung herausgegeben – ich dachte zuerst, sie trage das Datum 1. April –, in der tatsächlich stand, dass Sie jetzt als ökonomischer Berater von Fraport auftreten müssten, weil die Damen und Herren im Aufsichtsrat und im Vorstand nicht mehr wüssten, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung verlaufe. Herr Kollege Al-Wazir, ich möchte jetzt keine Vergleiche anstellen, denn ich möchte mich an das Verbot der großen Trommel halten, und ich möchte auch keine Aussagen der Qualität verbreiten, die heute in der Zeitung nachzulesen sind und von Ihnen und Herrn Kaufmann stammen. Ich will stattdessen ganz entspannt sagen: Man braucht Ihren Rat deshalb nicht, weil er falsch ist. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass bereits seit drei Jahren ein Kapazitätsengpass auf

dem Flughafen Rhein-Main besteht. Dieser Engpass muss nicht erst kommen, sondern er ist bereits da.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der Flugraumkoordinator könnte 15 % mehr Slots vergeben, denn es gibt genug verbindliche Anfragen internationaler Airlines für den Rhein-Main-Flughafen. Mit einem einzigen Federstrich könnte die Kapazität des Flughafens um 15 % gesteigert werden. Die Slots können aber nicht vergeben werden, weil wir auf dem Flughafen ein Kapazitätsproblem haben. Ihre Diskussion ist fehlgesteuert, wenn Sie von einer „Delle“ infolge des 11. September sprechen. Es gibt bereits jetzt Kapazitätsprobleme.

Deshalb ist es sehr einäugig, davon auszugehen, weil es den 11. September und jetzt die bedauerliche Lungenkrankheit SARS gibt, dürfe man – das ist Ihre Argumentation – den Rhein-Main-Flughafen nicht mehr ausbauen, denn das sei wirtschaftlich unsinnig. Dazu kann ich nur sagen: Sorry, Herr Kollege Al-Wazir, beschäftigen Sie sich mit diesem Thema und mit der Verknüpfung des Rhein-Main-Flughafens mit dem Flughafen Hahn und dem Flughafen Köln-Wahn bitte etwas intensiver.

Die GRÜNEN in diesem Landtag sind die Einzigen, die gegen den Ausbau sind. Sie wissen, dass Joseph Martin Fischer für den Ausbau ist. Er fliegt ja auch häufig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

– Die Bundesregierung ist für den Ausbau. Herr Kaufmann ruft zwar immer „Falsch!“, aber er irrt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kenne ihn besser als Sie!)

– Herr Kollege Kaufmann, Sie meinen, etwas besser zu wissen. Wenn die Bundesregierung durch einen bestellten Staatssekretär mitteilen lässt – dieses Schreiben haben wir hier schon fünfmal verlesen –, dass für die Bundesregierung der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens Teil des Luftfahrtkonzepts ist, so hilft mir Ihre Aussage relativ wenig weiter. Ich finde Sie zwar sympathisch, aber Ihre Aussage interessiert mich trotzdem nicht, wenn nur Sie diese Meinung vertreten. Da baue ich schon auf die kompetente Aussage eines Staatssekretärs der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind alle nicht mehr im Amt, aber ich bin noch hier, Herr Kollege!)

Herr Kaufmann, jetzt können Sie zwar sagen, dass Sie klüger sind als er – aber das macht ihr bitte parteiintern aus.

Ein letzter Beitrag zum Thema Wirtschaftspolitik, der einer der ersten der FDP gewesen ist. Meine Damen und Herren von der CDU, wir lesen mit großer Freude in Ihrem Regierungsprogramm, dass Sie sich für den Finanzplatz Frankfurt am Main einsetzen wollen.

Ich will überhaupt nicht karikierend an dieses Thema herangehen, weil ich weiß, dass die gemeinsame Initiative in den letzten vier Jahren schon enorm war. Ich möchte Sie aber einmal daran erinnern, dass es Dieter Posch gewesen ist, der einen zentralen Punkt des Finanzplatzes Rhein-Main gerettet hat. Hätte es die FDP und hätte es Dieter Posch vor zweieinhalb Jahren nicht gegeben, Sie hätten die Börse mit ihrem „alten Markt“ – der damals abschätzig „alter Markt“ genannt worden ist – nach London abgegeben. Sie hätten mit stolzgeschwellter Brust – ich glaube, dass einige CDU-Minister in vorderster Reihe ge-

standen hätten – den neuen Markt in Frankfurt eröffnet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute gibt es keinen neuen Markt mehr, also gäbe es in Frankfurt auch keine Börse mehr. Es war schon klug, dass die FDP, dass Dieter Posch sich so vernünftig verhalten hat, wie er sich verhalten hat.

(Beifall bei der FDP)

Aber wir haben das gemeinsam gemacht, ich will das überhaupt nicht wegdiskutieren. Dass jetzt in Ihrem Regierungsprogramm die Vorschläge fast wörtlich übernommen worden sind, die wir als Liberale schon vor eineinhalb bis zwei Jahren aufgeschrieben haben, das macht uns einfach stolz. Ich bitte aber um Verständnis, dass das Dieter Posch und Michael Denzin gewesen sind, die das Thema Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen, das Thema Verlegung der Bundesfinanzdienstaufsicht nach Frankfurt, die das Thema – das ist ein Föderalismusproblem, dass sage ich hier ganz bewusst – Börsenaufsicht über sämtliche deutschen Börsen hier in Frankfurt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir als FDP-Fraktion wollten die steuerliche Begünstigung für ausländische Spitzenkräfte. Das ist auch schon mehrfach gesagt worden. Unser Landesparteitag wollte es dann nicht, aber ich glaube, wir hätten es trotzdem mit Ihnen verabschiedet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Programm ist gut, Sie haben es bei uns gesehen, Sie haben es übernommen. Glückwunsch jetzt bei der Umsetzung, wir sind dabei.

Lassen Sie mich für das Thema Schule und Bildung für meine Fraktion Folgendes feststellen: Der überwiegende Teil ist eine konsequente Fortsetzung der Schul- und Bildungspolitik, die wir im Jahr 1999 gemeinsam begonnen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese konsequente Fortführung ist vernünftig und muss gemacht werden. Die Unterrichtsversorgung haben wir gemeinsam umgesetzt, den Ausbau der Ganztagsangebote haben wir gemeinsam begonnen. Dass Dorothea Henzler der treibende Motor in dieser Debatte gewesen ist, ist über die Fraktionsgrenzen hinaus bekannt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Ob nun gerade ein Gesetz für Lehreraus- und -fortbildung gemacht werden muss, da fragen wir Liberale uns immer: Muss das denn tatsächlich sein? Aber dass Sie das Konzept der Grundschullehrerbildung nahezu vollständig dem angeglichen haben, was wir als FDP Hessen in der letzten Legislaturperiode vorgestellt haben, auch das macht uns sehr stolz.

Deutsch und Mathe verpflichtend, ein Wahlfach, Lehrbefähigung bis Klasse 6: Diese Vorschläge sind vernünftig, sie sind ausgereift und werden auch von unseren Pädagogen unterstützt. Auch die Einführung eines Praktikums vor Studienbeginn stimmt mit den FDP-Forderungen überein.

Die geplante Einführung eines eigenen Fachbereichs für Lehrerbildung an hessischen Universitäten verstehen wir allerdings nicht ganz. Wir haben doch gemeinsam gerade erst vor ein oder zwei Jahren ein Zentrum für Lehrerbildung gegründet.

(Beifall bei der FDP)

Das klingt mir ein bisschen nach dem Motto „Rein in die Kartoffel, raus aus der Kartoffel“, ohne dass uns bisher



kommuniziert worden ist, warum die Kartoffel jetzt zweimal geschält werden soll.

Wir hätten uns natürlich eine noch stärkere Fokussierung auf die didaktischen, auf die pädagogischen und diagnostischen Fähigkeiten der Lehrkräfte gefreut. Vielleicht können wir dies mit Änderungsanträgen in diesem Hause auch noch in das Gesetzeswerk hineinbringen.

Meine Damen und Herren, ein eindeutiges Plus dieses Regierungsprogramms ist das Thema „Weiterentwicklung der beruflichen Schulen“, hin zu Kompetenzzentren mit verstärkter Autonomie.

Wir sind, genau wie Sie, für das duale System. Wir werden es weiterhin fördern. Es ist ein leistungsstarker Motor für die Ausbildung unserer jungen Leute. Alles das, was vorhin vollkommen richtig zum Thema „Mangel an Ausbildungsplätzen“ gesagt worden ist, können und wollen wir als Staat gar nicht ausgleichen. Aber den Part, den wir im dualen System zu übernehmen haben, den haben wir gerade in einer Situation wie der heutigen hundertprozentig gut zu übernehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Schulassistenten zur Entlastung der Lehrkräfte von unterrichtsfremden Tätigkeiten insgesamt eingestellt würden und nicht nur dieses Modell des schulischen Hilfspersonals festgeschrieben wird. Aber auch hier, glaube ich, werden wir mit unseren parlamentarischen Initiativen noch mehr Unterstützung für die hessischen Schulen, für die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land erreichen können.

Auch das Programm der Ausweitung der Autonomie der Schulen wird unterstützt. Es ist aber bekanntlich in der vergangenen Legislaturperiode bereits zwischen den Koalitionsparteien andiskutiert und in den Rahmendaten beschlossen worden. Es muss eine Neudefinierung der Aufgaben der Schulleitung geben. Es kann nach unserer Auffassung nicht so weitergehen, dass ohne entsprechende Ausbildung das von den Schulleitern erreicht werden muss, was wir wollen, nämlich mehr Personalverantwortung und die Verwaltung schuleigener Budgets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir sagen eindeutig Nein zum Landesabitur à la Roland Koch. Die FDP lehnt ein Zentralabitur jeglicher Art ab. Vergleichbarkeit soll nach unserer Auffassung durch externe Zweitkorrekturen und einheitliche Vorgaben in der Bewertung geschaffen werden. Unterstützungswürdig ist aus unserer Sicht, Abiturprüfungen, die einheitlich gestaltete Elemente enthalten, zu stärken. Diese kann man dann auch landesweit stellen. Aber dass ein zentralistisches Einheitsabitur wie im konservativen Bayern nun auch in Hessen Einzug halten soll, das finden wir nicht liberal-bürgerlich, und wir sind dagegen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, wären wir in eine Koalition mit Ihnen eingetreten, hätte es heute auf alle Fälle eine Diskussion im Regierungsprogramm zum Thema Einführung von Kinderschulen in Hessen gegeben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber wie!)

Das Regierungsprogramm stimmt nur in der Zielvorstellung überein, indem Sie etwas vage formulieren, dass die vorschulische Bildung gestärkt wird. In diesem Zusammenhang müssen Bildungsaufträge an Kindergärten und Kindertagesstätten klar definiert werden. Herr Koch, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Fraktionsvorsitzender Franz Josef Jung, Sie wissen ganz

genau, wir Liberalen haben ein Eingangsstufenmodell, wir Liberalen wollen ein verpflichtendes vorschulisches Jahr für alle fünfjährigen Kinder haben. Wir sind der Auffassung, dass alle Kinder ein Jahr lang eine vorschulische Bildung erfahren sollen und erfahren müssen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wir sind für die Freiheit der Wahl!)

Dies ist in unseren Augen notwendig, da zunehmend auch ein Mangel an Sprachfähigkeit und Entwicklungsverzögerungen bei deutschen Kindern auszumachen ist. Das einseitige Festhalten an der Sprachförderung für Kinder nicht deutscher Herkunft durch Ihr Programm wird der Problematik des zunehmenden Sprachmangels von Kindern bei Schuleintritt leider nicht gerecht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen in diesem Punkt noch moderner werden, sollte unser Bundesland nicht wieder unmoderner werden. Wir Liberalen wollen nicht, dass unser Bundesland wieder unmodern wird.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn die übergeordnete Zielsetzung Ihres Programms leistungsbezogener und qualitätsverbessernder Ansätze in der Schulpolitik von uns getragen wird – das war auch die Oberüberschrift in den letzten vier Jahren –, so handelt es sich doch um ein konservatives Schul- und Bildungsprogramm, das auf klar getrennte Bildungswege, starke Vereinheitlichung und Zentralisierung bei Abschlussprüfungen festgelegt ist.

Wir Liberalen dagegen sind für individuelle Förderkomponenten sowie für die Durchlässigkeit des Schulsystems und liberale Formelemente wie die Einführung eines Vorschuljahres, um wirklich echte Chancengleichheit beim Schuleingang entstehen zu lassen.

Ein inner- und außerschulisches Netzwerk zur Hochbegabtenförderung anstelle einseitiger Elitenförderung, ein konfessionsungebundener religionskundlicher Unterricht fehlen in dem Programm. Meine Damen und Herren, das ist nicht gut für unser Land.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Befürchtung, dass gerade wegen dieses konservativen Grundansatzes in Ihrem Schulprogramm Hessen nicht Bildungsland Nummer eins in Deutschland werden kann und seine Position nur verteidigen kann. Zum Bildungsland Nummer eins gehört nicht nur die Quantität, sondern auch ein breites Blickfeld. Das lässt Ihr Programm, weil es sehr konservativ gestrickt ist, vermissen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Im Bereich der Wissenschaft und der Kunst ist eindeutig zu erkennen, dass das von Ruth Wagner begonnene Werk der Öffnung der Hochschulen weiter gegangen wird. Auch dieses, mit Verlaub gesagt, ist nur logisch.

Natürlich muss der Hochschulpakt, den Ruth Wagner ausgehandelt hat und der vom Kabinett Koch/Wagner und von Finanzminister Karlheinz Weimar unterschrieben worden ist, von der jetzigen Regierung fortgesetzt werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Pacta sunt servanda.

Wir werden darauf achten, dass der Hochschulpakt über das Jahr 2005 hinaus nach den Bedürfnissen der Hochschulen fortgeschrieben wird. Der finanzielle Vorbehalt in Ihrem Regierungsprogramm ist kein semantischer Nebel,

nach dem Motto, dass nach 2006 die Hochschulen bluten müssen.

Wenn Bildungspolitik wichtig ist – das war das Credo der letzten vier Jahre der Regierungskoalition von Roland Koch und Ruth Wagner –, dann gilt das für die Hochschulen auch ab dem Jahr 2006 weiter. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsfraktion, Sie können sicher sein, dass wir bei diesem Thema ganz genau hinschauen werden. Wenn wir meinen, dass die Hochschulen ungerechtfertigterweise finanzielle Abstiche machen sollen, dann werden wir dies nicht nur laut und deutlich sagen, sondern es auch hier durch Änderungsanträge zu Protokoll geben.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich als letztes Thema hier die Studiengebühren für Langzeitstudenten ansprechen. Uns Liberalen muss man wahrlich nicht erklären, dass der Staat nicht die Aufgabe hat, Studienplätze auf ewig zu finanzieren – oder Studienplätze für Ewige zu finanzieren. Die Frage ist nur, wie man mit diesem Problem umgeht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie nach dem Modell „Wir machen eine Strafe“ entsprechende Gebühren für Langzeitstudenten einführen, dann halten wir das für den falschen Weg.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale wollen das System der Bildungsgutscheine, wonach dem Studenten, der Studentin – Sie wissen, ich mag diese Doppelbenennungen nicht, deshalb bleibe ich immer bei einem Geschlecht, meine aber immer alle,

(Frank-Peter Kaufmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch: Studierende!)

– vielen Dank, Herr ehemaliger Mitarbeiter einer Universitätskanzlei –, den Studierenden am Anfang ihrer Karriere Bildungsgutscheine für alle in der Regelstudienzeit notwendigen Lehrveranstaltungen, mit einem Aufschlag versehen, bekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Modell, mit dem Sie einen Anreiz schaffen, Leistungen zu erbringen, und bei dem nicht nachher das Bestrafen auf der Tagesordnung steht, wie das die Union tut.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden Sie daran erinnern, dass Nachwuchsförderung, Juniorprofessuren, Frauenförderung in der Wissenschaft und Patentverwertung im Regierungsprogramm nicht zu finden sind. Aber Sie können sicher sein, Nicola Beer, Ruth Wagner und die FDP-Fraktion werden genau darauf achten und werden uns laut und deutlich melden, wenn nach unserer Auffassung der Weg in die falsche Richtung geht oder wenn der Weg in die richtige Richtung gebremst wird. Ich bin mir sehr sicher, dass wir dann letztlich auch die Unterstützung der Mehrheitsfraktion in diesem Hause bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Ganz offensichtlich fehlt auch das fachkundige Engagement von Ruth Wagner in der Kulturpolitik.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das ist nach meiner Auffassung in Ihrem Regierungsprogramm völlig vernachlässigt.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Zur Innen- und Rechtspolitik kann ich dieselbe Überschrift verwenden wie bei der Bildungspolitik: Jawohl, die

gemeinsam vereinbarten Prioritäten werden weiter umgesetzt. Innere Sicherheit, Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik waren die drei Säulen der Regierung der letzten vier Jahre. Auch wenn Sie bei der Wirtschaftspolitik ein bisschen schwächeln, so haben jedenfalls die Innen- und die Bildungspolitik weiter Priorität.

Eine gute personelle und materielle Ausstattung der Polizei ist weiter wichtig. Wir brauchen Prävention und Bürgerorientierung in der inhaltlichen Arbeit, Polizeipräsenz auf der Straße, Ausbau der technischen Ausstattung, eine Beibehaltung der Wachpolizei, ein Wachenprogramm, Präventionsräte, das Sonderprogramm zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen. Alles das sind Dinge, die Volker Bouffier und meine Wenigkeit gemeinsam mit dem Kollegen Klein in den letzten vier Jahren auf die Bahn gesetzt haben und die Sie nun weiter umsetzen.

Rechtliche Klarstellungen, wie z. B. beim Thema „finaler Rettungsschuss“, sind auch in unserem FDP-Landtagswahlprogramm nachzulesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir unterstützen aber alle die Dinge nicht, die Teile von Ihnen bereits in der letzten Legislaturperiode wollten und die insbesondere daran gescheitert sind, dass nachvollziehbare Einwände des Datenschutzbeauftragten vorlagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kriterium für das, was man der Polizei in ihren Handwerkskasten hineingibt, lautet weiterhin, es muss datenschutzrechtlich vollkommen richtig gefräst sein. Wenn es das nicht ist, dann wird es das nicht geben. Wenn Sie es trotzdem machen wollen, werden wir sagen, Sie verlassen die bürgerlich-liberale Politik der letzten Jahre, Sie wollen auf diesem Gebiet ein bisschen stoßern.

(Beifall bei der FDP)

Ein solches Thema ist der offensichtlich geplante enorme Ausbau der Videoüberwachung in Hessen, ein zweites der enorme Wunsch auf Ausbau der DNA-Kartei und die hessenweite Einführung der freiwilligen Polizeidienste ein drittes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Volker Bouffier, richtig ist doch, dass alle bisher gefundenen Personen einen ordentlichen Leumund haben und ihre Arbeit auch relativ ordentlich leisten. Aber genauso wahr ist doch, dass es keinen Polizeiführer in Hessen gibt, der aus tiefster Überzeugung erklärt, dass freiwillige Polizeihelfer grundsätzlich eine Entlastung für die Vollzugs-polizei seien.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ein Gutachten eines Gießener Professors. – Lieber Kollege Klein, wie beide haben häufig gemeinsam mit Polizeiführern gesprochen, aber dass jemand mit Überzeugung gesagt hat „Die entlasten wirklich meinen Betrieb“, das gab es nicht. Jedenfalls mir gegenüber hat das bisher keiner gesagt, und ich habe mit allen gesprochen.

Bei Ihnen nicht angesprochen wird die FDP-Forderung, private Veranstalter von Großereignissen – Bundesligaspiele, Rockkonzerte usw. – an den Polizeikosten zu beteiligen. Ich weiß, das ist ein vermintes Gelände – um dieses Lieblingswort von Volker Bouffier und mir hier zu benutzen. Aber irgendwann muss man dieses Gelände einmal betreten.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht sein, dass öffentliche Sicherheit kostenlos zu gewerblichen Zwecken genutzt wird und wir auf der

anderen Seite dann finanzielle Probleme bei der polizeilichen Verbrechensbekämpfung haben.

In der Innen- und Rechtspolitik – lassen Sie mich das hier ebenfalls sagen – hätte es, wäre es ein Regierungsprogramm von FDP und CDU gewesen, einen breiten Artikel zum Thema „direkte Demokratie“ gegeben. Wir müssen nicht nur auf kommunaler, sondern insbesondere auf Landesebene eine Neujustierung der direkten und der indirekten Demokratie Teile vornehmen. Es kann nicht so weitergehen, dass wir in einer Gesellschaft zu Beginn des Jahres 2003 immer noch nicht bereit sind, die Menschen in unserem Lande insbesondere bei Landesthemen außen vor zu lassen. Hier hat bisher eine Neujustierung nicht stattgefunden, und ganz offensichtlich ist das leider auch kein Thema für konservative hessische Politiker.

Dass es ein unabhängiges Kompetenzzentrum Datenschutz nicht geben wird, war mir klar, als wir am 2. und 3. Februar beschlossen haben, nicht in die Regierungskoalition einzutreten. Aber trotzdem ist das schade. Der gleiche Sachverhalt – nämlich die Überprüfung, ob der Datenschutz beachtet wird – wird von zwei Behörden, von zwei Einrichtungen bearbeitet, nur weil es sich einmal um Datenschutz im privaten und einmal im öffentlichen Bereich handelt. Dem Bürger ist das vollkommen Wurscht, ob er Probleme mit dem Datenschutz eines öffentlichen Trägers oder beispielsweise eines privaten Versicherungsunternehmens hat – er möchte, dass die Probleme gelöst werden. Die kann man nach unserer Auffassung am besten in einem Kompetenzzentrum Datenschutz bearbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Wir werben weiter dafür. Wir mussten erst intern innerhalb der FDP werben, um das zu beschließen. Wir werden jetzt hier im Parlament werben, damit auch die Union mit ihrer absoluten Mehrheit diesen Vorteil für den Wirtschaftsstandort Rhein-Main und Hessen erkennt. Da geht es nicht um blanke, pure Innenpolitik, sondern darum, diesen Vorteil für den Wirtschaftsstandort Hessen und Rhein-Main weiter auszubauen.

Umweltpolitik, ländlicher Raum – ein Thema, das meine Kollegen bereits angesprochen haben. Lassen Sie mich aus liberaler Sicht anfügen: Unser Leitbild ist genau das selbe. Auch das wurde nämlich vor vier Jahren verabredet. Der Grundsatz heißt: Kooperation statt Konfrontation, freiwillige Selbstverpflichtung im Rahmen der Umweltallianz. – Ich finde es immer wieder ein bisschen lustig, wenn sich Mitglieder von SPD und GRÜNEN über die Schornsteinfeger lustig machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Gerade nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Leistung, dass sämtliche Schornsteinfeger des Landes Hessen Mitglied der Umweltallianz geworden sind und so einen wesentlichen Beitrag auf freiwilliger Basis für mehr Umweltschutz in unserem Lande tun. Warum eigentlich karikieren Sie das?

(Beifall bei der FDP)

Das ist doch eine Arroganz von Menschen, die aus Verbänden gekommen sind und meinen, alles müsse staatlich organisiert werden. Nein, die Konfrontation ist das Allerletzte, das der Umweltschutz gebrauchen kann. Die Kooperation ist wichtig. Wenn nun auf Initiative des Hessischen Bauernverbandes die Landwirte bereit sind, sich diesen Kontrollen der Umweltallianz zu unterwerfen, so ist das weiterhin eine gute Leistung.

(Beifall bei der FDP)

Dass die FDP für die Förderung erneuerbarer Energien steht und trotzdem auch eine weitere Nutzung der Kernenergie – jedenfalls als Übergangsenergie – haben möchte, ist eine Selbstverständlichkeit und steht in Ihrem Programm ebenso drin. Nur so kann man vernünftige Energiepolitik in unserem Lande betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein bisschen semantische Übungen finde ich beim Teilbereich „Umrüstung von Dienstfahrzeugen auf Biodiesel“. Sie schreiben in Ihrem Programm, dass Sie das jetzt angehen wollen.

Ganz bescheiden, aber auch sehr persönlich möchte ich Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, darauf hinweisen, dass es Heinrich Heidel und Jörg-Uwe Hahn gewesen sind – und zwar in der Regierungskoalition, die wir gerade erst am 5. April beendet haben –, die vorgeschlagen haben, dass von den 1.300 neu angeschafften Polizeifahrzeugen doch eine Großzahl mit Biodiesel genutzt wird.

Ich hatte Zahlen von 65 oder 78 im Kopf, aber mein Referent hat heute noch einmal im Innenministerium nachgefragt: 18 Fahrzeuge aus einem Pool von 1.300 sind mit Biodiesel betrieben worden. Ich hoffe, dass es sich nicht nur um semantische Übungen handelt, aber bisher hat es sie nicht gegeben. Sie merken aus der Aufzählung der Namen Heinrich Heidel und Jörg-Uwe Hahn: Die FDP hat es nicht blockiert, dass Fahrzeuge mit Biodiesel genutzt worden sind, sondern wir haben es vorgeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Teilmenge in Ihrem Programm lehnen wir ab, und zwar ist die Zerschlagung der Organisation flächenrelevanter Dinge in unserem Land. Die Hessen waren bundesweit bewundert worden, dass, von Lothar Klemm beginnend über die nächste Regierungszeit von CDU und FDP mit Dieter Posch, wir es geschafft haben, alle flächenrelevanten Dinge in einem Ministerium zu ressortieren. Ich sage ganz bewusst, damit hat Lothar Klemm begonnen; das ist ein Lob. Das haben wir gemeinsam fortgesetzt.

(Lothar Klemm (SPD): Bitte im Protokoll unterstreichen!)

Herr Kollege Dr. Jung, jetzt macht es die von Ihnen unterstützte Regierung kaputt, indem sie Teile aus dem Wirtschaftsministerium herausnimmt, wenn es um die Frage der Flächenrelevanz geht. Alle anderen Dinge interessieren mich nicht, die haben etwas mit Politik zu tun. Aber das hat etwas mit Fachlichkeit zu tun. Wenn Sie diese auseinander reißen und ins Landwirtschaftsministerium packen, haben Sie ohne Not – ein Lieblingswort des Ministerpräsidenten übernehmend – ein organisatorisches Durcheinander fabriziert, was Sie nicht tun sollten. Nach meiner Auffassung sollten Sie noch einmal darüber nachdenken, ob dies nicht als wesentlicher Teil im Wirtschaftsministerium verbleiben sollte.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Lothar Klemm und Norbert Schmitt (SPD))

– Vielen Dank, Herr Kollege Klemm. – In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist schon mehrfach auf das OFFENSIV-Gesetz hingewiesen worden – ein Kind der alten Koalition, auch das ist unumwunden zuzugeben, insbesondere von Roland Koch verfeinert. Wir als Liberale freuen uns, dass in diesen Bereich Ihres Regierungsprogramms indirekt auch die Reform des Steuersystems einbezogen wird. Wir haben die Hoffnung, dass mit dieser Bemerkung das, was wir Bürgergeldmodell nennen, ein



bisschen mehr in die Politik der Hessischen Landesregierung Eingang findet. Wir sind der festen Überzeugung, das Bürgergeldmodell ist am effektivsten zu verwalten, es ist am gerechtesten, und es wird am wenigsten Missbrauch produzieren können.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb sollten wir die Kombination zwischen dem steuerlichen Modell und der Sozialleistung fordern.

Herr Ministerpräsident, ausdrücklich unterstützen wir das, was Sie vorhin gesagt haben. Es kann nicht angehen, dass bei der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nunmehr gerade das Pflänzlein wieder mit dicken Füßen kaputtgetreten wird, das einige Kommunen in unserem Land aufbauen wollten, nämlich das Zusammenlegen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe in einem Haus, mit einem Budget und unter Kontrolle der Kommunen. Die Sozialhilfedezernenten der Kreise – Hielscher, Pipa, und wie sie alle heißen – haben parteiübergreifend vollkommen Recht: Es ist eine grottenschlechte Politik, die in Berlin verabredet wird, dass man diese Trennung wieder vornehmen will.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn eine Behörde mit knapp 100.000 Mitarbeitern, die gerade so groß ist, um sich selbst zu verwalten, dafür auch noch die Verantwortung übernehmen soll, so wissen wir, wo das hinführt. Herr Ministerpräsident, ausdrückliche Unterstützung für das, was Sie zu diesem Themenbereich vorhin gesagt haben. Das sage ich hier nicht nur als Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, sondern als Sprecher aller FDP-Fraktionen in den deutschen Landtagen.

Natürlich muss Hessen ein Familienland bleiben – „werden“ ist vielleicht besser. Natürlich muss es eine Offensive für Kinderbetreuung geben.

(Nicola Beer (FDP): Aber das reicht nicht!)

Eine bessere Verzahnung der einzelnen Angebote muss es geben. Wir haben schon häufig diskutiert, dass für ein junges Paar die Frage „Kann man Familie und Beruf verbinden?“ mit einem freundlichen Ja beantwortet werden soll. Leider geht das Konzept, das in Ihrem Programm steht, noch nicht so weit. Ich glaube, dass viele junge Paare noch drei Fragezeichen an diese Frage setzen werden. Da muss noch Butter bei die Fische, wie wir in Mittelhessen sagen. Ich unterstelle, dass das in der nächsten Zeit von Ihnen auch noch kommt. Ansonsten werden wir die Vorschläge unterbreiten, die wir als FDP auf diesem Gebiet bekanntermaßen erarbeitet haben.

Lassen Sie mich etwas zu einem Punkt sagen, den kein Kollege angesprochen hat – was mich überrascht, was mich aber nicht entmutigt. Das ist die Frage der Verfassungsreform. Wir haben in der vorletzten und in der letzten Legislaturperiode Enquetekommissionen eingesetzt. Die Enquetekommission der letzten Legislaturperiode hat einen Abschlussbericht vorgelegt. Wir wissen, dass aus besonderen Gründen die Enquetekommission noch einmal kurz ihr Leben erblicken muss, um dann endgültig ihre Arbeit einstellen zu können. Dann müssen wir wirklich darangehen, die Hessische Verfassung zu modernisieren.

Uns Liberalen geht es gar nicht so sehr um das Thema „Todesstrafe ja oder nein?“. Das ist ein Bild, das aus einer modernen Verfassung heraus muss. Uns geht es aber da-

rum, dass die Verfassungswirklichkeit mit dem Wortlaut der Hessischen Verfassung wieder in Einklang gebracht werden kann. Es reicht uns nicht aus, dass wir ein bemerkenswertes geschichtliches Dokument als Hessische Verfassung haben. Ein geschichtliches Dokument gehört ins Museum und dort auf einen ganz wichtigen Platz. Ich will die Hessische Verfassung überhaupt nicht kleinreden. Nur, sie ist vorkonstitutionell. Sie hat mit der Lebenswirklichkeit der Jahre 2003 ff. gerade einmal gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir gemeinsam den Kraftakt leisten, so wie wir ihn unter den Fraktionen schon einmal andiskutiert haben. Ich appelliere deshalb an alle Fraktionen, sich dieses Themas in den nächsten Tagen noch einmal anzunehmen. Wir als FDP-Fraktion würden gern mit Ihnen gemeinsam entsprechende Beschlüsse zur Einrichtung einer Kommission fassen, die beauftragt wird, Verfassungsänderungsvorschläge konkreter Art vorzulegen.

(Volker Hoff (CDU): Ich finde, auch die herrschenden Häuser sollen Mitglieder der Landesregierung werden können!)

Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben ein umfassendes Regierungsprogramm vorgelegt. Ich will mich nicht mit dem Thema „Vision 2015“ beschäftigen. Ich habe ganz bewusst Jura studiert, weil es mit dem Rechnen ein bisschen schwierig war. Ich weiß nicht genau, wie viele Legislaturperioden Sie noch Ministerpräsident in Hessen bleiben wollen. Deshalb will ich mich einmal auf die nächsten fünf Jahre beschränken.

Sie haben ein Programm vorgelegt, das in einem Bereich eine Fortschreibung der vernünftigen Politik von FDP und CDU aus der Zeit von Roland Koch und Ruth Wagner ist. Sie haben zum Zweiten Punkte aufgenommen, die vernünftigerweise als Fortführung dieser Politik neu begonnen werden müssen. Sie haben zum Dritten in einer Vielzahl von Bereichen konservative Ansätze vorgelegt, insbesondere im Schulbereich, aber z. B. auch – ich bin bewusst nicht darauf eingegangen – im Bereich der Mittelförderung, in der Frage Bürgschaften, und was da alles so geplant ist. Da haben wir große Bedenken, dass Sie auf einmal in eine staatliche Gängelei hineingehen wollen. Aber das werden wir ganz fachlich in den Ausschüssen erörtern und nicht hier, schon gar nicht polemisch.

Sie haben ein Programm vorgelegt, das ein typisches Programm einer CDU-Mehrheitsregierung ist, und das ist auch gut so. Nur eines – meine sehr verehrten Damen und Herren, das lassen Sie sich hier bitte von den Liberalen gesagt sein, und das ist überhaupt nicht böse, aber sehr beschreibend gemeint – lassen wir Ihnen nicht durchgehen: wenn Sie meinen, den Menschen erzählen zu müssen, dass dies die Fortsetzung der bürgerlich-liberalen Politik der Regierungsverantwortung von 1999 bis 2003 ist. Das ist es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Eine neue Epoche in unserem Land hat angefangen, eine konservative Epoche hat angefangen. Aber wir Liberale stehen dazu, dass Ministerpräsident Koch die Möglichkeit bekommt, das umzusetzen, was er in den Wochen nach der Wahl gesagt hat, nämlich dass in Hessen weiterhin eine liberal-bürgerliche Politik gemacht wird. Herr Ministerpräsident, ausdrücklich biete ich Ihnen im Namen der FDP-

Fraktion eine punktuelle Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode an. Ausdrücklich halte ich fest, dass die FDP bereit und ausgewiesenermaßen auch Manns und in der Lage ist, das Hessenland weiter erfolgreich mitzugestalten. Wir sind immer, wenn es möglich ist, gern dazu bereit. Ich glaube, dass nur das für die Politik in Hessen und für die Bürger der richtige Weg ist. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass wir die Regierungserklärung entgegengenommen und besprochen haben.

Es gibt auch keinen weiteren Tagesordnungspunkt, sodass wir am Ende der heutigen Sitzung sind. Wir treffen uns wieder vom 6. bis zum 8. Mai in diesem Hause. Ich bedanke mich herzlich und wünsche noch einen schönen Tag. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 14.59 Uhr)

